

Sonderthema:
Rechtsextremismus
Angriff auf die Demokratie

KLEINE ZEICHEN
Königs Wusterhausen probt den kreativen
Widerstand gegen Rechts **SEITE 3**

GROSSE VERBREITUNG
In vielen Teilen Europas fischen extreme
Parteien am rechten Rand **SEITE 15**

Das Parlament

Berlin, Montag 16. Juli 2012 www.das-parlament.de **62. Jahrgang** | Nr. 29 bis 31 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE
**In schlechter
Verfassung**

Reinhard Boos 13 Jahre konnte der „Nationalsozialistische Untergrund“ im Verborgenen agieren, zuletzt waren die Mitglieder im sächsischen Zwickau untergetaucht. Die Gefahr von rechts hat der sächsische Verfassungsschutz, deren Chef Boos von 1999 bis 2002 und seit 2007 war, offenbar nicht erkannt. Vergangene Woche nahm der 55-jährige Jurist seinen Hut und zog damit die Konsequenz aus Ermittlungs- und unvollständiger Information gegenüber dem Landtag im Rahmen der parlamentarischen Kontrolle. Boos ist der dritte Geheimdienstchef, der im Zusammenhang mit dem rechten Terror zurücktritt. Anfang Juli hatte Bundesverfassungsschutz-Präsident Heinz Fromm seinen Rückzug angekündigt. In Thüringen entzog der Landtag Verfassungsschutz-Chef Thomas Sippel das Vertrauen. *aha*

ZAHL DER WOCHE
141

Twitter-Kanäle wurden im Jahr 2011 laut jugendschutz.net im Internet von Rechtsextremen betrieben – fast doppelt so viele wie 2010. Das geht aus dem jüngsten Bericht „Rechtsextremismus online“ hervor, den das von den Ländern finanzierte Monitoring-Team vergangene Woche vorstellte. Auch Facebook und YouTube werden demnach immer stärker zur Mobilisierung genutzt.

ZITAT DER WOCHE
**»Wir leben gern in
Deutschland. Aber
wir wollen ohne
Angst leben.«**

Kenan Kolat, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, zu den Fahndungsspannen bei den Morden, die dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ angelastet werden.

IN DIESER WOCHE

- THEMA**
Wolfgang Thierse über ein mögliches NPD-Verbot und zivilen Widerstand **Seite 2**
- Im Untergrund** Rechter Terror hat in Deutschland eine lange Vorgeschichte **Seite 5**
- Parlamente** Vier Untersuchungsausschüsse durchleuchten die Ermittlerpannen **Seite 7**
- Hans-Peter Friedrich** Der Innenminister über eine neue Sicherheitsarchitektur **Seite 9**
- Opferhilfe** Beratungsstellen unterstützen Betroffene rechter Gewalt **Seite 13**

MIT DER BEILAGE

Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Morden im toten Winkel

RECHTER TERROR Der Staat hat nicht bewusst weggeschaut, aber es fehlte an analytischer Phantasie

Die Erkenntnis traf Öffentlichkeit und Staat wie ein Schock: Im November 2011 wurde bekannt, dass eine kleine Zelle von drei Neonazis 13 Jahre im Untergrund agiert und in dieser Zeit mindestens zehn Menschen ermordet hatte. Den Sicherheitsbehörden waren Existenz und Taten der Gruppe, die sich „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) nannte, verborgen geblieben. In den einschlägigen Berichten und Stellungnahmen hatte es bislang immer geheißen, in der Bundesrepublik Deutschland bestünden keine rechtsterroristischen Strukturen. Nachdem die NSU-Serienmorde diese Einschätzung widerlegt hatte, kam in der öffentlichen Diskussion von verschiedenen Seiten ein altbekannter Vorwurf auf: „Der Staat ist auf dem rechten Auge blind!“

In der Tat hatten die Sicherheitsbehörden die Ermordung von neun Menschen mit Migrationshintergrund auf kriminelle und nicht auf rechtsextremistische Motive zurückgeführt. Doch wie angemessen ist die Aussage in einem allgemeinen Sinn und bezogen auf die NSU-Morde? Nimmt man die doch sehr pauschal formulierte Einschätzung wörtlich, so kann sie keine Gültigkeit beanspruchen. Letztendlich meint „auf dem rechten Auge blind“, dass der Staat die Entwicklungen im Rechtsextremismus überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt oder nicht nehmen will. Doch allein ein Blick in die jährlich erscheinenden Verfassungsschutzberichte steht für das erklärte Gegenteil. Man findet dort Darstellungen und Einschätzungen, welche die jeweils aktuelle Entwicklung in den unterschiedlichsten Bereichen dieses politischen Lagers behandeln. So veranschaulichen etwa die präsentierten Daten ein seit Jahren kontinuierliches Anwachsen der Neonazi-Szene. Mittlerweile verfügt sie über fast 6.000 Anhänger und damit über mehr als das dreifache Personenpotenzial von Anfang der 1990er Jahre.

Zwar ignorierten Medien und Politik diese Entwicklung nicht, thematisierten sie öffentlich aber nur anlassbezogen. Von einer Blindheit oder Ignoranz des Staates gegenüber dem Rechtsextremismus kann in einem so pauschalen Sinne allein von daher schon nicht gesprochen werden. Darüber hinaus ist der Staat in vielfältiger Weise ein bedeutender Akteur bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus: Eine ganze Reihe von Nichtregierungsorganisationen erhält für ihre Arbeit gegen Rechtsextremismus finanzielle Unterstützung, was bezogen auf das relativ hohe Maß in dieser Form aus anderen Ländern nicht bekannt ist. Darüber hinaus sah sich die neonazistische Szene seit Beginn der 1990er Jahre einer Verbotschwelle ausgesetzt, wovon über 30 Organisationen auf Bundes- und Landesebene betroffen waren. Man mag mit guten Gründen dagegen einwenden, dass ein solches Vorgehen eine eindimensionale Fixierung auf Repression aufweist und den quantitativen Anstieg der Neonazi-Szene nicht stoppen konnte. Indessen ist auch hier der Vorwurf von „Blindheit“ oder „Inaktivität“ des Staates nicht angemessen. Allein schon die besondere politische Sensibilität des Themas, die sich auch mit dem Blick ins Ausland mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands erklärt, motiviert und motiviert das einschlägige staatliche Handeln gegen den Rechtsextremismus.

Neue Dimension Spricht aber nicht gerade die Existenz einer Neonazi-Zelle, die über ein Jahrzehnt lang ohne Kenntnisse der Sicherheitsbehörden aus dem Untergrund heraus morden konnte, für die Auffassung von der „Blindheit“ des Staates? Diese Einschätzung ignoriert die Besonderheit und Singularität des NSU. Entgegen der Auffassung des Politikwissenschaftlers Fabian Virchow „Nichts davon ist neu“ stehen deren Taten für eine neue Dimension in der Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland: Die kontinuierlich geplante und gezielte Ermor-



Mit einer symbolischen Beerdigung des Rassismus vor dem Reichstagsgebäude forderte der Türkische Bund im Dezember 2011 Aufklärung im Fall der NSU-Morde.

derung von Menschen aus einer Situation von Angesicht zu Angesicht über einen Zeitraum von sieben Jahren hinaus gab es zuvor ebenso wenig wie ein öffentliches Schweigen auch angesichts einer falschen Zuordnung der Taten durch die Polizeibehörden als kriminell motiviert. Im Rückblick bemerkte die Fachjournalistin Andrea Röpke daher treffend: „Dennoch hat wohl niemand mit so einer eiskalt kalkulierten Mordserie gerechnet.“ Dies gilt für Antifa-Gruppen und Medien ebenso wie für Politik und Wissenschaft.

Angesichts der Spezifika der NSU-Taten muss die Frage nach Fehlern und Versagen der Sicherheitsbehörden differenzierter erörtert werden. Ohnehin kann man wohl erst nach den Abschlussberichten der verschiedenen Untersuchungskommissionen genauer einschätzen, ob es sich mehr um individuelle Fehler einzelner Personen, grundlegende Mängel in der Struktur oder schlechte Kooperation der Sicherheitsbehörden handelte. Bereits jetzt lässt sich aber einer Einschätzung des Journalisten Hans Leyendecker zustimmen, bemerkte er doch: „Es fehlte nicht an gutem Willen und auch nicht an Einsatzbereitschaft – es fehlte an analytischem Vermögen und an Phantasie.“ In der Tat war man den drei Angehörigen der Neonazi-Zelle – Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt – dicht auf der Spur und stand mehrmals kurz vor einem Erfolg. Dabei wurden aber untergetauchte Rechtsextremisten gesucht. Mit

den von ihnen begangenen Morde brachten die Sicherheitsbehörden sie nicht in Verbindung. Nachdem ihre bekannten Taten wie illegaler Sprengstoff- und Waffenbesitz verjährt waren, stellte man die Fahndung denn auch fast gänzlich ein.

Denken in Szenarien Bezogen auf das konstatierte Fehlen von Analyse und Phantasie müssen sich die Sicherheitsbehörden in diesem Fall aber durchaus Kritik gefallen lassen: Mit „Phantasie“ ist nicht das substanzlose und willkürliche Spekulieren gemeint. Es geht vielmehr um ein Denken in Szenarien, das bestimmte mögliche Entwicklungen als anschließende überprüfbar Hypothesen formuliert. Außerdem bedarf es eines Primats der Analyse und nicht der Verwaltung von Informationen über den Extremismus. So kann etwa der Blick auf die Entwicklungen im islamistischen oder linken Terrorismus im In- und Ausland sehr wohl den Blick auf die Gefahren eines Rechtsterrorismus schärfen. Die erwähnten Fehleinschätzungen, wonach es keine Strukturen in diesem Bereich gebe, orientierten sich häufig an einem Terroris- musverständnis im Sinne der „Rote Armee Fraktion“ (RAF). Hiervon zeugt auch die Rede von einer „Braunen RAF“ in den Medien.

Die NSU-Morde stehen für eine neue Dimension in der Geschichte des Rechtsterrorismus.

Neue Konzepte Bei der RAF handelte es sich um eine relativ hierarchisch aufgebaute und personell starke terroristische Organisation. Demgegenüber bildete sich mit

den „Revolutionären Zellen“ bereits in den 1970er Jahren und mit „Al Qaida“ nach dem 11. September 2001 autonom agierende Kleingruppen ohne hierarchischen Aufbau und zentrale Steuerung heraus. Im US-amerikanischen Rechtsextremismus entstand bereits in den 1990er Jahren das Modell des „Leaderless Resistance“, des „führerlosen Widerstandes“, was ebenfalls vom Agieren kleiner Gruppen ohne Anleitung durch eine Führerfigur oder Kommandostruktur ausging. Die Kenntnis dieser Entwicklungen ermöglicht in der analytisch-vergleichenden Betrachtung die Herausarbeitung eines Analyserasters, das die Entstehung neuer Gefahren eben auch im deutschen Rechtsextremismus im Sinne eines „Frühwarnsystems“ erkennbar macht. Im Fehlen einer solchen Perspektive und Struktur dürften eher die Fehler der Sicherheitsbehörden zu sehen sein. Die Rede von der „Blindheit des Staates gegenüber dem Rechtsextremismus“ ignoriert mit Pauschalität und Unterstellungen diese Dimension des Problems.

Kann aber von einer stärkeren Aufmerksamkeit für eine Bedrohung von „links“ und von einer geringeren Beachtung für eine Gefahr von „rechts“ gesprochen werden? Politische Kommentatoren legten dies nahe, habe der Staat doch alle nur erdenklichen Mittel zur Bekämpfung der RAF aufgebieten, was eben gegenüber dem NSU nicht geschehen sei. Diese Argumentation verkennt, dass im Fall der RAF deren Anschläge wegen ihrer öffentlichen und bewussten Bekenntnisse eindeutig zurechenbar waren, während im Fall des NSU die Morde ohne öffentliche Erklärungen aus dem Verborgenen heraus erfolgten. Insofern lassen sich schon rein formal die jeweiligen Reaktionen nicht miteinander vergleichen, standen doch die Taten für ganz unterschiedliche Vorgehensweisen. Auch die Entwicklung der Organisationsverbote bestätigt die Deutung nicht, fand das letzte Verbot einer deutschen linksextremistischen Organisation doch Anfang der 1970er Jahre statt. Insofern sollte die Auffassung von einer „Blindheit des Staates gegen rechts“ einer differenzierten Sicht der Dinge weichen. *Armin Pfahl-Traughber*

Der Politikwissenschaftler und Soziologe Professor Armin Pfahl-Traughber lehrt an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Brühl mit den Themenschwerpunkten „Politischer Extremismus“ und „Politische Ideengeschichte“.

Die Ermittlungsbehörden bitten um Informationen über die Terrorgruppe NSU.

EDITORIAL
**Stachel in der
Demokratie**

VON JÖRG BIALLAS

Die Details der Neonazi-Mordserie, die von den Untersuchungsausschüssen im Deutschen Bundestag und in den Ländern verhandelt wurden, haben noch keine befriedigenden Antworten auf drängende Fragen geliefert: Warum blieb das Killerkommando so lange unentdeckt? Wer ist für die Ermittlungsspannen bei den Behörden verantwortlich? Wurde die hemmungslos gewaltbereite Szene in der rechtsextremistischen Szene unter- schätzt? Kurzum: Wie konnte das alles so geräuschlos passieren? Angesichts der ungeheuer grausamen Taten ist die Versuchung groß, falsch zu behaupten, die Behörden, gar die Politik seien auf dem rechten Auge blind. Mit Verlaub: So undifferenziert dahergesagt, ist das Unfug! Wahr ist, dass es ausreichend Anlass gibt, die Arbeit der Ermittler zu hinterfragen. Das geschieht in nicht weniger als vier Untersuchungsausschüssen, akribisch, aufwändig und ausgesprochen ergebnisorientiert. Wahr ist ebenfalls, dass es in diesem Land eine überaus deutliche Mehrheit derer gibt, die Rechtsextremismus in jeder Form verurteilen. Immer wieder ist couragiertes Auftreten gegen Neonazis zu verzeichnen. In Kommunal- und Landesparlamenten, wenn der Schulterschluss demokratischer Kräfte NPD-Abgeordnete isoliert und damit bedeutungslos macht; bei einer Vielzahl von Initiativen, die vor Ort klare Zeichen gegen die braune Gesinnung setzen; mit breit aufgestelltem, fantasievollem Protest bei Neonazi-Kundgebungen, der martialische Deuschmelei in infantile Lächerlichkeit wandelt. Und doch bereitet die Gewissheit Sorge, dass es nicht gelingen will, die Anfälligkeit für Rechtsradikales gänzlich aus den Köpfen und Herzen zu bannen. Der Reiz vermeintlich einfacher Lösungen für gesellschaftliche Probleme zum eigenen Vorteil und auf Kosten anderer verfangt immer wieder bei einer Klientel, die längst nicht mehr zuvörderst durch Einfältigkeit gekennzeichnet ist.

Der Stachel des Rechtsextremismus piesackt unsere Demokratie. Ein solider Staat kann das aushalten, wenn sein Apparat reibungslos funktioniert. Neben der Verpflichtung gegenüber den Opfern und deren Familien ist das ein gewichtiger Grund, die Mordserie der Neonazis auch in den Parlamenten aufzuarbeiten.

GASTKOMMENTARE

DIE DEMOKRATIEERKLÄRUNG STREICHEN?

Ängstliche Logik

PRO



Jan Bielicki »Süddeutsche Zeitung«

Wer die Demokratie verteidigt, soll sich gefälligst zur Demokratie bekennen. Das ist die Logik der „Demokratieerklärung“...

Aus dieser „Demokratieerklärung“ spricht nicht der Stolz des Staates auf die vielen Bürger, die sich engagieren gegen Neonazis oder Islamisten...

Und sie ist schädlich. Denn ihr Misstrauen richtet sich gegen eben jene Menschen, die eine Demokratie braucht, um sich ihrer Feinde zu erwehren...

Richtiges Verlangen

CONTRA



Karl Feldmeyer Freier Journalist

Gut gemeint und gut gemacht ist nicht dasselbe. Das hat das Bundesfamilienministerium mit seinem Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ erfahren müssen...

Damit soll der Eindruck vermieden werden, mit dem Geld Extremisten des linken Spektrums Vorschub zu leisten. Das verrät, dass die Regierung selbst von Anfang an den Verdacht hatte, das Geld könne in falsche Hände geraten...

Von den Empfängern des Geldes ein Bekenntnis zum Rechtsstaat zu fordern, ist richtig. Wie begründet dies ist, zeigt die Weigerung der Betroffenen...

Mehr zum Thema auf den Seiten 9,10,11 und 13 Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Der Verfassungsschutz schreddert Akten über Thüringische Rechtsextremisten, kurz nachdem bekannt wurde, dass die Zwickauer Terrorzelle für die Mordserie an türkischen und griechischen Kleinunternehmern und einer Polizistin verantwortlich sein soll...

Mit Sicherheit nicht. Denn sowohl dieser spektakuläre Vorgang des Schredderns von Akten nach Bekanntwerden der Taten wie überhaupt die ganze Mordserie ist von so beunruhigender Qualität, dass ein paar personelle Konsequenzen nicht ausreichen...

Zu den schon gezogenen Konsequenzen gehören das Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus und die Verbunddatei, die den Erkenntnis- und Erfahrungsaustausch zwischen Polizei und Verfassungsschutz von Bund und Ländern verbessern soll...

Das ist eine erste, richtige Konsequenz, denn nach den bisherigen Ergebnissen der Untersuchungen hat es ja beträchtliche Kommunikationspannen gegeben – de facto das Gegenteil von Kooperation, nämlich Eifersüchtelei, dümmste Geheimbündelei...

Trotz seiner V-Leute bei den Rechtsextremen hat der Verfassungsschutz all die Jahre nichts zur Aufklärung der Verbrechen beigetragen. Stimmt da was nicht mit dem System der V-Leute?

Die weitere Verwendung von V-Leuten bedarf der ausdrücklichen Rechtfertigung. Bisher musste man sagen, warum V-Leute problematisch sind. Jetzt muss man erklären, warum V-Leute weiterhin noch notwendig sind...

Die V-Leute gelten auch als ein entscheidendes Hindernis für ein neues NPD-Verbotsverfahren. Welche Bedingungen müssen außerdem erfüllt sein, damit ein Verbotverfahren wirklich Erfolg hat?

Ich bin dafür, dass ein neuer Verbotversuch unternommen wird. Und da die V-Leute dabei ein Hindernis sind, wie das Bundesverfassungsgericht beim ersten Verbotverfahren festgestellt hat, muss man wenigstens in Führungsgremien der NPD auf sie verzichten...

Ist das Risiko eines solchen Verfahrens nicht zu hoch: Ein erneutes Scheitern...

...ein erneutes Scheitern wäre ein Triumph für die NPD. Deshalb darf es nicht noch mal scheitern. Aber das Verfassungsgericht hatte damals ja nicht wirklich das Verbot abgelehnt, sondern gesagt, dass das Beweismaterial nicht auf eindeutige Weise zustande gekommen ist...

»Es darf nicht scheitern«

WOLFGANG THIERSE Im Kampf gegen den Rechtsextremismus setzt der SPD-Politiker nicht nur auf ein erneutes NPD-Verbotsverfahren



Es gibt ja auch die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus. Die Opposition wirft der Regierung vor, diese Programme nicht hinreichend zu unterstützen. Was muss sich ändern?

Der Hauptkritikpunkt ist bei der Neuaufrichtung der Bundesprogramme, dass sie von einer Grundhaltung des Misstrauens gegenüber denjenigen bestimmt sind, die versuchen, sich vor Ort gegen Rechtsextremismus zu wehren...

Sie schlagen die Gründung einer Stiftung vor, die die Bundesprogramme tragen sollen. Was hätte das für Vorteile?

Eine solche Bundesstiftung soll erstens diese Kontinuität erzeugen. Zweitens wäre das nicht mehr nur eine staatliche Einrichtung. In ihren Gremien ist dann auch die Zivilgesellschaft ganz anders vertreten...

Was kann der Bundestag noch gegen Rechtsextremismus leisten?

Neben vernünftigen Entscheidungen, etwa über eine solche Stiftung, wünsche ich mir, dass der Bundestag in jeder Legislaturperiode einmal über den sozial-moralischen Zustand unserer Gesellschaft debattiert – also über Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus...

Und wo sehen Sie den einzelnen Bürger gefragt?

Die Zivilgesellschaft ist genauso herausgefordert zu widersprechen, wenn Rechtsextreme die Straßen und Plätze unserer Republik besetzen wollen. Deswegen habe ich es immer sympathisch gefunden, wenn in Dresden, Berlin oder anderswo Bürger sich dagegen wehren, dass die NPD aufmarschiert...

Sie haben vor zwei Jahren selbst an einer Sitzblockade gegen einen Neonazi-Aufmarsch teilgenommen und dafür viel Kritik geerntet – würden Sie das heute wieder machen?

Das kommt auf die Situation an. Wenn ich andere dazu auffordere, die Demokratie zu verteidigen, Zivilcourage zu zeigen und ihre Straßen und Plätze nicht schweigend den Rechtsextremen zu überlassen, muss das auch für mich selbst gelten...

Das Interview führten Jörg Biallas, Tatjana Heid und Helmut Stoltenberg.

Wolfgang Thierse (68) war von 1998 bis 2005 Präsident des Bundestages und ist seitdem Vizepräsident des Parlaments.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Energisch gegen Rechts: Petra Müller

Stolberg im Rheinland ist ein hübsches Örtchen, Kupferstadt, durch die der Vichtbach plätschert, in der Altstadt erhebt sich die Burg, 12. Jahrhundert, Namensgeberin der Stadt und Wahrzeichen. Eine idyllische Kleinstadt. Doch jedes Jahr im April pilgert Neonazis hierher, veranstalten einen „Trauermarsch“ für den vor vier Jahren in Stolberg erstochenen 19-jährigen Kevin Plum – in ihren Augen ein Mord aus „Deutschfeindlichkeit“...

Für Petra Müller ist das ein unhaltbarer Zustand. Als Abgeordnete des Wahlkreises Aachen Stadt hat die FDP-Politikerin ein Auge auf das Umland – und empfindet es als Pflicht, sich dort gegen Rechts zu engagieren. Als das Justizministerium einen Schülerwettbewerb gegen Rechtsextremismus lancierte (siehe Seite 14), entschied sie sich bewusst für Stolberg, um für den Wettbewerb zu werben...

dem dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ angelegerten Mordserie an griechisch- und türkischstämmigen Kleinunternehmern. Ob der Untersuchungsausschuss erfolgreich sein wird? Menschen, die nicht im politischen Betrieb seien, erwarteten immer schnelle und bahnbrechende Ergebnisse, sagt Müller...

»Sie bedienen sich demokratischer Mittel, und wir müssen ihnen mit demokratischen Mitteln entgegenreten.«

Ergebnisse sind weniger spektakulär.“ Doch sie ist sicher: Ergebnisse wird es geben.

Dass es in der Politik manchmal langsamer als gewünscht vor sich geht, hat Müller auf ihrem Weg in den Bundestag erfahren. Nach anstrengendem Wahlkampf wurde sie 2005 ins Parlament gewählt – um ihren Sitz kurz darauf wegen einer Nachwahl in Dresden zu verlieren. Grund war das „Alabama-Paradoxon, wie Müller erläutert. Danach kann bei einer Erhöhung der Gesamtsitzzahl eine Partei bei demselben Stimmresultat einen Sitz verlieren...

nen. Heute kann sie darüber lachen – laut und herzhaft –, aber damals „war es schon hart“.

2009 hat es dann mit dem Mandat geklappt. Heute ist Petra Müller Schriftführerin, Obfrau im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Sprecherin für Stadtentwicklungspolitik und eine der wenigen Frauen im FDP-Arbeitskreis Infrastruktur und Umwelt. Doch das ist sie gewohnt: Als die 52-Jährige 1981 ihr Architekturstudium an der FH Aachen aufnahm, gab es dort keine Damentoiletten – so wenig Frauen studierten das Fach. „Wenn ich in den ersten Jahren gesagt habe, ich sei Architektin, kam immer die Frage: „Innen?“, woraufhin ich immer antwortete: „Nein, außen. Und hoch!“ Seit 1999 ist Müller selbstständige Architektin – mit zweijährigem Engagement bei VOX, wo sie für die Sendung „Wohnen nach Wunsch – Das Haus“ mehr als 150 Häuser renovierte...

Seit 1983 ist Müller FDP-Mitglied – nach einem kurzen Umsehen bei der Jungen Union. „Aber da sollten Frauen vor allem für Bier und Kartoffelsalat sorgen“, sagt Müller und grinst. „Und das habe ich für mich nicht unbedingt gesehen.“ Die politische Schwerpunktsetzung habe ihr bei der FDP ohnehin mehr zugesagt, für die sie sich heute im Wahlkreis und auch über diesen hinaus engagiert – wie in Stolberg. Tatjana Heid

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 x (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Internet: http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur Jörg Biallas (bj) Verantwortliche Redakteure Dr. Bernard Bode (bob) Alexander Heinrich (ah), stellv. CvD Michael Klein (mik) Hans Krump (kru), CvD Hans-Jürgen Leersch (hle) Johanna Metz (joh) Monika Pilath (mpj) Dr. Verena Renneberg (ver) Annette Sach (as) Helmut Stoltenberg (sto) Alexander Weinein (aw)

Fotos Stephan Roters Redaktionsschluss 13. Juli 2012

Druck und Layout Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH Kurhessenstraße 4-6 64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-/Vertriebsleitung Frankfurter Societäts-Medien GmbH Klaus Hofmann (verantwortl.) Frankfurter Societäts-Medien GmbH Main

Leserservice/Abonnement Frankfurter Societäts-Medien GmbH Vertriebsabteilung Das Parlament Frankfurter Societäts-Medien GmbH Main

Anzeigenverwaltung, Disposition Zeitschriftenverleger e.V. (ZVE) Rhein/MainMedia mbH

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



In den 90er Jahren war die rechte Szene in Königs Wusterhausen wie hier bei einer NPD-Demonstration im Jahr 2007 (l.) im öffentlichen Leben noch sehr viel sichtbarer. Doch immer mehr Bürger versuchen, dagegen mit ganz neuen Ideen Widerstand zu leisten.

Front deutscher Äpfel

KÖNIGS WUSTERHAUSEN Die Stadt gilt als ein Zentrum der rechten Szene. Einige Bürger versuchen, das zu ändern

Königs Wusterhausen in Brandenburg, im Sommer 2012. Der Himmel ist so grau wie manche der Fassaden in den Straßen, die Namen von großen deutschen Dichtern und Denkern tragen; Rosa Luxemburg zum Beispiel oder Bertold Brecht oder Heinrich von Kleist. In einem Fenster stehen ein paar vertrocknete Kakteen, ein paar Reihen weiter blühen Geranien, in einem anderen Fenster zwitschern Kanarienvögel im Käfig und gelegentlich flattern riesige schwarz-rot-goldene Flaggen an der Fassade. Die Bewohner haben sie aus dem Fenster gehängt, wohl als Zeichen dafür, dass sie alle Hoffnungen auf Deutschland setzen – auf die deutsche Nationalmannschaft, die Fußball-Europameister werden sollte – damit die Menschen einmal stolz sein könnten auf dieses Land.

Das Viertel, dessen Straßen die Namen von großen Deutschen tragen, heißt im Volksmund „das Ghetto“, eine Plattenbausiedlung, wie es sie überall gibt in den Städten der neuen Bundesländer, Relikte der alten DDR. Die, die es sich nach der Wende leisten konnten wegzuziehen, sind weg. Und die, die hier wohnen, haben Angst, dass private Investoren kommen, die Wohnblöcke sanieren und die Mieten erhöhen, so dass sie am Ende nicht mehr bezahlbar sind. An der Kreuzung der Rosa-Luxemburg-Straße, auf dem Schild, das die Sackgasse anzeigt, prangt ein Aufkleber mit den Worten „Ausländer raus“. Einer von vielen „Spukis“, mit denen die Rechten auf Laternen und Papierkörben ihr Revier markieren wollen. In den paar Kneipen, die es hier noch gibt, treffen sich regelmäßig Anhänger der rechten Szene. „Manchmal, wenn sie ange-trunken sind“, erzählt Lukas, „treffen sie sich zu Spontanaufzügen, marschieren durch die Straßen und grölen dumpe Parolen.“ Lukas möchte seinen richtigen Namen nicht nennen. Er ist Student, wohnt jetzt in Berlin und engagiert sich gegen Neonazis. Seine Eltern wohnen noch im Viertel. Sie zu besuchen, sei für ihn nicht einfach, er müsse ständig mit der Angst leben, von rechten Schlägern erkannt zu werden. Deshalb sieht er sich auf den Straßen des Viertels immer vorsichtig um und hält sich selten lange auf. Ganz besonders schwierig waren die Besuche für ihn und seine Freunde im Herbst 2008, da war Kommunalwahlkampf. Wenn Lukas seine Eltern besuchen will, musste er über den Bahnhof von Königs Wusterhausen. Aber den hatte die NPD im Herbst 2008 zum „Kampfbereich“ erklärt.

Die rechten Akteure sind spezialisierter und viel besser vernetzt als früher“, berichtet Astrid Peters. Die Politologin ist Mitarbeiterin des Projekts „Kompakt“. Es will Jugendlichen, die für rechtsextreme Ideen empfänglich sind und erste Berührungen mit der Szene haben, schon frühzeitig helfen, Alternativen zu den scheinbaren „Problemlösern“ der Rechten zu finden. Das Projekt versucht dabei, die Arbeit verschiedener Institutionen wie Polizei oder Trägern der Jugendhilfe effektiver miteinander zu vernetzen. Denn die Rechten haben ihre Strategie auch in Königs-Wusterhausen verändert. Versuchten sie früher, junge Leute mit dumpfen Parolen für sich zu gewinnen, bieten sie heute unter dem sozialen Deckmäntelchen scheinbare einfache Lösungen für schwierige Probleme an. „Die Szene konzentriert sich auf politische Beratung“, beobachtet Thomas Thiele, Jugendbildungsreferent des Landkreises Dahme-Spreewald. „Ich halte sie aber nicht für harmloser, nur weil man sie nicht auf den ersten Blick erkennt“, sagt er.

„Nationalarbeiter“ Gerade im Neubaugebiet von Königs-Wusterhausen, erzählt Thiele, sei es schon vorgekommen, dass ein Mann in einem T-Shirt mit dem Aufdruck „Nationalarbeiter“ klingelte und sagte: „Guten Tag, ich bin Ihr Hartz-IV-Berater.“ Thiele, von Beruf Sozialarbeiter, kennt die rechte Szene in Königs-Wusterhausen schon aus DDR-Zeiten. Bereits 1986 bildeten sich dort die ersten rechtsextremen Skinheadstrukturen heraus, die Anfang der 1990 zu den „United Skins“ führten. Sie nannten sich später „Kameradschaften“ und heißen heute „Freie Kräfte“. In den 90er Jahren seien die Rechtsextremen elitärer gewesen und hätten sich stärker abgeschottet. Heute, sagt Thiele aus seiner Erfahrung, gehen „sie in die Gesellschaft“. Und er hat einen weiteren Trend ausgemacht: „Während die rechte Szene in den Städten abnimmt, wird sie in ländlichen Gebieten stärker.“ Sichtbar wird das auch an den Wahlergebnissen. Bei der letzten Kommunalwahl 2008 erreichte die NPD in Königs-Wusterhausen etwas über vier Prozent der Stimmen; Michael Thalheim bescherte das Amt in der Stadtverordnetenversammlung. Der Mann, der selbst im so genannten Ghetto wohnt, hat sich die Haare so schneiden lassen wie Adolf Hitler, auf den Fotos aus den 30er Jahren, kurz nach der Machtergreifung; ein glatter Seitenscheitel und über den Ohren abrasiert – die strenge Symmetrie dieser Haare wirkt irgendwie merkwürdig in seinem runden Gesicht mit den feisten Wangen. Im Wahlkampf hatte sich Michael Thalheim mit einer Kampagne für Sicherheit, Recht und Ordnung stark gemacht, während er sich zeitgleich selbst vor Gericht verantworten musste. Er war wegen schwerer Körperverletzung angeklagt. Der Vorwurf: Er habe

auf dem Bahnhofsgelände eine 21-jährige Frau so stark getreten, dass sie ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Das ergaben Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Der NPD-Spitzenmann musste Schmerzensgeld zahlen, dann wurde das Verfahren gegen ihn eingestellt. Schließlich trugen ihn die Wählerstimmen vom rechten Rand ins Stadtparlament. „Wir sind nicht glücklich über seine Anwesenheit“, sagt Bürgermeister Lutz Franke, aber im Stadtparlament hätte man Michael Thalheim im Griff und würde ihm immer wieder in die Schranken weisen. Allerdings darf der NPD-Mann jetzt mit abstimmen, wenn es zum Beispiel um den Verkauf eines städtischen Grundstückes, den Ausbau von Kindergärten oder um die Verabschiedung des Haushaltsplans geht. Widerstand und Protest engagierter Bürger in Königs Wusterhausen hatten immerhin dazu geführt, dass der Wirtschaftsfaktor Rechtsextremismus im kommunalen Haushalt heute nur noch eine marginale Rolle spielt, sagt der Bürgermeister. Das war einmal anders. In einem der kleinen Ladengeschäfte in der Innenstadt begann der steile Aufstieg eines Modelabels, das bis heute in der rechten Szene zum Erkennungsmerkmal nationalistischer Gesinnung gehört: Thor Steinar; eine Modemarke, die mit germanischen Runen auf T-Shirts und völkischer Symbolik auf Jacken und Hemden zum Erfolgsmodell avancierte. Vorangetrieben wurde dieses Millionengeschäft insbesondere von zwei Männern, die in der rechten Szene keine Unbekannten sind: Axel Kopelke und Uwe Meusel zählten nach eigenen Angaben zeitweise Gewerbesteuern von über 60.000 Euro im Jahr und wurden damit für die kommunale Wirtschaft von König Wusterhausen zum echten Faktor. 2004 wurde das Runen-Logo von Thor Steinar zeitweise verboten. Es sei zu stark an Symbole der Wehrmacht und des Nationalsozialismus angelehnt, hieß es. Deshalb entwarfen Meusel und Kopelke schlicht ein neues, bis heute genutztes Logo. Ihre Firma Mediatex haben sie nach Dubai verkauft und um Thor Steinar hat sich heute ein weit verzweigtes Firmennetz gesponnen, mit internationalen Ablegern. Im Bundestag und in einigen Landtagen ist das offene Tragen dieser Symbole inzwischen untersagt. Doch weiterhin hängen Hemden, T-Shirts und Kapuzenpullover von Thor Steinar in einem Geschäft in der Bahnhofstraße.

ihren eigenen Sprüchen zu schlagen“, sagt die Kauffrau für Bürokommunikation, die sich politisch auch für Die Linke engagiert. Sie freut sich, wenn man mit Aktionen wie diesen die Rechten etwas aus dem Konzept bringen kann: „Wenn man sie verschleißt, damit kommen sie nicht klar“, sagt sie. Dennoch weiß auch sie: „Die scheinbare Ruhe hat nichts zu bedeuten.“ Wer heute nach Königs Wusterhausen kommt, findet neben der Plattenbausiedlung auch eine ganz andere Stadt. Eine mit einem frisch gestrichenen und renovierten Schloss, einem großzügig angelegten Park und einer kleinen Fußgängerzone mit Straßencafés, Restaurants und Eisdielen. Die jungen Männer mit den kahlen Köpfen und schweren Stiefeln sind aus dem Stadtbild weitgehend verschwunden. Und wenn die Rechten wie am 8. Mai zu einer Kundgebung aufrufen, sind die Menschen stolz, mehr Gegendenmonstranten als rechte Gesinnungsgenossen aufbieten zu können. Dennoch wissen die, die hier leben, dass rechtsextreme Einstellungen bei vielen Menschen weiter tief verwurzelt sind. Die Stadt wird daran arbeiten, ihrem braunen Image zu trotzen – mit Aktionen wie Ende April, als 40 bis 50 Bewohner der Stadt unter dem Schutz von Polizei und Ordnungsamt vier Stunden damit beschäftigt waren, Aufkleber mit Naziparolen zu beseitigen. „Sie kleben jetzt alle wieder“, sagt Stefanie Schirmer. Doch davon lässt sie sich nicht entmutigen. *Anja Dehne und Annette Sach*

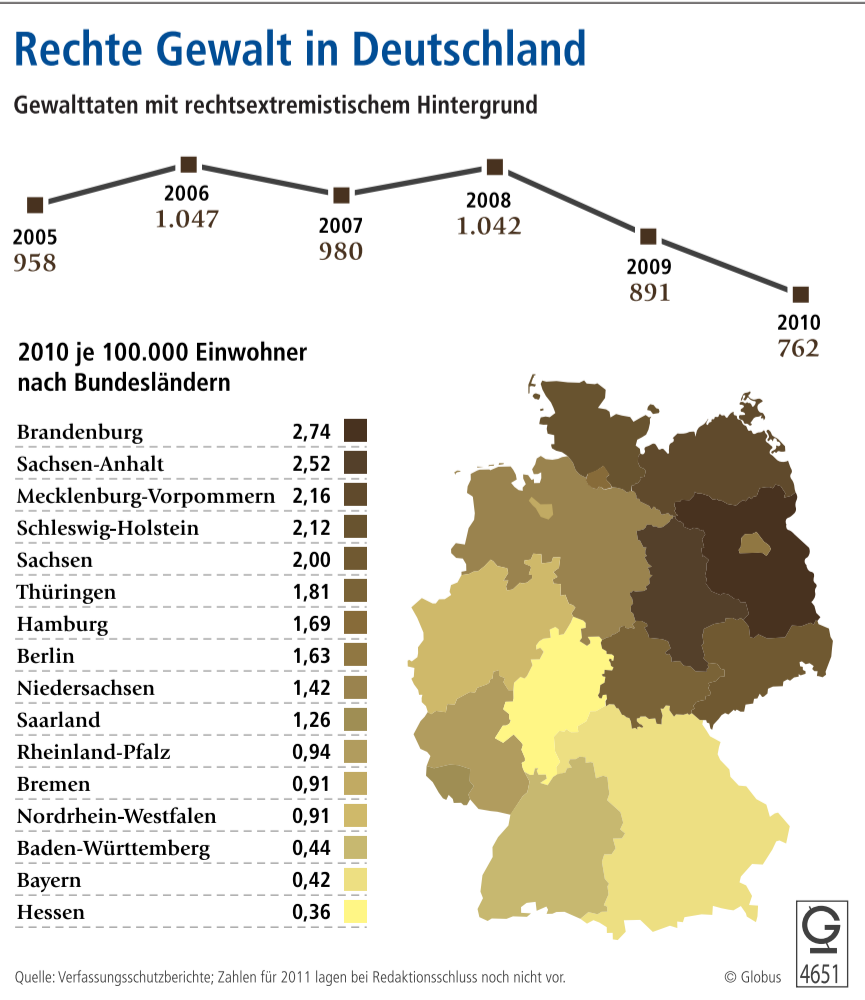
»Die rechten Akteure sind spezialisierter und viel besser vernetzt als früher.«

Astrid Peters, Politologin

Parlamännchen
Politik für Kinder

Rechtsextreme

Menschen mit rechtsradikalen Einstellungen sind oft Außenseiter. Daher suchen sie die Stärke einer Gruppe und erheben sich über andere Menschen wie Homosexuelle, Juden oder Ausländer. Dabei orientieren sie sich an den Ideen der Nationalsozialisten, die für den Zweiten Weltkrieg und den Tod von Millionen Menschen verantwortlich sind. Früher erkannten sich Rechtsextreme oft an ihrem Aussehen. Sie trugen Symbole wie Hakenkreuze oder Reichskriegsflagge. Heute gehen sie auch in die Politik und geben vor, für schwierige Probleme ganz einfache Lösungen zu haben. Einige Rechtsextreme sind sehr gewalttätig und begehen schwere Straftaten wie Mord oder Totschlag.



Auf den zweiten Blick Auf ihrer Internetseite brüstete sich die Partei damals damit, sie habe die Politik wacherüttelt und am Bahnhof für Ordnung gesorgt. Die Polizei musste über Monate verstärkte Präsenz zeigen, denn nicht nur Lukas, auch viele andere Bewohner von Königs Wusterhausen waren verunsichert. Fast rund um die Uhr lungerten junge Männer mit kahl geschorenen Köpfen und Springstiefeln auf dem Bahnhofsgelände. Seit einigen Jahren ist diese Szene in Königs Wusterhausen weniger sichtbar geworden – doch nur auf den ersten Blick. „Man nimmt in der Stadt kaum noch geschlossene, ho-

»Äpfel« mit: Ihre Mitglieder tragen schwarze Kleidung mit einer roten Armbinde, auf der ein schwarzer Apfel prangt – eine Anspielung auf Holger Apfel, den derzeitigen Bundesvorsitzenden der rechtsextremen NPD. Bei Kundgebungen läuft die Satiregruppe „mit den Nazis mit, um sie mit

Karriere eines Schlagworts

ANGSTZONEN Wie ein Begriff die Wirklichkeit definiert

Eigentlich sind es nur drei kurze Worte. In der Diskussion über den Rechtsextremismus aber erzielten sie eine langanhaltende Wirkung. Der Begriff der „national befreiten Zone“ tauchte in der rechtsextremen Presse erstmals zu Beginn der 90er Jahre auf. In diesem Zusammenhang wurde der Ausdruck sowohl als ökonomische Unabhängigkeit definiert, aber auch territorial verstanden „als ein Freiraum für Nationalisten, die darin faktisch die Macht ausüben, die sich primär gegen den Staat und politische Konkurrenten richtet“, heißt es in einer Publikation aus dem Jahr 2005 von Professor Werner Bergmann und Uta Döring. Auch wenn das Konzept in der rechtsextremen Presse benannt wird, gibt es nach Meinung der beiden Wissenschaftler keine „einheitliche Strategie zur Instaurierung von national befreiten Zonen innerhalb der parteiförmig organisierten Rechten“.

Medialer Oberbegriff In den Medien wurde der Begriff erstmals im Jahr 1997 durch einen Artikel in der Frankfurter Rundschau bekannt und danach immer öfter kopiert. Wofür die drei Worte genau stehen, wurde dabei nicht eindeutig definiert, sondern der Ausdruck verbreitete sich schnell als Syno-

nym für verschiedene Phänomene wie etwa die Gewalt gegen Minderheiten, die Dominanz rechter Gruppen im öffentlichen Raum oder fremdenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung. Immer öfter tauchte der Begriff dann auch in offiziellen Reden oder auch in Debatten im Bundestag auf – oftmals mit unterschiedlicher Bedeutung. Traurige Berühmtheit erlangte der Begriff, als er im Jahr 2000 zum „Unwort des Jahres“ gekürt wurde. „Nach der Jahrtausendwende wurde der Begriff zunehmend kritisch hinterfragt und man sprach mehr von Angstzonen, um auch die Perspektive der Opfer zu berücksichtigen“, sagt die Sozialwissenschaftlerin Uta Döring, die über das Thema 2008 ihre Doktorarbeit verfasst hat. Darin zeigt sie auf, wie lange noch Orte, die von der Presse mit dem negativen Label versehen wurden, dagegen zu kämpfen haben – ganz ungeachtet der realen Veränderungen vor Ort. In der heutigen Diskussion wird der Begriff kaum noch verwendet. Das bedeutet aber nicht, dass damit auch die Probleme verschwunden sind. Wichtiger als einzelne Orte oder Regionen konkret benennen zu wollen, sagt Döring, sei es aber, „nicht zu weichen und die Menschen vor Ort aktiv zu unterstützen.“ *Annette Sach*

Kurzfristig und unbeständig

PARLAMENTARISMUS Die Erfolge rechtsextremistischer Parteien seit 1945 sind in Deutschland bisher überschaubar

So besorgniserregend der Einzug rechtsextremer Parteien etwa in ein Landesparlament heute sein mag: Ein Blick in die Geschichte der Bundesrepublik zeigt, dass die Erfolge solcher Parteien nie von Dauer waren. So hat sich bereits nach 1945 trotz scheinbar optimaler Voraussetzungen die durchaus begründete Angst vor einem starken Nachkriegsrechtsextremismus in den Westzonen nicht bewahrheitet. Die Zustimmung zur demokratischen Ordnung der Bundesrepublik wuchs nämlich überraschend schnell, womit dem organisierten Rechtsextremismus die soziale Grundlage entzogen wurde. Zunächst profitierte er allerdings in bescheidenem Umfang von den tief greifenden ökonomischen, sozialen und politischen Nachkriegsproblemen. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 erzielten Rechtsextremisten sechs Mandate.

Die 1950er Die 1952 verbotene Sozialistische Reichspartei (SRP) eroberte 1951 in Bremen und in Niedersachsen insgesamt 24 Mandate. Und die Deutsche Reichspartei (DRP) brachte es in Niedersachsen 1951 und 1955 auf insgesamt neun und 1961 in Rheinland-Pfalz auf einen Landtagsabgeordneten. Der Niedergang des Rechtsextremismus Ende der 1950er Jahre war aber nicht nur durch externe Faktoren bedingt. Er hatte auch keine attraktive und realistische Alternative zur Politik Adenauers vorzuweisen. Die Forderung nach Wiederherstellung des Deutschen Reichs unter Einschluss der ehemaligen deutschen Ostgebiete war angesichts der heftigen Ost-West-Konfrontation und der erfolgreichen Westintegrationspolitik Adenauers chancenlos. Glaubwürdigkeit und Kompetenz des Rechtsextremismus wurden überdies durch starke organisatorische Zersplitterung beeinträchtigt.

Direkt nach der Maueröffnung reisten Rechtsextremisten in die DDR, um Anhänger zu mobilisieren.

Die 1960er Mitte der 1960er Jahre verbesserten sich die Erfolgsbedingungen für rechtsextremistische Parteien etwas: 1966/67 trafen ein deutlicher konjunktureller Abschwung und tief greifende Strukturschwächen einzelner Branchen mit einem erheblichen staatlichen Finanzdefizit zusammen. Über die Finanzkrise zerbrach die seit 1963 von Ludwig Erhard geleitete Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP, woraufhin die Unionsparteien und die SPD im Dezember 1966 eine Große Koalition bildeten. Das Ende des „CDU-Staats“ markierte zugleich das Ende der Nachkriegszeit. Von dieser damals weithin als krisenhaft empfundenen Entwicklung profitierte die Nationaldemokratische Partei Deutschlands

(NPD). Sie war bereits 1964 als Sammlung diverser rechtsextremistischer Splittergruppen entstanden und kämpfte bald gegen die Große Koalition, insbesondere gegen deren – die deutsche Teilung angeblich sanktionierende – entspannungsorientierte Ostpolitik, und gegen die wachsende außerparlamentarische Opposition (APO). Zwischen 1966 und 1968 fielen ihr in sieben Landesparlamenten 61 Landtagsitze sowie etwa 600 Wahlämter auf kommunaler und regionaler Ebene zu. Bei der Bundestagswahl 1969 verfehlte sie mit immerhin 4,3 Prozent knapp den Sprung in den Bundestag. Dass die NPD danach schlagartig an Bedeutung verlor, hatte folgende Ursachen: Mit der Bildung der sozialliberalen Koalition im Bund konnte sich die Union wieder auf ihre christlich-konservativen Ziele konzentrieren und betrieb beharrliche Opposition gegen die Politik der Regierung Brandt-Scheel. Mit zunehmender Polarisierung im Parteiensystem trocknete die Wählerbasis der NPD aus, die dann auch im Streit über strategische Fragen zerfiel. In diesem Kontext entstand 1971 die Deutsche Volksunion (DVU), damals noch als überparteiliche Vereinigung.

Die 1980er In den 1980er Jahren verbesserten vor allem folgende Faktoren die Chancen für rechtsextremistische Parteien: geringes Wirtschaftswachstum, hohe Massenarbeitslosigkeit, Beschneidung der Sozialausgaben, wachsende Migrationsbewegungen und Asylproblematik. Im Kampf gegen

die sogenannte „Überfremdung“ von Volk und Nation erwiesen sich allerdings nicht die noch verbliebenen NPD-Reste und auch noch nicht die seit 1987 als politische Partei firmierende DVU als besonders erfolgreich, sondern die 1983 gegründeten und besonders populistisch auftretenden Republikaner (REP). Sie zogen im Januar 1989 mit elf Vertretern in das Berliner Abgeordnetenhaus ein und erreichten im Juni des Jahres sechs Sitze im Europaparlament. Es gelang ihnen aber nicht, diesen Rückenwind für weitere Erfolge zu nutzen. Vielmehr trug der Partei das Hauen und Stechen zwischen rechtskonservativen und rechtsextremistischen Kräften Austritte und Abspaltungen ein. Am Vorabend der deutschen Einheit befand sich der Rechtsextremismus insgesamt also in einer desolaten Lage. Daher erhoffte sich der westdeutsche Rechtsextremismus in der DDR ein zusätzliches Wählerpotenzial und erklärte „Mitteldeutschland“ zum bevorzugten „Aufmarschgebiet“. Unmittelbar nach Öffnung der Mauer reisten Vertreter aller rechtsextremistischen Organisationen in die DDR, um Anhänger zu mobilisieren.



Ein zerstörtes NPD-Wahlplakat vor der Thüringer Landtagswahl 2009. Die rechtsextreme Partei scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde.

Die 1990er Die neuen Bundesbürger erwiesen sich bei den ersten freien Wahlen in Ostdeutschland als noch wenig anfällig für großdeutsche und völkische Parolen. Noch bis Mitte der 1990er Jahre erzielten die rechtsextremistischen Parteien in Westdeutschland bessere Ergebnisse als im Osten. So zogen die „REPs“ 1992 und 1996 mit 15 beziehungsweise 14 Abgeordneten in den Landtag von Baden-Württemberg ein, und die DVU überwand die Fünf-Prozent-Hürde 1991 in Bremen und 1992 in Schleswig-Holstein mit je sechs Mandaten. Erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wuchsen in den neuen Bundesländern Pessimismus und Politikverdrossenheit stark an. Seit 1998 stießen rechtsextremistische Parteien im Osten auf größere Resonanz als

im Westen. Den Durchbruch schaffte zunächst die organisationsschwache aber finanzstarke DVU, die die soziale Frage in ihre Überfremdungskampagne integriert hatte: „Arbeit statt Zuwanderung!“, „Deutschland muss das Land der Deutschen bleiben!“ 1998 erreichte sie 16 Mandate in Sachsen-Anhalt und 1999 und 2004 in Brandenburg fünf beziehungsweise sechs Landtagsitze. Dadurch wurde der Zerfall der aus München ferngesteuerten „Phantompartei“ jedoch nicht aufgehalten. **Die 2000er** Zur hegemonialen Kraft im (ostdeutschen) Rechtsextremismus entwickelte sich die NPD. Sie war organisatorisch besser aufgestellt als die DVU und erst Recht als die Republikaner (die amtlicherseits seit 2007

nicht mehr als rechtsextremistisch gelten). Programmatisch hatte sie sich von einer eher deutschnationalen zu einer überwiegend neonazistischen Partei gewandelt, die einen „nationalen Sozialismus“ propagiert. Dadurch war es ihr möglich geworden, auch Kräfte aus dem Bereich der neonazistischen Kameradschaften und Subkulturen in die Parteiarbeit einzubinden und mit Vorstandsämtern zu betrauen. 2004 gelang es der NPD im Zeichen der massenhaften Proteste gegen Hartz IV erstmalig wieder seit 1968, in ein Landesparlament einzuziehen, und zwar in Sachsen mit zwölf Abgeordneten. Zwei Jahre später erreichte sie in Mecklenburg-Vorpommern sechs Mandate. Den Zenit ihrer Entwicklung dürfte die Partei aber mittlerweile über-

schritten haben. Ihre Wahlergebnisse sind flächendeckend rückläufig, in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern hat sie zwar 2009 beziehungsweise 2011 den Wiedereinzug in die Landtage geschafft, allerdings mit weniger Abgeordneten als zuvor. Vor allem aber ist die NPD durch heftige Fraktionskämpfe und brisante Finanzaffären stark geschwächt. Auch die Fusion mit den Resten der DVU 2010 konnte den Mitgliederrückgang nicht aufhalten. Parlamentarische Erfolge des Rechtsextremismus sind in absehbarer Zeit also wenig wahrscheinlich, auf Bundesebene noch weniger als in den Ländern. *Richard Stöss*

Richard Stöss ist Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin.

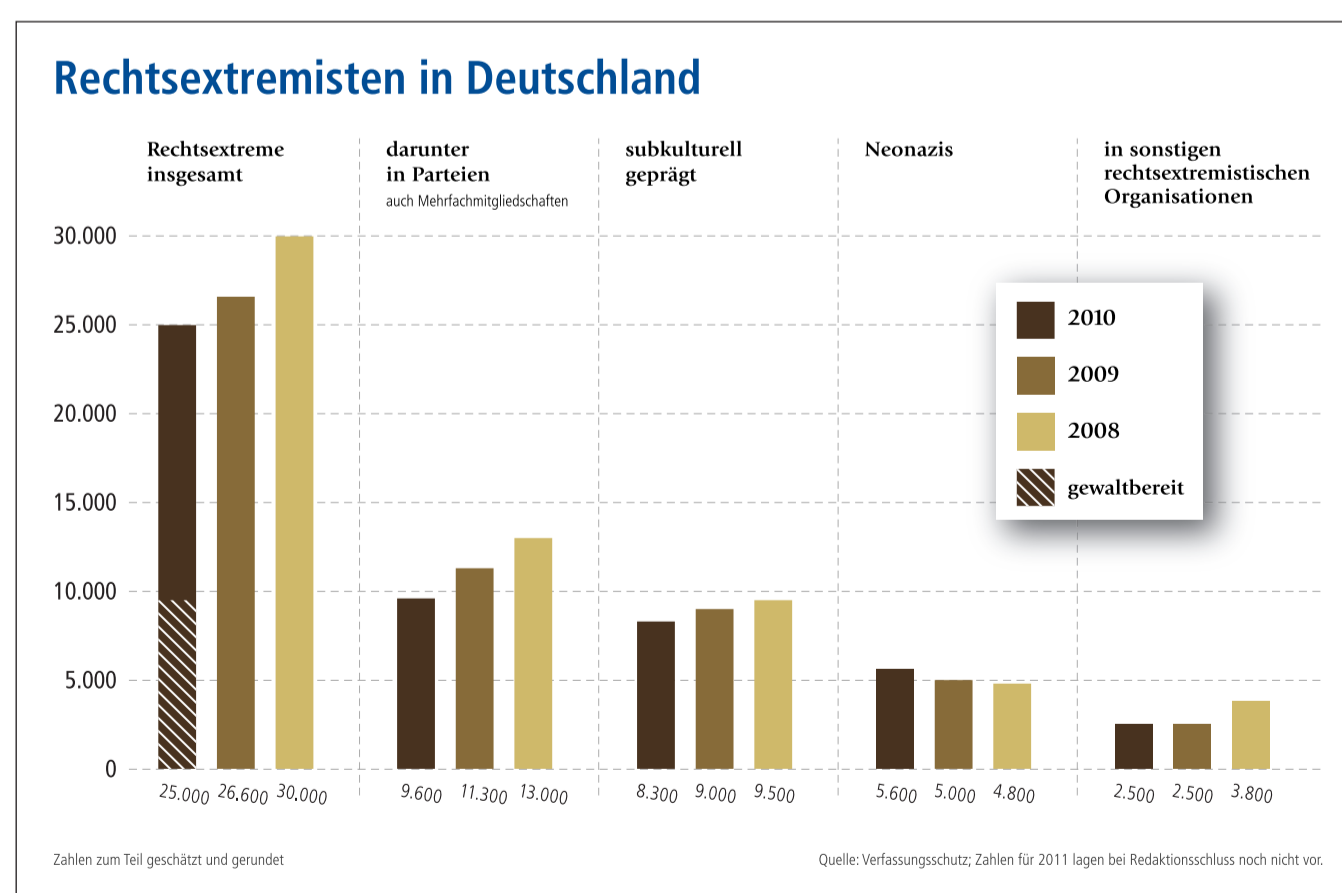
Abnormes Verständnis von Demokratie

RECHTES SPEKTRUM Die Grenzen zwischen Extremismus und Populismus sind fließend

Die Trennlinie zwischen Extremismus und Populismus lässt sich nicht immer exakt bestimmen. Der Verzicht einer Gruppe auf Gewaltanwendung schließt nicht aus, dass diese trotzdem extremistisch ist. Denn ein vermeintlich friedliches Verhalten könnte durchaus taktisch motiviert sein. Noch schwieriger wird es, Rechtsextremisten und Rechtspopulisten auseinanderzuhalten, wenn diese zwar bestimmte gesellschaftliche Werte ablehnen, aber nicht den gesamten demokratischen Verfassungsstaat als solchen. Manche Politologen unterscheiden deshalb zwischen hartem und weichem Extremismus.

Kritik an der Elite Für die weiche Form werden auch andere Bezeichnungen wie Rechtsradikalismus oder eben Rechtspopulismus verwendet. Zumindest mit Blick auf den Rechtspopulismus erweist sich eine solche Begriffsabgrenzung allerdings als unscharf. Denn im ideologischen Mittelpunkt des Populismus stehen die Kritik an der herrschenden Elite sowie der Einsatz für das „einfache Volk“. Rechtspopulisten ergreifen Partei für gesellschaftlich benachteiligte Gruppen, die sie nicht zuletzt mit eingänglichen kurzen Parolen vereinnahmen wollen: „Sozialstaat statt Zuwanderung“ oder „Keine Großmoschee in Köln“ zum Beispiel. Mit diesen wollen sie Ängste vor Arbeitsplatzverlust und Ausländerkriminalität bedienen.

Im Gegensatz zum Rechtsextremismus versteht sich der Rechtspopulismus keineswegs als anti-demokratisch. Im Gegenteil, er beansprucht für sich, die wahre Form der Demokratie zu vertreten: der vermeintliche Volkswille soll den Rechten von Einzelnen oder Minderheiten entgegengesetzt werden. Je anti-liberaler und anti-pluralistischer sich der Populismus gibt, desto größer sind seine Schnittmengen mit dem Extremismus. Dieser wiederum vertritt eine Ideologie oder eine Gesinnung, die vor allem negativ



definiert wird – als Absage an die grundlegenden Werte, Verfahren und Institutionen der freiheitlichen Demokratie.

Exklusivitätsglaube Konstitutiv für den rechten Extremismus ist die Ablehnung der Gleichheit aller Menschen. Kombiniert wird diese Ablehnung zumeist mit einem absoluten, dogmatischen Wahrheits- und Exklusivitätsglauben, beispielsweise der Vorstellung des ethnisch homogenen, des „reineren“ Nationalstaats. Dass Rechtsextremismus und Rechtspopulismus eine

erfolgreiche Verbindung eingehen können, lässt sich historisch an den Beispielen des Nationalsozialismus und des italienischen Faschismus belegen.

Ein Blick auf die heutigen Rechtsaußenparteien in Europa zeigt, dass die Kombination von Populismus und Extremismus eher selten auftritt (siehe Seite 15). Bei Parteien wie den skandinavischen Fortschrittsparteien und Geert Wilders' Freipartij in den Niederlanden war von Anfang an eindeutig, dass sie nicht dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind. Andersherum kann

es rechtsextreme Parteien geben, denen die typischen Merkmale des Populismus fehlen. Dies gilt etwa für die NPD, deren Wählerzuspruch bis heute äußerst bescheiden ist. Eine Ursache dafür ist ihr Mangel an populistischen Elementen, mit denen sie Wähler erreichen könnte, die vor der Wahl einer rein extremistischen Partei zurückschrecken. *Frank Decker*

Frank Decker ist Professor am Seminar für Politische Wissenschaft

Zulauf aus Frust

WAHLEN Arbeitslosigkeit spielt Rechtsextremisten in die Hände

Männlich, ungebildet, arbeitslos – das sind die Wähler rechtsextremistischer Parteien. Und das ist kein bloßes Vorurteil, sondern das Ergebnis einer gemeinsamen Studie der Universitäten Leipzig und Gießen. Für diese wurden 2.512 Personen im Alter von 14 bis 94 Jahren 2011 zu ihrer Parteipräferenz befragt. Bei den Berufstätigen, so ein weiteres Ergebnis der Studie, ist die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz wiederum unter den Wählern rechtsgerichteter Parteien am größten. Die meisten von ihnen müssen übrigens mit einem Haushaltseinkommen von unter 1.000 Euro pro Monat auskommen, auch das ergab die Studie. Ein Abitur haben gerade einmal zehn Prozent der Rechtswähler, lediglich 20 Prozent von ihnen sind Frauen.

Gesellschaftlich tabuisiert Der Anteil der Wähler rechtsgerichteter Parteien sei insgesamt, gemessen an der Gesamtbevölkerung, verschwindend klein, da die Parteien gesellschaftlich weiterhin „tabuisiert“ werden, konstatiert der Mainzer Politologe Jürgen W. Falter. Bei den Landtagswahlen 2012 im März im Saarland und im Mai in Nordrhein-Westfalen sowie in Schleswig-Holstein schaffte keine rechtsgerichtete Partei den Sprung in eines der drei Landesparlamente: Während im Saarland die NPD im Vergleich zu 2009 um 0,3 Prozentpunkte verlor und auf 1,2 Prozent der Wählerstimmen kam, verlor sie in Schleswig-Holstein um 0,2 Prozentpunkte und erreichte 0,7 Prozent. Einzig das rechtsextreme Bürgerbündnis Pro NRW konnte in seinem Bundesland gegenüber 2010 um 0,1 Prozentpunkte zulegen, kam aber auf nur 1,5 Prozent der Wählerstimmen. Und auch auf Bundesebene konnten sich rechte Parteien in der Vergangenheit nicht durchsetzen (siehe Beitrag oben). Allerdings würden die Karten neu gemischt, „wenn jetzt tatsächlich die große Wirtschaftskrise über uns hereinbricht“,

sagt Falter. Wenn die Arbeitslosigkeit – und somit auch die Frustration – steige, würden auch die Stimmen für rechte Parteien zunehmen. Gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Missstände riefen auch immer Protestwähler auf den Plan. Rechtspopulistische Parteien würden sich primär gegen einzelne Missstände und gegen die etablierten Parteien wenden, um Stimmen zu gewinnen. „Es ist eine Themenkonjunktur, auf die die Rechtspopulisten aufspringen“, sagt Falter. Sie würden mittlerweile auch Wähler aus der Mittelschicht ansprechen. Doch die Protestwähler wandern schnell wieder ab, zu anderen Parteien oder in das Lager der Nichtwähler. Bei den Landtagswahlen 2011 in Mecklenburg-Vorpommern zum Beispiel konnte die NPD mit sechs Prozent der Stimmen ihren Platz im Schweriner Landesparlament behaupten. Doch hatte die Partei 1,3 Prozentpunkte gegenüber den Wahlen 2006 verloren.

Wählerwanderung Der Blick auf die Wählerwanderung zeigte damals, dass die NPD etwa 18.000 Stimmen an den Block der Nichtwähler verloren hatte. Wahlforscher begründeten die Abwanderung damals mit dem Ausbleiben von politischen Erfolgen im Landtag in der vorangegangenen Legislaturperiode. An die etablierten Parteien hatte die NPD nahezu keine Wähler verloren. Insgesamt, erklärt Falter, werde die Zahl der Wähler rechtsextremistischer Parteien „wahrscheinlich gleich bleiben“. Seiner Prognose entspricht bereits das Ergebnis der diesjährigen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Die NPD kam nur auf 0,5 Prozent (-0,2 Prozentpunkte), während Pro NRW 10.794 Zweitstimmen hinzu gewinnen konnte, hatte die NPD 15.407 verloren. Pro NRW hatte also frühere Wähler der NPD für sich gewonnen. So blieb die Zahl der Rechts-Wähler konstant. *ver*

Struktur und Organisationen

Parteien

Sie ist der parlamentarische Arm des deutschen Rechtsextremismus: die NPD. 1964 gegründet, fristete die nach eigenem Bekunden „nationaldemokratische“ Partei jahrzehntelang ein Nischendasein, gelangte aber nach der Wiedervereinigung zu neuer Stärke. Die Partei bekennt sich zu einem völkischen Nationalismus. Im Parteiprogramm von 2010 heißt es, Deutschland müsse „das Land der Deutschen bleiben“ und „es dort, wo dies nicht mehr der Fall ist, wieder werden“. Mit der bewussten Einbindung von Neonazis und Skinheads in die Führungsstrukturen radikalisierte sich die Partei Mitte der 1990er Jahre deutlich. Derzeit ist die NPD in zwei Landesparlamenten vertreten: in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Ein Verbotverfahren gegen die Partei scheiterte 2003 aus formalen Gründen, weil V-Leute des Verfassungsschutzes in den Führungsgremien der Partei eingesetzt worden waren.



NPD-Bundesvorsitzender Holger Apfel

Offiziell distanziert sich die NPD von Gewalt und Terrorismus und setzt unter ihrem Vorsitzenden Holger Apfel auf das Konzept der „radikalen Seriosität“. Tatsächlich sind aber viele Kader und Mitglieder eindeutig vorbehaftet, so etwa der frühere Thüringer NDP-Vize Ralf Wohlleben, der als Unterstützer der Zwickauer Zelle gilt. Nach Angaben der Sicherheitsbehörden ist die NPD schon lange gut mit gewaltbereiten Neonazis bei den freien Kräften oder in Kameradschaften vernetzt. So gehörte etwa das NPD-Präsidiumsmitglied Patrick Wieschke zum Thüringer Heimatschutz und war an einem Sprengstoffanschlag auf einen türkischen Imbiss in Eisenach beteiligt. Auch die deutsche Volksunion (DVU) wurde vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft und konnte mehrfach in Länderparlamente einziehen. Sie fusionierte 2011 mit der NPD.

Vereine

Die Warnungen werden seit einigen Jahren lauter: Rechtsextremisten würden versuchen, Vereine zu unterlaufen. Besonders betroffen seien Sportvereine oder Organisationen wie die freiwillige Feuerwehr oder das Technische Hilfswerk. Dagegen schmilzt die Zahl originär rechtsextremistischer Vereine: Immer wieder werden Verbote verhängt. Dies, so das Innenministerium, sei ein „Schwerpunkt der Maßnahmen des Bundesministeriums des Innern bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus“.



Minister Friedrich

So traf es 1994 die Wiking-Jugend, 2008 das Collegium Humanum und 2009 die Heimatreue Deutsche Jugend. Gerade erst hat das Landgericht Dresden die verbotene Kameradschaft Sturm 34, die die Region Mittweida zur „national befreiten Zone“ machen wollte, als kriminelle Vereinigung bestätigt. Ende 2011 verbot Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige: Sie habe versucht, inhaftierte Rechtsextremisten in der Szene zu halten und so „zur verzeichnenden Radikalisierung der Neonazi-Szene beigetragen“.

Bürgerinitiativen

Sie sind die jüngste Entwicklung bei dem Versuch der rechtsextremistischen Szene, sich in der Gesellschaft zu verankern: Über Bürgerinitiativen will man sich ein Kümmerer-Image geben und auf kommunaler Ebene auch bei denen wählbar erscheinen, die bislang nicht zur Stammklientel gehörten. So gründete sich vor wenigen Wochen die „Bürgerinitiative Soziale Alternative Oberpfalz“, deren Zweck es ist, die „Interessen der deutschstämmigen Bürgerinnen und Bürger in der Oberpfalz“ zu wahren. Im sächsischen Kamenz fordert die „Bürgerinitiative direkte Demokratie“ einen Bürgerentscheid gegen die geplante zentrale Unterbringung aller Asylbewerber des Landkreises in Kamenz – im Flyer ein Grußwort eines NPD-Stadtrates.

Was so versucht wird, nennt Dierk Borstel, Politikwissenschaftler an der Universität Bielefeld, „Strategie der kulturellen Subversion“. Wenn Rechtsextremisten gegen Hartz IV demonstrieren, sich in Elterninitiativen engagieren oder Hausaufgabenhilfe anbieten, können sie sich vor allem in strukturschwachen Regionen als zivilgesellschaftliche Aktivistinnen in Szene setzen und so Hemmschwellen abbauen.



Oktoberfest 1980 in München: 13 Menschen sterben nach einer Bombenexplosion. Die Behörden machen dafür einen Einzeltäter mit rechtsextremen Verbindungen verantwortlich.

Kampfgruppen im Untergrund

RÜCKBLICK Der Terror von rechts hat in Deutschland eine längere Geschichte

Es ist ein Satz, der – tausendfach gedruckt, unzählige Male verlinkt – nie mehr zurückzuzahlen ist. Und der ein Schlag ins Gesicht der Sicherheitsbehörden ist: „Auch 2010 waren in Deutschland keine rechtsterroristischen Strukturen feststellbar.“ So steht es im Verfassungsschutzbericht des Bundes für das Jahr 2010. Heute ist klar, dass bis zu dieser Zeit der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) zehn Menschen ermordet hatte. Wie viele Menschen bis heute vom mörderischen Treiben der drei Zwickauer Terroristen Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe wussten, ist auch Monate nach der Aufdeckung der Taten unklar. Was im Schock über die Taten häufig übersehen wird: Der Rechtsterrorismus in Deutschland hat eine lange Geschichte. Bereits Ende der 1960er Jahre, parallel zum Bedeutungsverlust der NPD gründeten die NPD-Mitglieder Helmut Blatzheim und Hartwig Neumann die „Europäische Befreiungsfront“, die sich als „Kampfgruppe gegen den Kommunismus“ verstand und einen Anschlag plante, um ein Treffen von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) mit dem damaligen DDR-Ministerpräsidenten Willy Stoph zu verhindern. 1970 rief Roland Tabert mit der „Nationalen Deutschen Befreiungsbewegung“ eine „neue NSDAP“ ins Leben, die Anschläge auf Einrichtungen der DDR und der Sowjetunion plante.

„Wehrsportgruppe Rohwer“, die 1977 und 1978 für sieben Anschläge und Überfälle verantwortlich war. Die ersten Todesopfer forderte der Rechtsterrorismus in den 1980er Jahren: Bei einem Schusswechsel mit der Polizei starben zwei Mitglieder der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/ Partei der Arbeit“, die sich ab Mitte der 1970er Jahre zum Sammelbecken gewaltbereiter Neonazis entwickelt hatte. Noch gewaltsamer agierten die „Deutschen Aktionsgruppen“ unter Führung des Alt-Nazis Manfred Roeder: Bei einem Brandanschlag der Gruppe auf eine Flüchtlingsunterkunft im September 1980 starben zwei Menschen. Der aber bis heute schlimmste Terrorakt der deutschen Nachkriegsgeschichte ereignete sich am 26. September 1980: Bei einer Bombenexplosion auf dem Münchener Oktoberfest wurden 13 Menschen getötet und mehr als 200 zum Teil schwer verletzt. Als verantwortlich dafür gilt der Student Gundolf Köhler, dem Verbindungen zur rechtsextremistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ nachgewiesen wurden.

Die ersten Todesopfer fordert der Rechtsterror in den 1980er Jahren.

– die These, dass Köhler Einzeltäter war, ist bis heute umstritten. Zwei Jahre später machte die „Hepp-Kexel-Gruppe“ mit einer Anschlagsserie auf amerikanische Soldaten und Einrichtungen sowie mehreren Raubüberfällen auf sich aufmerksam. Nach einer Phase der Ruhe wurde der Rechtsterrorismus in den 2000er-Jahren wieder virulent: Zum einen begannen die NSU-Morde, zum anderen verübte das „Freikorps Haveland“ zehn Brandanschläge auf Imbissbudeninhaber. Doch nicht alle Opfer rechter Gewalt lassen sich dem Begriff Rechtsterrorismus zuordnen: Die Angriffe auf Asylbewerberheime in Hoyerswerda im September 1991 und Rostock-Lichtenhagen im August 1992 gingen als Pogrome in die Geschichte ein. Nur we-

nig später töteten zwei Neonazis in Mölln bei einem Brandanschlag auf zwei Häuser türkischer Familien drei Menschen und verletzten neun schwer. Nur ein halbes Jahr später starben in Solingen fünf Menschen, nachdem vier Neonazis ihr Haus angezündet hatten. In allen vier Fällen ist die Einordnung der Angriffe als terroristische Taten problematisch, wenn man die gängige Definition zugrunde legt: Danach ist Terrorismus eine Form politischer Gewaltanwendung gegen eine politische Ordnung von nichtstaatlichen Gruppen, durchgeführt und geplant in systematischer Form mit dem Ziel, innerhalb der Bevölkerung Schrecken zu verbreiten. In Rostock und Hoyerswerda hatten Neonazi-Gruppen spontan angegriffen, unter dem Beifall der Bevölkerung. Schon damals wurde sichtbar, was sich viele in den neuen Bundesländern bis heute nicht gern eingestehen: Dass vor allem der Osten Deutschlands ein Rechtsextremismus-Problem hat und dieser dort so gefährlich ist, weil rechtes Gedankengut nicht nur in den Köpfen einiger weniger Terroristen, sondern in Teilen vor allem der jungen männlichen Bevölkerung fest verankert ist. In den neuen Bundesländern ist der Anteil gewaltbereiter Neonazis an der Bevölkerung deutlich höher als im Westen; hier ist die Bereitschaft, extremistisch zu wählen, so groß, dass die NPD in Landtagen und vielen kommunalen Parlamenten sitzt. Es gibt Regionen in Südbrandenburg, Ostthüringen oder Westsachsen, in denen Rechtsextremisten politisch und gesellschaftlich fest verwurzelt sind – die Grenzen zwischen NPD-Parteimitgliedern, lose organisierten Kameradschaften und gewaltbereiten freien Kräften sind dabei fließend, die personellen Überschneidungen vielfältig. Nur bei einem Bruchteil der Opfer rechter Gewalt in den vergangenen Jahrzehnten las-

sen sich dezidiert terroristische Täter nachweisen, ein Großteil starb durch die Hand ungebundener Neonazis, häufig aus spontanen Angriffen heraus.

Spontane Angriffe So wie der angolische Vertragsarbeiter Antonio Amadeu, der im November 1990 von einer Gruppe rechtsextremer Jugendlicher mit Baseballschlägern zu Tode geprügelt wurde. Wie der Hausbesitzer Silvio Meier, der im November 1992 von einem 17-jährigen Neonazi niedergestochen wurde. Wie der algerische Asylbewerber Farid Guendoul, den im Februar 1999 Jugendliche zu Tode hetzten. Oder wie Marwa El-Sherbini, die im Juli 2009 im Landgericht Dresden von dem Mann erstochen wurde, der sie zuvor auf einem Spielplatz als „Islamistin“ und „Terroristin“ beschimpft hatte. 149 Todesopfer rechter Gewalt zählt „Die Zeit“ seit der Wiedervereinigung, von 181 Toten spricht die Antonio-Amadeu-Stiftung. Nach der offiziellen Statistik sind es 63 – erst seit 2001 gilt die bundesweite Definition zur Erfassung politisch motivierter Kriminalität (PMK), nach der ihr Straftaten zugeordnet werden, „wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person gerichtet sind wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status“. Die Diskrepanz der Zahlen ergibt sich vor allem daraus, dass viele der Straftaten nicht als rechte Gewalt erfasst werden. Auch bei den NSU-Morden schloss man lange ein rassistisches Tatmotiv aus. Die Statistiken wurden nun korrigiert. *Susanne Kailitz*

Viele Straftaten werden nicht als rechte Gewalt erfasst.

Struktur und Organisationen

Freie Kameradschaften

Ohne feste Struktur agieren die sogenannten freien Kameradschaften. Das soll vor staatlichen Verboten schützen. Die Gruppen handeln autonom, sind untereinander aber stark vernetzt. Das Ziel dieser militanten Neonazis ist die Besetzung des öffentlichen Raums, sie sehen sich als Teil des „nationalen Widerstands“ gegen das bestehende politische System. Sie treten hauptsächlich bei Demonstrationen und Gedenkmärschen in Erscheinung. In der jüngsten Zeit sind Aktionsformen zu registrieren, die vor allem Jugendliche ansprechen sollen: etwa Flahmsmobs der „Unsterblichen“, die ihre Aktionen in sozialen Netzwerken verbreiten. Der Verfassungsschutz unterscheidet zwischen subkulturellen Kameradschaften ohne Hierarchien und mit eher diffusem Weltbild, „das von fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Versatzstücken bestimmt wird“, und neonationalsozialistischen Kameradschaften mit deutlichen Führungsstrukturen und starker politischer Ausrichtung. Als eine Untereinheit gelten die freien Kräfte, die sich nicht mehr als Teil einer konkreten Kameradschaft verstehen. Die freien Kameradschaften gelten als kleinste Einheit der „nationalen Bewegung“ und sollten nach einem Konzept des führenden Hamburger Neonazis Thomas Wulff zufolge jederzeit als „nicht organisierte Einheiten“ für den Widerstand mobilisierbar sein. So waren etwa die inzwischen verbotenen Skinheads „Sächsische Schweiz“, die vom Dresdner Innenministerium Ende der 1990er Jahre als eine der gefährlichsten rechtsextremen Vereinigungen in Deutschland eingestuft worden war, als Kameradschaft organisiert. Die NSU-Terroristen etwa gehörten zum „Thüringer Heimatschutz“, einem Zusammenschluss freier Kameradschaften aus ganz Thüringen.



Thomas Wulff

Autonome Nationalisten

Die Autonomen Nationalisten (AN) bilden eine Sondergruppe der freien Kräfte. Sie traten in den 1990er Jahren erstmals in die Öffentlichkeit und fielen dadurch auf, dass sie militante Aktionsformen der linksautonomen Szene übernahmen. Sie propagieren eine strikt antiparlamentarische Politik und radikale Kampfformen. Auf Demonstrationen treten sie als „nationaler schwarzer Block“ auf und sind äußerst gewaltbereit. Das nordrhein-westfälische Innenministerium erklärte den Zulauf der AN damit, dass die Entscheidung der NPD, auch Neonazi-Kader in die Parteiführung zu integrieren, bei Teilen der Neonazi-Szene „auf deutliche Kritik“ gestoßen sei, „da man sich grundsätzlich nicht in Parteistrukturen des Systems einbinden lassen“ wolle. Schwerpunkt der Aktionen liegt neben Bayern und Berlin auch im Großraum Dortmund. Nachdem es zwischen AN und freien Kameradschaften zunächst Spannungen gab, näherte man sich inzwischen an: So schrieb eine der Führungsfiguren des nationalen Widerstands, der gebürtige Hamburger Christian Worch, er sehe hier möglicherweise einen Generationenwechsel von altgedienten Kadern hin zu „vornehmlich jüngeren, radikaleren Kameradinnen und Kameraden, die selbstverantwortliches und selbstbestimmtes Handeln in den Vordergrund stellen wollen, weil sie sehen, dass es mit althergebrachten Werten in der jetzigen Situation nicht wirklich weitergeht“.

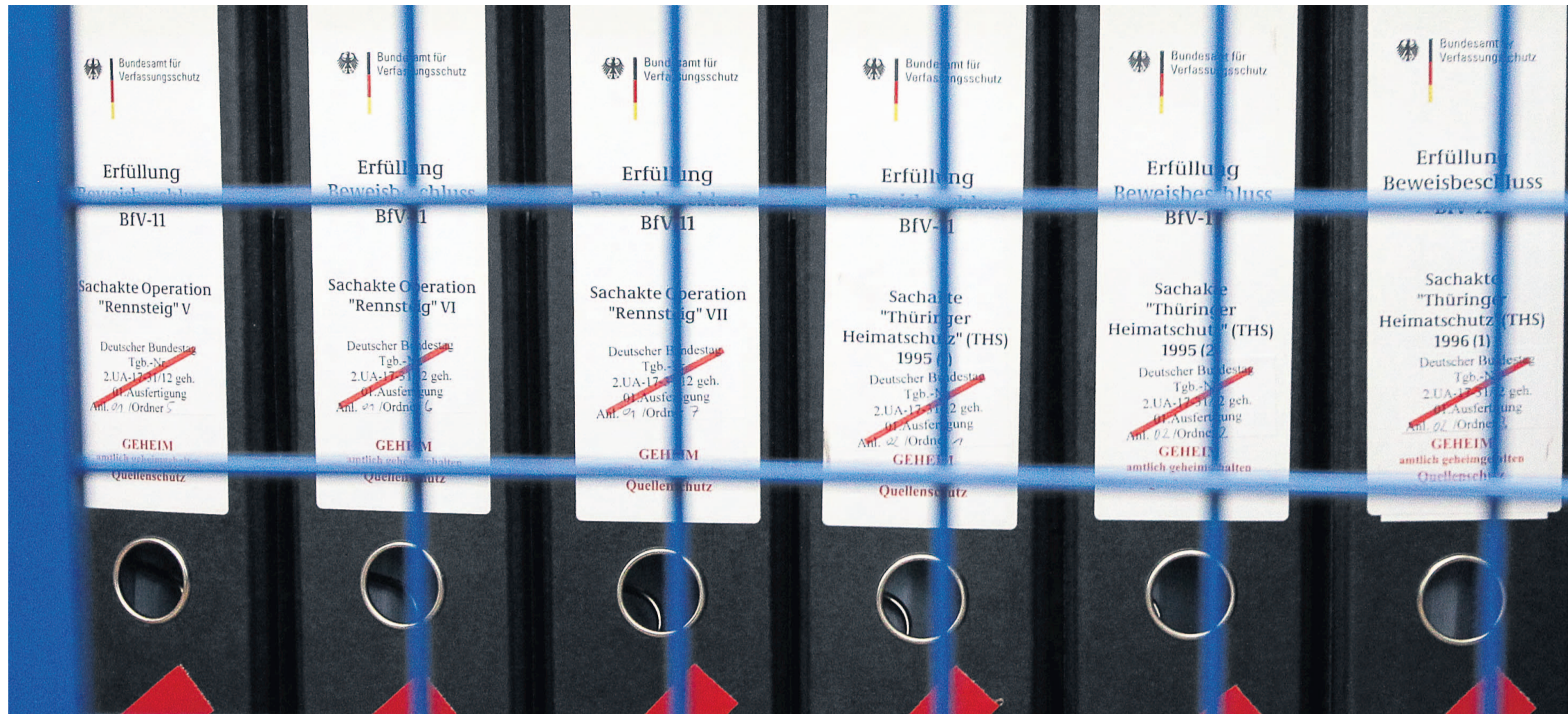
Skinhead-Netzwerke

Das bekannteste Skinhead-Netzwerk ist wohl das „Blood and Honour“ mit Wurzeln in Großbritannien, das Konzerte vor allem rechtsextremer Bands organisiert. Als bewaffneter Arm der Organisation gilt die britische Terrorgruppe Combat 18, die für eine Vielzahl gewalttätiger Anschläge verantwortlich gemacht wird. Wer dazu gehört, ist unklar, denn die Gruppe agiert nach dem Konzept des „führerlosen Widerstands“.



Neonazi-Demonstration in Dresden

Auch nach dem Verbot der deutschen Division 2000 blieben Strukturen bestehen. Immer wieder treten bei diversen Rechtsrock-Festivals Neonazi-Bands auf. Besondere Aufmerksamkeit zieht das Netzwerk im Zusammenhang mit der NSU-Aufklärung auf sich: So soll die Zwickauer Terrorzelle zum harten Kern der Blood-and-Honour-Bewegung in Jena gehört und von dessen Mitgliedern logistische Hilfe erhalten haben. *suk*



Noch verbliebene Akten zur Operation „Rennsteig“ und dem „Thüringer Heimatschutz“ stehen am 5. Juli verschlossen in einem Drahtgestell im Anhörungssaal des Untersuchungsausschusses.

Fahnder mit Tunnelblick

NSU-AUSSCHUSS Das Durchleuchten der Ermittlungen zeigt eine beschränkte Behördensicht nach rechts

Vielleicht wird der 5. Juli zum Markstein des Bundestags-Untersuchungsausschusses, der Fehlgriffe bei den Ermittlungen zu der dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) angelasteten Mordserie an neun türkisch- und griechischstämmigen Kleinunternehmern sowie einer Polizistin durchleuchten soll. Nicht, weil die elf Abgeordneten mit dem Rückzug Heinz Fromms von der Spitze des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), der nun vor ihnen als Zeuge sitzt, schon nach wenigen Monaten ein Spektakulum provoziert haben. Bemerkenswert ist dieser Tag auch nicht unbedingt deswegen, weil mit der Vernichtung von BfV-Akten zur „Operation Rennsteig“, einem V-Leute-Einsatz beim rechtsextremistischen „Thüringer Heimatschutz“ (THS), nach dem Auffliegen der NSU-Terrorzelle Ende 2011 ein „un glaublicher Skandal“ (SPD-Obfrau Eva Högl) durchgeknetet wird. Für das Schreddern durch den als „Reißwolf“ firmierenden Referatsleiter M. hat Fromm „keine überzeugende Erklärung“, die Aktion habe vertuscht werden sollen, „ich wurde hinter Licht geführt“. Der 5. Juli dürfte dereinst im Abschlussbericht des Bundestagsgremiums vielmehr deswegen eine zentrale Rolle spielen, weil

man wohl zu einem Kern des Übels vorgestoßen ist – dass mit gigantischem Aufwand nach Mordmotiven vor allem im kriminellen Milieu gefahndet wurde, sich aber einfach keine Spur zum NSU auftun wollte. Es ist still in der Runde, als Fromm Selbstkritisches formuliert: Der Zeuge spricht von „Borniertheit“ und „analytischer Engführung“ bei der Aufklärung. Die Einschätzung von Gewaltgefahren habe man auf präzise Erkenntnisse zu konkreten Taten in der Vergangenheit gegründet, weswegen man eine „Braune Armee-Fraktion“ nicht für denkbar gehalten habe und sich das Entstehen terroristischer Zellen nicht habe vorstellen können. Handfeste Hinweise in dieser Hinsicht, sagt Fromm, hätten nicht existiert. Offenbar habe man jedoch seinerzeit die rechtsextreme Ideologie nur unzureichend begriffen und deshalb „Schlimmeres“ nicht bedacht: „Verstehen wir die Bedrohung richtig?“ Das bittere Fazit des obersten Geheimdienstlers: „Eine schwere Niederlage für die Sicherheitsbehörden“. Anders formuliert: Hätten Polizei und Geheimdienste auch das „Schlimmere“ erwohnen, hätte man etwa die erstmalig nahe zum NSU-Trio führende „Spur 195“ eines

Profilers über Täter mit fremdenfeindlichem Motiv wohl gründlicher verfolgt. Und eventuell hätte man einzelne Puzzleteile wie das nach einem Nagelbommentatentat 2004 in Köln nahe dem Tatort gefundene Flugblatt mit Formulierungen Richtung Rechtsextremismus anders gewichtet. Die „fast schon professionelle Geheimhaltung“ des NSU, die Jörg Ziercke, Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), bei seinem Auftritt vor dem Ausschuss im Juni erwähnt, wäre vielleicht durchbrochen worden. Durch Fromms Nachdenklichkeit kann sich Linke-Sprecherin Petra Pau bestätigt sehen, die oft insistiert, Ermittlungsspannen seien wesentlich auf die generelle Unterschätzung der vom rechtsextremistischen Spektrum ausgehenden Gefahren zurückzuführen. »Fassunglos« Vor diesem Hintergrund einzuordnen sind viele Mängel im Kleinen, die als jeweiliger Einzelfall den Misserfolg der Ermittlungen insgesamt nicht unbedingt zu erklären vermögen. Manche Abgeordnete zeigen sich „fassunglos“. So sind die vernichteten BfV-Akten, die über eine Rekonstruktion doch inspiert werden konnten, offenbar zwar nicht sehr wichtig, jedenfalls scheint niemand vom NSU als Spitzel angeworben worden zu sein. Doch die Parlamentarier erregen sich über das Durcheinander bei den Regeln zur Löschung von Unterlagen in Fromms Behörde: Das sei eine „Lotterie“, sagt Unions-Obmann Clemens Binninger (CDU), Hartfrid Wolff (FDP) sieht das Vertrauen in das BfV

„geschreddert“. Inzwischen wurde bekannt, dass ein Teil der „Rennsteig“-Akten sogar erst vernichtet worden sein soll, als die Behördenleitung diese Aktion schon gestoppt habe – über diese Ungereimtheiten will der Ausschuss am Donnerstag beraten. »Stümperhaft!« So vernichtet urteilt Bernhard Falk, Ex-BKA-Vize. Mitte Juni im Ausschuss über die zwischen Bundes- und Landesebene zersplitterten Ermittlungen. Die Abgeordneten kritisieren die mangelnde Kooperation, ja das Gegeneinander der Sicherheitsbehörden. Grünen-Sprecher Wolfgang Wieland: „Polizei und Geheimdienste haben sich blockiert.“ Mehrfach stritten BKA und Bayern, ob man zentral oder regional ermitteln solle. Im Herbst muss Wolfgang Schäuble als Zeuge erklären, wieso er 2006 als Innenminister die Federführung nicht dem BKA übertrug. Der CDU-Politiker wird auch zu erläutern haben, warum damals beim BfV die eigenständige Abteilung Rechtsextremismus mit dem Ressort Linksextremismus vereint wurde. Die bayerische Sonderkommission „Bosporus“ ging davon aus, dass der Landes-Verfas-

sungsschutz ihre Anfrage nach eventuell als Täter infrage kommenden Rechtsextremisten bundesweit startet, was freilich nicht geschah. Die Schlapphüte lieferten der Soko auch erst nach acht Monaten eine Liste mit Nürnberger Rechtsextremisten. Innerhalb des Geheimdienst-Verbands herrscht ein Verwirrspiel über Spitzeinsätze: Laut Fromm informiert das BfV wie bei der von 1996 bis 2003 laufenden „Operation Rennsteig“ zwar die Kollegen der jeweiligen Landesverfassungsschutzbehörde über eigene V-Leute, umgekehrt geschehe dies jedoch nicht. Allerdings soll das BfV nach der Aussage eines Mitarbeiters des Erfurter Landesamts vor dem Thüringer U-Ausschuss sehr wohl unterrichtet gewesen sein über die Anwerbung des THS-Anführers Tino Brandt. Hätte eine gründliche Sprengstoffanalyse nach einem Anschlag auf das Geschäft eines Iraners 2001 in Köln samt genauem Abgleich mit ähnlichen Vorfällen in entsprechenden Dateien zum NSU führen können? Der zuständige Ermittler Edgar Mittler wusste damals nicht, dass zu jener Zeit nach der untergetauchten NSU-Gruppe, bei der Rohrbomben und Sprengstoff gefunden worden waren, republikweit gefahndet wurde. Warum wurde die Tatwaffe der Mordserie nicht frühzeitig bei einem Mittelsmann in der Schweiz entdeckt, obwohl dieser im Visier der Polizei war? Für Erheiterung sorgt, dass die Polizei in Hamburg einen persischen „Metaphysiker“ zwecks Befragung eines Opfers im Jenseits kontaktierte und in Nürnberg eine Dönerbude betrieb. Mit Spannung wird der Auftritt von Hessens Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU) und Ex-Verfassungsschutz-Chef Lutz Irrgang im September erwartet: Sie sollen das Rätsel klären, was es damit auf sich hat, dass bei einem Mord in Kassel 2006 ein Geheimdienstler kurz zuvor am Tatort war. Auch dieser inzwischen aus dem Dienst geschiedene Mann soll gehört werden. Bislang noch kein Thema im Bundestagsgremium war, was im Thüringer Ausschuss schon Aufregung provoziert hat: Hätte 1998 bei einer offenbar nicht sehr professionell organisierten Suche der Polizei nach einer Bombenwerkstatt in drei Jenaer Garagen NSU-Mitglied Uwe Böhnhardt nicht ungehindert davonziehen können, wäre es vielleicht nicht zu der Mordserie gekommen – erst danach nämlich tauchte das Trio unter.



»Polizei und Geheimdienste haben sich blockiert.« Wolfgang Wieland (Grüne)

STICHWORT

LANDTAGE – Untersuchungsausschüsse auch in Dresden, Erfurt und München

> **Thüringen** Im Landtag prüft ein U-Ausschuss unter Vorsitz von Dorothea Marx (SPD), warum Polizei und Verfassungsschutz des Landes bei der Fahndung nach dem aus Jena stammenden NSU-Trio erfolglos blieben. Inzwischen musste Geheimdienstchef Thomas Sippel (rechts) gehen.



> **Sachsen** Im Landtag recherchiert ein U-Ausschuss unter Leitung von Patrick Schreiber (CDU), wieso die NSU-Zelle unerkannt von den sächsischen Behörden in Zwickau leben konnte. Vergangene Woche gab Sachsens Verfassungsschutzpräsident Reinhard Boos sein Amt auf.

> **Bayern** Unter Vorsitz von Franz Schindler (SPD) durchleuchtet im Landtag ein U-Ausschuss die Hintergründe der fünf in Bayern verübten Morde.

»Knallharte Konsequenzen« Schon wird eifrig über Folgen des Versagens der Behörden diskutiert. Eine Remedur dürfte beim BfV anstehen. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) kündigt „knallharte Konsequenzen“ an. Auch die Sicherheitsarchitektur insgesamt wird überprüft. Viele Ideen kursieren: Soll die Zahl der Verfassungsschutzämter reduziert werden, braucht der Generalbundesanwalt mehr Kompetenzen, muss der Einsatz von V-Leuten reformiert werden? Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) hinterfragt den Sinn des Militärischen Abschirmdienstes, der auch an der anscheinend erfolglosen „Operation Rennsteig“ beteiligt war. Als wichtig gilt ein weitreichender Informationsaustausch. Diese Forderung birgt jedoch Brisanz in sich: Steht das allseits hochgehaltene Trennungsgebot zwischen Geheimdiensten und Polizei dann nur noch auf dem Papier (siehe Seite acht)? Ein bayerischer Verfassungsschutzler: Wäre man dem anfänglichen Auskunftsersuchen der Soko „Bosporus“ nachgegangen, hätte man alle 3.500 beim Landesamt registrierten Rechtsextremisten nennen müssen – „und dann stellt sich die Frage, wozu man noch zwei Behörden braucht.“ Karl-Otto Sattler

FÜNF FRAGEN ZU: ERMITTLUNGSPANNEN



SEBASTIAN EDATHY Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschusses

Der Untersuchungsausschuss hat schon in kurzer Zeit viele Missstände bei den Ermittlungen zur Mordserie aufgedeckt. Welches Urteil fällt Sie über die Sicherheitsbehörden? Bereits jetzt lässt sich feststellen, dass die Kooperation zwischen den Behörden stark verbesserungsbedürftig ist, da liegt ein Kardinalproblem. Unsere bisherigen Erkenntnisse deuten darauf hin, dass auch die Sicherheitsarchitektur optimiert werden muss.

Welches waren in Ihren Augen die gravierendsten Defizite bei den erfolglosen Ermittlungen? Beispielsweise hat der bayerische Verfassungsschutz die von der Polizei erbetenen Informationen zu Rechtsextremisten, die eventuell als Täter in Frage kommen könnten, erst nach acht Monaten übermittelt. Die Polizei hat dies hingelassen, und der Verfassungsschutz hat von sich aus nichts weiter zur Aufklärung beigetragen. Dieser Vorgang zeigt, dass nicht alles getan wurde, um die Täter aufzuspüren. Die Ermittlungen

liefen in zwei Richtungen, einerseits im Bereich organisierter Kriminalität und andererseits im Blick auf fremdenfeindliche Motive. Dieser Ansatz wurde aber nur oberflächlich bearbeitet. Stattdessen verfiel man auf seltsame Ideen wie den Betrieb einer Dönerbude durch die Polizei in Nürnberg oder das Gespräch mit einem Geistesbeschwörer in Hamburg. Offenbar hat man die vom gewalttätigen Rechtsextremismus ausgehenden Gefahren nicht realistisch eingeschätzt und sich einen solchen Hintergrund der Morde nicht vorstellen können. Man hätte es besser wissen können.

Wenn nun bei den Ermittlungen alles optimal gelaufen wäre: Wäre dann die Aufklärung gelungen? Die NSU-Zelle ging doch höchst konspirativ vor. Auch bei einer professionelleren Arbeit der Behörden hätte es keine Garantie gegeben, das NSU-Trio als Täter zu identifizieren. Aber die Wahrscheinlichkeit wäre ganz sicher höher gewesen.

Welche Änderungen bei Polizei und Geheimdiensten zeichnen sich schon jetzt als nötig ab? Bereits heute ist erkennbar, dass mehr Informationspflichten geboten sind, die jetzigen Ermessensspielräume müssen eingeschränkt werden. Eigensinn und Borniertheit dürfen nicht dazu führen, dass Verbrechensaufklärung behindert wird.

Aber höhlt ein weitreichender Informationsaustausch zwischen Polizei und Nachrichtendiensten nicht das Trennungsgebot aus? Es geht um einen besseren Austausch von Erkenntnissen, nicht darum, die Beschaffung von Informationen in eine Hand zu legen. Ich möchte nicht in einem Land leben, in dem die Polizei geheimdienstliche Methoden anwendet. Ich will aber auch nicht in einem Land leben, in dem Nachrichtendienstliche sicherheitsrelevante Erkenntnisse der Polizei nicht mitteilen.

Das Interview führte Karl-Otto Sattler.

»Schärfstes Schwert der Opposition«

BUNDESTAG Untersuchungsausschüsse können von einer Minderheit durchgesetzt werden

„Ein Untersuchungsausschuss“, sagte der einst Ex-Außenminister Joschka Fischer (Grüne), „ist erstens ein Kampfinstrument, zweitens ein Kampfinstrument und drittens ein Kampfinstrument“. Das mag für den einen Untersuchungsausschuss des Bundestages mehr gelten als für den anderen – eher weniger für den aktuellen NSU-Ausschuss, mit dem der Bundestag erstmals ein solches Gremium auf gemeinsamen Antrag aller Fraktionen hin eingesetzt hat. Gleichwohl gelten parlamentarische Untersuchungsausschüsse als das „schärfste Schwert der Opposition“ – nicht zuletzt, weil sie von einer Minderheit im Parlament auch gegen den Willen der jeweiligen Regierungsmehrheit durchgesetzt werden können: „Der Bundestag hat das Recht und auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder die Pflicht, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen“, heißt es dazu im Grundgesetz-Artikel 44 Absatz 1. Nach Absatz 2 finden auf Beweiserhebungen „die Vorschriften über den Strafprozess sinngemäß Anwendung“; laut Absatz 3 sind Gerichte und Verwaltungsbehörden „zur Rechts- und Amtshilfe verpflichtet“.

Untersuchungsausschuss – er kann sich als einziger Bundestagsausschuss selbst als Untersuchungsausschuss einsetzen. „Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder hat er die Pflicht, eine Angelegenheit zum Gegenstand seiner Untersuchung zu machen“, schreibt die Verfassung dazu in Artikel 45 a vor. Im Jahr 2001 ist das Untersuchungsausschussgesetz in Kraft getreten, in dem die Rechte des Gremiums festgeschrieben und ausgedehnt wurden. Danach kann sich der Ausschuss von einem Ermittlungsbeauftragten unterstützen lassen, Akteneinsicht verlangen und Zeugen vorladen sowie notfalls deren Erscheinen erzwingen. Bei einer Zeugnisverweigerung kann er ein Ordnungsgeld in Höhe von bis zu 10.000 Euro verhängen und Zeugen in Haft nehmen lassen.



Kanzlerin als Zeugin: Angela Merkel (CDU) 2011 beim Kundus-Untersuchungsausschuss

39 U-Ausschüsse eingesetzt Im Laufe seiner Geschichte hat der Bundestag 39 Untersuchungsausschüsse eingesetzt, oft zu politisch heiklen Themen wie Spionageaffären oder Parteispendskandalen, die von der Öffentlichkeit mit entsprechender großer Aufmerksamkeit verfolgt wurden. Zudem konstituierte sich der Verteidigungsausschuss seit 1949 in insgesamt 14 Fällen als



Eröffnung des Gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus im Dezember 2011. Ziel ist eine bessere Kooperation und Koordination der Polizei- und Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern.

Verzahlt gegen Rechts

SICHERHEITSBEHÖRDEN Der Informationsfluss zwischen Polizei und Verfassungsschutz wird verbessert

Seit der Entdeckung der Zwickauer Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ und ihrer Taten wird landauf, landab ein mangelnder Informationsaustausch und ungenügende Zusammenarbeit zwischen den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern beklagt. Schon kurz nach der Aufdeckung des NSU hatte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am 22. November vergangenen Jahres im Bundestag eine „bessere Verzahnung von Polizei und Verfassungsschutz“ sowie „zwischen der Ebene Bund auf der einen Seite und der Ebene Länder auf der anderen Seite“ angeordnet. Zugleich kündigte der Ressortchef damals zwei Maßnahmen an, die eben dieser besseren Verzahnung dienen sollen: die Gründung des „Gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus“ (GAR) und eine von Polizei- und Nachrichtendiensten gemeinsam geführte Rechtsextremismus-Datei (RED).

Gesetz verabschiedet Nur wenige Wochen später, am 16. Dezember, konnte Friedrich das Gemeinsame Abwehrzentrum eröffnen. Den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf „zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus“ (17/8672), mit dem die Rechtsgrundlage für die Errichtung und Nutzung der neuen Datei geschaffen wird, verabschiedete

der Bundestag Ende Juni in modifizierter Form (17/10155) mit den Stimmen der schwarz-gelben Koalition und der Sozialdemokraten gegen das Votum der Links- und der Grünen-Fraktion; den Bundesrat pasierte das Gesetz Anfang Juli. Vorbild des GAR ist das zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus seit Dezember 2004 bestehende Gemeinsame Terrorabwehrzentrum; Ziel ist eine bessere Kooperation und Koordination der Sicherheitsbehörden beim Kampf gegen Rechtsextremismus. Dazu arbeitet unter dem Dach des GAR eine beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln angesiedelte „nachrichtendienstliche Informations- und Analyseinheit“ (Nias) sowie eine beim Bundeskriminalamt (BKA) in Meckenheim verortete „polizeiliche Informations- und Analyseinheit“ (Pias). Dabei sind in der Pias neben dem BKA auch die Landeskriminalämter, die Bundespolizei, der Generalbundesanwalt sowie Europol vertreten, während die Nias außer BfV-Vertretern auch Experten der Landesämter für Verfassungsschutz und des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) umfasst. Dabei ist auch eine Einbindung des Bundesnachrichtendienstes (BND) möglich. Diese Vertreter der

Sicherheitsbehörden treffen sich in einem Plenum sowie in festen Arbeitsgruppen, um Erkenntnisse auszutauschen, Gefährdungspotenziale zu analysieren oder neue Bekämpfungsansätze zu entwickeln. Organisatorisch angebunden beim BfV, gibt es seit Dezember zudem die Organisation „Koordinierte Internetbewertung Rechtsextremismus“ (KIAR), in der ebenfalls Polizei und Verfassungsschutz einbezogen sind. Hier geht es darum, Internetaktivitäten der rechten Szene zu recherchieren und gegebenenfalls Strafverfahren zu initiieren. Während die Einrichtung des GAR per Erlass von der Bundesregierung geregelt war, musste die Rechtsextremismus-Datei (RED) den Gang durch die Gesetzgebung antreten. Nachdem das Gesetz nun die letzte parlamentarische Hürde genommen hat, ist die Betriebsaufnahme in einer ersten Stufe zum 1. September 2012 vorgesehen, wie Friedrichs Ressort nach dem Placet der Länderkammer mitteilte. Die Vorarbeiten zur Einrichtung der Datei beim BKA und den teilnehmenden Behörden bei Bund und Ländern seien bereits in Angriff genommen worden, hieß es. Die vom Gesetzgeber jetzt beschlossenen Regelungen lehnen sich danach weitgehend

an das Gesetz zur Schaffung der seit 2007 betriebenen Antiterrordatei an. Genutzt werden soll die zentrale Datei vom BKA, von der Bundespolizei und den Landeskriminalämtern sowie den Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern und dem MAD. Bislang führen zwar Polizei und Nachrichtendienste jeweils eigene Dateien zum Rechtsextremismus, doch gibt es keine Verknüpfung dieser Datenbestände. Durch die gemeinsame Verpflichtung, in der neuen Datei alle relevanten Daten zu gewaltbezogenen Rechtsextremisten zu speichern, wird laut Bundesinnenministerium „jeder teilnehmenden Behörde der sofortige Zugriff auf Angaben zu bestimmten Personen und Objekten ermöglicht“. Dieses Abfrageverfahren führe dazu, dass einzelne Erkenntnisse einer Behörde anderen leichter zugänglich gemacht werden und somit der Informationsaustausch verbessert wird. Eine neue Funktion im Vergleich zur Antiterrordatei besteht dem Ressort zufolge darin, die Daten der RED „weitergehend nutzbar zu machen“. Zwischen Personen, Gruppen und Objekten könnten direkt in der Datei „Zusammenhänge als Grundlage für Recherchen und Analysen für die weitere Ermittlungsarbeit hergestellt werden“. Erfasst werden soll in der RED laut Gesetz neben rechtsextremistischen Vereinigungen und Gruppierungen, wer „als Täter oder Teilnehmer einer rechtsextremistischen Gewalttat“ beschuldigt oder verurteilt ist. Fer-

ner sollen unter anderem die Daten von Personen gespeichert werden, „bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen“, dass sie einer terroristischen Vereinigung „mit rechtsextremistischem Hintergrund angehören oder diese unterstützen“ oder dass sie „rechtsextremistische Bestrebungen verfolgen und in Verbindung damit zur Gewalt aufrufen, die Anwendung von rechtsextremistisch begründeter Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Belange unterstüt-

»Wir brauchen einen schnellen Informationsaustausch.«

Clemens Binniger (CDU)

KOMPAKT

- > **Zwei Säulen** Neben dem „Gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus“ soll eine neue Datei als zweite Säule den Informationsaustausch zwischen Polizei und Geheimdiensten verbessern.
- > **Rechtsextremismus-Datei** Die Verbunddatei soll von BKA, Bundespolizei und Landeskriminalämtern sowie den Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern und dem MAD genutzt werden.
- > **Abwehrzentrum** Hier sind außer den genannten Behörden auch der Generalbundesanwalt und Europol vertreten. Auch eine Einbindung des Bundesnachrichtendienstes ist möglich.

zen, vorbereiten oder durch ihre Tätigkeiten vorsätzlich hervorrufen“. Auch soll die RED die Daten von Kontaktpersonen enthalten, die „den Sicherheitsbehörden aufgrund von Tatsachen als Angehörige der rechtsextremistischen Szene bekannt sind“, wenn sie mit den anderen genannten Personen „nicht nur flüchtig oder in zufälligem Kontakt stehen und durch sie weiterführende Hinweise für die Aufklärung oder Bekämpfung des gewaltbezogenen Rechtsextremismus zu erwarten sind“.

»Erweiterte Grunddaten« Unterschieden wird in der Datei zwischen den sogenannten Grunddaten wie Namen, Geschlecht, Geburtsdatum und -ort und den „erweiterten Grunddaten“, die von „Adressen für elektronische Post“ über Fahrpläne und Sprachkenntnissen bis hin zu „Zugehörigkeit zu rechtsextremistischen Netzwerken und sonstigen rechtsextremistischen Gruppierungen“ reichen. Fragt nun eine der beteiligten Behörden die Datei zu Personen ab, erhält sie im Falle eines Treffers Zugriff auf die gespeicherten Grunddaten des Betroffenen. Auf die erweiterten Grunddaten dagegen darf sie nur im sogenannten Eilfall unmittelbar zugreifen, sofern „keine Anhaltspunkte vorliegen, dass die Behörde, die die Daten eingegeben hat, den Zugriff (...) verweigern würde“. In den anderen Fällen kann die abfragende Behörde auf die zu Personen gespeicherten erweiterten Grunddaten bei einem Treffen nur dann Zugriff erhalten, „wenn die Behörde, die die Daten eingegeben hat, dies im Einzelfall auf Ersuchen gewährt“.

Streit um Trennungsgebot Dabei ist die Eilfallregelung nicht unumstritten. So verwies der Grünen-Parlamentarier Wolfgang Wieland in der Schlussdebatte des Bundestages über das Gesetz darauf, dass ein solcher Eilfall bei der Antiterrordatei nur einmal eingetreten sein und der – an der RED nicht beteiligte – BND diesen Fall „durch einen Wochenendschlaf ausgelöst haben“ soll. „Ein Behördenversagen und ein Nichterreichbarsein nach Feierabend oder am Wochenende dürfen nicht dazu führen, dass die grundsätzliche Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten aufgehoben wird“, argumentierte Wieland: „Sowohl Verfassungsschutz als auch Polizei müssen Herren ihrer Daten bleiben. Es darf keinen Onlinezugriff und keine Vermischung geben; das gibt es aber im Eilfall.“ Demgegenüber betonte die FDP-Abgeordnete Gisela Piltz, das Trennungsgebot sei „so gut wie vollständig gewährleistet“. Es gebe mit der Eilfallregelung nur eine Ausnahme, bei der die Hürden in den parlamentarischen Beratungen noch erhöht worden seien. Der CDU-Parlamentarier Clemens Binniger sagte, mit dem Gesetz könnten Polizei und Nachrichtendienste im Bund und in den Ländern „ihr Wissen zusammenführen“. Gebrauch werde „ein schneller Informationsaustausch, verbunden mit der Pflicht, dass die Behörden ihre Informationen entsprechend weitergeben“. Dies erreiche man mit der neuen Datei. Der SPD-Abgeordnete Michael Hartmann nannte die Verbunddatei einen „notwendigen und wichtigen Mosaikstein“, um den Rechtsextremismus „entschiedener durch mehr Kooperation bekämpfen zu können“. Für Die Linke äußerte ihre Parlamentarierin Ulla Jelpke die Befürchtung, dass „mit dieser Datei Missbrauch betrieben werden soll“. Die Regierung wolle mit der Datei „diejenigen stärken, die eigentlich auf dem Prüfstand stehen, nämlich die Sicherheitsbehörden“, sagte sie. Helmut Stoltenberg

Anzeige

Eine Lehre aus der NS-Zeit

TRENNUNGSGEBOT Polizei und Verfassungsschutz dürfen nicht fusionieren. Ob es weitere Anforderungen gibt, ist unstritten

Die Trennung von Polizei und Inlandsgeheimdienst ist eine deutsche Besonderheit. In den meisten Staaten, auch in westlichen Demokratien, kennt man sie nicht. Dort gibt es Geheimdienste, die auch polizeiliche Befugnisse haben, also zum Beispiel Räume durchsuchen und Personen festnehmen dürfen. Die deutsche Sondersituation ist eine Folge der NS-Herrschaft mit ihrer allmächtigen Geheimen Staatspolizei (Gestapo). Als nach dem Krieg das Grundgesetz geschaffen wurde, wollten die westlichen Siegermächte eine solche Machtzusammenballung verhindern.

Alliiertes »Polizeibrief« Am 14. April 1949 intervenierten die Alliierten in die Schlussberatungen des Grundgesetzes mit ihrem „Polizeibrief“. Darin forderten sie, das neu geplante Bundesamt für Verfassungsschutz „soll keine Polizeibefugnisse haben“. Es sollte also nur Informationen sammeln. Die Deutschen fügten sich und setzten die alliierte Vorgabe um. Der Polizeibrief gilt heute indes nicht mehr. Spätestens mit der Wiedervereinigung sind die letzten Besatzungsvorbehalte entfallen. Allerdings ist ein Grundgedanke des Polizeibriefs ins Grundgesetz eingeflossen: Artikel 87 sieht unterschiedliche Zentralstellen des Bundes für die Kriminalpolizei und den Verfassungsschutz vor. Das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz dürfen also nicht zu einer neuen Super-Sicherheitsbehörde fusioniert werden. Ob dem Grundgesetz über das Fusionsverbot hinaus ein „Trennungsgebot“ für Poli-

zei und Geheimdienste entnommen werden kann, ist unstritten. Das Bundesverfassungsgericht hat dies schon mehrfach diskutiert, zuletzt 2010 in einer Entscheidung zum Ankauf von Steuersünder-CDs durch den Bundesnachrichtendienst. Bisher hat es die Frage aber immer offen gelassen, weil sie nicht entscheidungserheblich war. Ein solches verfassungsrechtliches Trennungsgebot würde dann besagen, dass Geheimdienste „keine Vernehmungen, Durchsuchungen, Beschlagnahmen durchführen und anderen Zwang ausüben dürfen“, hieß es in den Karlsruher Erwägungen. Dies entspräche dem alliierten Polizeibrief und auch der bestehenden gesetzlichen Lage. Dagegen hat die Polizei in den vergangenen Jahrzehnten viele Ermittlungsbefugnisse erhalten, die früher als geheimdienst-typisch galten. So kann die Polizei Telefone und Räume abhören oder Polizeibeamte als Verdeckte Ermittler in bestimmte Szenen einschleusen. Dies ist zwar politisch nicht unumstritten, in der Regel wird darin aber kein Widerspruch gegen ein verfassungsrechtliches Trennungsgebot gesehen. In den letzten Jahren wird verstärkt über den Informationsaustausch zwischen Polizei und Verfassungsschutz diskutiert. Grundsätzlich ist dieser bisher erlaubt. In Bundes- und Landesgesetzen finden sich zahlreiche Regelungen, wonach die Polizei dem Verfassungsschutz unter bestimmten Bedingungen Informationen geben darf und umgekehrt. Eine neue Qualität bekam der Informationsaustausch aber durch die Anti-Terror-

datei, die 2007 ihre Arbeit aufnahm und Personen aus dem Bereich des internationalen islamistischen Terrors erfasst. Sie soll den Informationsaustausch zwischen Polizei- und Verfassungsschutz erleichtern. Auf bestimmte Grunddaten wie Name und Lichtbild haben alle angeschlossenen Behörden dabei direkten Zugriff. Dagegen hat der pensionierte Oldenburger Richter Robert Suermann eine Verfassungsbeschwerde erhoben. Er kritisiert, dass die Polizei so an Informationen des Verfassungsschutzes kommt, die sie selbst nicht hätte erheben dürfen. Denn die Polizei dür-

fe nur bei einem konkreten Verdacht tätig werden, der Geheimdienst schon im Vorfeld davon. Das Bundesverfassungsgericht will noch im Jahr 2012 über die Klage Suermanns entscheiden. Es wird erwartet, dass Karlsruhe dann die Konturen des Trennungsgebots näher beschreiben wird. Dies wäre auch für die frisch beschlossene Rechtsextremismus-Datei (siehe Artikel oben) interessant gewesen. Doch der Bundestag wollte das Karlsruher Urteil nicht abwarten. Und Karlsruhe sah offensichtlich auch keinen Grund, sich etwas zu beeilen. Christian Rath

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper



Das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln hat keine Polizeibefugnisse.

HANS-PETER FRIEDRICH (CSU) Der Bundesinnenminister bastelt an einer neuen Sicherheitsarchitektur nach den Neonazi-Morden. Er mahnt zur Wachsamkeit auch bei Linksextremismus und Islamismus

»Das darf sich nicht wiederholen«

Es ist stiller geworden in der Debatte über ein Verbot der NPD. Haben sich die Skeptiker wie Sie durchgesetzt?

Die Entscheidung, ob ein Verbot beantragt beim Bundesverfassungsgericht gestellt werden soll oder nicht, kann erst nach Auswertung des gesammelten Beweismaterials getroffen werden. Zur Zeit sind die Verfassungsschutzämter dabei, die Materialsammlung zusammenzutragen. Es ist richtig, diese Reihenfolge einzuhalten.

Ihr bayerischer Amtskollege und Parteifreund Joachim Herrmann ist im Gegensatz zu Ihnen ein klarer Befürworter eines Verbotverfahrens ...

Wir arbeiten in der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft zur Prüfung der Erfolgsaussichten eines potentiellen Verbotverfahrens eng mit den Ländern zusammen. Nach Abschluss der Materialsammlung werde ich in der Innenministerkonferenz mit meinen Länderkollegen über das weitere Vorgehen beraten.

Sind denn Verbote von Parteien im heutigen Europa überhaupt noch zeitgemäß?

Parteien spielen eine zentrale Rolle in pluralistischen Demokratien. Dennoch muss sich ein demokratischer Staat auch gegen Parteien zur Wehr setzen können, die die freiheitliche demokratische Grundordnung angreifen. Das Prinzip der wehrhaften Demokratie wird auch vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anerkannt. Parteiverbote sind deshalb auch nach der Europäischen Menschenrechtskonvention grundsätzlich möglich. Allerdings sind die Hürden hoch. Insbesondere muss der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz berücksichtigt werden.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder steht in der Kritik wegen ihrer Extremismusklausel bei der staatlichen Förderung von Initiativen gegen Rechtsextremismus. Dadurch würden solche Initiativen pauschal verdächtigt, meint die Opposition. Was sagen Sie?

Ich halte es nicht nur für angemessen, sondern für notwendig, von Organisationen, die Steuergelder für ihre Arbeit in Anspruch nehmen, die Zusage zu verlangen, dass sie auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen und dies auch erklären.

Inwieweit schätzen Sie den Rechtsextremismus in Deutschland als ein besonderes Problem des Ostens ein?

Rechtsextremismus ist kein reines ostdeutsches Phänomen. Wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen, existiert Rechtsextremismus in ganz Deutschland, besonders aber in strukturschwachen und ländlichen Gebieten. Rechtsextremisten versuchen zum Teil, in soziale Einrichtungen hinein zu gelangen, um sich dann als „Kümmerer“ darstellen zu können. Sie verfolgen hiermit eine Doppelstrategie aus radikalen Tönen und nationalistischen Angeboten, um sich so besser zu verankern.

Auch in Westdeutschland beobachten wir dieses Phänomen. Deshalb ist überall in

Deutschland Achtsamkeit – vor allem gegenüber Neonazis – zu üben.

Die rechtsextreme Terrortruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ ist 13 Jahre lang untergetaucht und hat zehn Morde begangen. Wie groß ist für Sie das Versagen bundesdeutscher Behörden, diesen Tätern nicht auf die Schliche gekommen zu sein.

Ich verstehe sehr gut, wenn hier pauschal von einem „Versagen“ gesprochen wird, wenn über einen so langen Zeitraum schwerste Verbrechen begangen werden. Aber erst wenn wir wissen, inwieweit dieses Versagen unter den damaligen strukturellen Gegebenheiten auch vermeidbar gewesen wäre, können wir beurteilen, in welchem Umfang es auch vorwerfbar war. Jetzt geht es darum sicherzustellen, dass sich so etwas nicht wiederholen kann. Daher hat die von mir gemeinsam mit meinen Länderkollegen eingesetzte Bund-Länder-Expertenkommission Rechtsterrorismus die Aufgabe, unsere Sicherheitsarchitektur auf mögliche Schwachstellen zu untersuchen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten.

Durch das Aktenschreddern beim Bundesamt für Verfassungsschutz über Thüringer Neonazis direkt nach Bekanntwerden der Mordserie wird der Verdacht erhärtet, der Verfassungsschutz selbst sei in die Machenschaften des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ verwickelt. Was sagen Sie dazu?

Derlei Verschwörungstheorien wird leider Tür und Tor geöffnet – deshalb gehe ich davon aus, dass die Vorgänge im Bundesamt rasch aufgeklärt werden. Durch Aufklärung kann solchen Verschwörungstheorien am schnellsten der Boden entzogen werden.

von mir bereits unmittelbar nach dem Aufdecken des NSU eingeleiteten Maßnahmen auf eine verbesserte Koordinierung der Arbeit von Polizei- und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.

Der Ende Juli vorzeitig aus dem Amt scheidende Verfassungsschutzpräsident Heinz Fromm warf im Untersuchungsausschuss des Bundestages Anfang Juli auch die Frage auf, ob man in seinem Hause die rechtsextreme Ideologie womöglich unzureichend begriffen habe. Neigt der Verfassungsschutz auf dem rechten Auge zur Unschärfe?

Allein die Tatsache, dass der Verfassungsschutz in den 1990er Jahren auch die rechtsextreme Gruppierung „Thüringer Heimatschutz“ beobachtet hat, zeigt doch: Der Verfassungsschutz hat den Rechtsextremismus ernst genommen. Ob das ausreichend war, wird derzeit in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen des Deutschen Bundestages und mehrerer Landtage geklärt.

Warum wurde die Ermittler-These, dass Ausländerhasser womöglich hinter der Mordserie stecken könnten, so wenig verfolgt?

Darüber können letztlich nur die seinerzeit die Ermittlungen führenden Länderbehörden Auskunft geben.

Gerät bei aller Diskussion über Rechtsextremismus hierzulande nicht der Linksextremismus zu sehr in den Hintergrund? Es gibt ja fortwährend massive Gewalt von Linksextremisten, so gegen Polizisten bei anti-rechten Demonstrationen, es gibt Anschläge auf den Bahnverkehr, auf Bundeswehr- und Polizeifahrzeuge, immer wieder brennen Autos ...

„Parteiverbote sind auch nach der Europäischen Menschenrechtskonvention grundsätzlich möglich. Allerdings sind die Hürden hoch.“

Hans-Peter Friedrich

Es gab es ja bei der Suche nach den Tätern der Mordserie Kompetenzstreitereien und Eifersüchteleien von Behörden, das Bundeskriminalamt sollte nicht eingeschaltet werden, der Austausch der Sicherheitsbehörden war mangelhaft. Inwieweit trägt auch der deutsche Föderalismus eine Mitschuld an der späten Aufklärung der Mordserie?

Zweifellos verlangt der Föderalismus schon wegen der Vielzahl der beteiligten Behörden viel größere Koordinationsanstrengungen, als sie in einem Zentralstaat erforderlich wären. Daher zielen die meisten der

Die Sicherheitsbehörden tragen der Zunahme linker Gewalt seit einiger Zeit Rechnung. So haben sie Konzepte zur verbesserten Zusammenarbeit der Polizei- und Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern bei der Bekämpfung linker Gewalt entwickelt. Zur wirksamen Bekämpfung jeder politisch motivierten Gewalt bedarf es gerade im Vorfeld aber auch der Mitwirkung auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Eine stärkere öffentliche Diskussion über dieses Phänomen ist notwendig und ich wünsche mir eine klare Ächtung auch linker Gewalttaten.

ZUR PERSON

Der Oberfranke Hans-Peter Friedrich, Jahrgang 1957, trat als Jugendlicher der CSU bei. Seit 1998 gehört der promovierte Jurist dem Bundestag an. Bei den vergangenen drei Wahlen wurde er für den Wahlkreis Hof direkt gewählt. 2005 bis 2011 war Friedrich Unions-Fraktionsvize, zudem 2009 bis 2011 Chef der CSU-Landesgruppe. Im März 2011 löste der Bezirkschef der CSU Oberfranken Thomas de Maizière (CDU) als Bundesinnenminister ab, der dem zurückgetretenen Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) als Verteidigungsminister folgte.

Erwarten Sie neuen linksextremen Terrorismus?

Unsere Sicherheitsbehörden liegen derzeit keine Erkenntnisse zu linksterroristischen Strukturen und Vereinigungen vor. Doch möchte ich nicht verhehlen: Mich beunruhigen die seit dem Jahr 2005 fast jährlich ansteigenden linken Gewalttaten.

Wie sehen Sie die Zukunft der Linkspartei? Muss sie weiter vom Verfassungsschutz beobachtet werden?

Hinsichtlich der Partei „Die Linke“ liegen nach wie vor tatsächliche Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen von Teilen der Partei vor, insbesondere die umfassende Akzeptanz von offen extremistischen Zusammenschlüssen innerhalb der Partei. Daher ist ihre Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz auch weiterhin sachlich geboten und entspricht dessen gesetzlichem Auftrag. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht in seiner Entscheidung vom 21. Juli 2010 in einem Klageverfahren des Abgeordneten der Partei, Bodo Ramelow, auch bestätigt und daher die Rechtmäßigkeit und Erforderlichkeit der Beobachtung festgestellt. Diese Feststellung hat weiter Gültigkeit.

Wegen der Gewaltaktionen gegen Polizisten stehen auch die Salafisten im Fokus. Wie groß schätzen Sie die Gefahren durch diese radikalen Islamisten ein?

Salafisten verfolgen das Ziel, unseren demokratischen Rechtsstaat durch ein gottgewolltes Schariasystem zu ersetzen. Dabei nehmen sie strafrechtswidriges Verhalten und Gewalt in Kauf. Dies ist schlechthin unvereinbar mit unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Darüber hinaus bildet der Salafismus den geistigen Nährboden für islamistische Terroristen.

Halten Sie die Salafisten für ein Problem des Islams in Deutschland insgesamt?

Der Salafismus ist aktuell sowohl in Deutschland als auch auf internationaler Ebene die dynamischste islamistische Bewegung. Von etwa vier Millionen in Deutschland lebenden Muslimen werden aktuell circa 4.000 Personen dem Salafismus zugerechnet – den Salafismus als Problem des Islams in Deutschland insgesamt zu bezeichnen, ist angesichts dieser Zahlen also verfehlt. Die salafistische Ideologie steht ohnehin nicht nur im Widerspruch zu den Werten unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, sondern auch im Gegensatz zu den Lehren des islamischen Glaubens, der nach Aussage führender muslimischer Theologen jede Form von Gewalt ablehnt. Es ist gut, dass sich die Repräsentanten von vier Millionen friedliebenden Muslimen in Deutschland verstärkt von den Salafisten öffentlich distanzieren sowie in den Familien und Moschee-Vereinen vor ihnen gewarnt wird. Und es ist wichtig, dass wir alle gemeinsam – staatlich und gesellschaftliche Institutionen und die muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie die muslimischen Verbände – dieser Bewegung entgegenreten.

Das Interview führte Hans Krump.



© picture-alliance/dpa

Es sind lediglich drei Sätze. Aber diese als „Demokratielerklärung“ oder „Extremismusklausel“ bekannt gewordenen drei Sätze erhitzten seit annähernd zwei Jahren die Gemüter in der Diskussion über die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Deutschland: „Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten. Als Träger der geförderten Maßnahmen haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass eine Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird.“ Diese Erklärung müssen beispielsweise Vereine oder Bürgerinitiativen unterschreiben, wenn sie für ihre Projekte gegen Extremismus Fördergelder aus den Töpfen des Bundesfamilienministeriums erhalten wollen. Bei der Opposition und den betroffenen Vereinen und Initiativen stößt dies jedoch auf harsche Kritik. Und das Dresdner Verwaltungsgericht erklärte die Extremismusklausel erst unlängst für rechtswidrig.

Programme für die Jugend Eingeführt hat die Klausel Familienministerin Kristina Schröder (CDU). Ihr Credo lautet: „Man kann Extremismus nicht mit Extremisten bekämpfen.“ Sie befürchtet, dass sich beispielsweise unter Gruppierungen, die sich dem Kampf gegen die rechtsextremistische Szene verschrieben haben, Gruppierungen finden, die selbst ein extremistisches Weltbild pflegen. Im Blick hat sie dabei unter anderem jene Gruppen, die sich selbst als „Antifa“, als Anti-Faschisten, bezeichnen und von Verfassungsschutzern meist der linksextremistischen Szene zugerechnet werden. Umgekehrt gelte dies selbstverständlich auch für rechts-extreme Gruppen, betont Schröder. Konkret geht es um die Fördergelder der beiden Jugendprogramme ihre Hauses gegen Extremismus. Mit dem Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ werden seit Januar 2011 Projekte und Netzwerke auf kommunaler, überregionaler und landesweiter Ebene unterstützt, die Kinder und Jugendliche an demokratische Grundwerte heranführen und gegen rechtsextremistisches Gedankengut immun machen sollen. Mitte 2010 hatte Schröder zudem die Initiative „Demokratie stärken“ ins Leben gerufen, die ebenfalls an Jugendliche gerichtet ist und die präventiv gegen Linksextremismus und Islamismus vorgehen soll. Für die Finanzierung stellt der Bund in diesem Jahr rund 29 Millionen Euro zur Verfügung, 24,33 Millionen für das Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und 4,67 Millionen Euro für die Initiative „Demokratie stärken“.

Kritik der Opposition Bei der SPD, der Linken und den Grünen stieß Schröder mit ihrem Kurs von Anfang an auf Widerstand. Bereits während der Beratungen über den Bundeshaushalt 2011 im Herbst 2010 kritisierte der SPD-Abgeordnete Rolf Schwanzitz, die Regierung stelle mit der verpflichtenden Erklärung alle Initiativen „quasi unter Extremismusverdacht“. Steffen Bockhan (Die Linke) räumte zwar ein, dass es „nicht zu viel verlangt“ sei, „dass sich die Träger von Projekten, die sich aus Steuermitteln finanzieren, zum Grundgesetz bekennen“. Allerdings sei es von den Projektträgern zu viel verlangt, auch noch für ihre Partner zu bürgen. „Das kann niemand leisten.“ In der Tat fragen sich viele Vereine und Initiativen, nach welchen Maßstäben sie po-



Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) will trotz aller Kritik an der Extremismusklausel festhalten.

Bekennnis-Streit

EXTREMISMUSKLAUSEL Für die Opposition ist sie ein Generalverdacht, für die Koalition eine Selbstverständlichkeit

tenzielle Partner beurteilen sollen, ob sie als extremistisch einzustufen sind. Das Familienministerium verweist in seinem Leitfadens unter anderem auf die Berichte des Verfassungsschutzes. „Eine dort erfolgte Einstufung als verfassungsfeindlich schließt eine Förderung und eine Zusammenarbeit aus“, heißt es da. Zugleich räumt das Ministerium jedoch ein, dass es „letztendlich immer auf die konkreten Personen und handelnden Strukturen vor Ort“ ankomme. So sei etwa eine Zusammenarbeit mit der Partei Die Linke zwar „nicht grundsätzlich ausgeschlossen“. Allerdings sei diese „sehr heterogen“, in ihr gebe es „offen extremistische Zusammenschlüsse“ wie die Kommunistische Plattform oder die Sozialistische Linke. Mit diesen sei eine Zusammenarbeit „ausgeschlossen“.

Im Februar 2011 setzte die Opposition das Thema schließlich erstmals auf die Tagesordnung des Bundestags. Übereinstimmend forderten SPD und Bündnis 90/Die Grünen in einem gemeinsamen Antrag (17/4551) und die Linksfraktion in einem eigenen Antrag (17/4664), die Extremismusklausel zu streichen. Beide Anträge scheiterten jedoch an der Mehrheit der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP. Unter Berufung auf ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages argumentierte Wolfgang Thierse (SPD) und Monika Lazar (Grüne), der Staat verpflichte mit der Klausel die Vereine und Initiativen zur „Gesinnungsschnüffelelei“ gegenüber Mitbürgern. Und nach Ansicht von Ulla Jelpke (Linke) sollen damit „missliebige linke Organisationen an den Pranger gestellt werden“.

Für die Koalitionsfraktionen hingegen stellt die Extremismusklausel kein Problem dar. Im Gegenteil: Es sei eine „Selbstverständlichkeit“, sich zur freiheitlichen-demokratischen Grundordnung zu bekennen, wenn man Fördergelder aus den Extremismusprogrammen beziehen wolle, hielt Florian Bernsneider (FDP) der Opposition entgegen. Und der CSU-Abgeordnete Norbert Geis antwortete der Opposition mit einem Zitat von Lenin: „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber.“ Der parlamentarische Staatssekretär im Familienministerium Hermann Kues (CDU) argumentierte, die Demokratieerklärung knüpfte lediglich an eine Regelung an, die bereits im Jahr 2004 durch den damaligen Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) eingeführt worden sei. Seit damals würden die Empfänger

staatlicher Förderungen darauf hingewiesen, dass eine Zusammenarbeit mit extremistischen Gruppierungen vermieden werden müsse. Der einzige Unterschied zur jetzigen Regelung bestehe darin, dass die Projektträger dies nun auch mit ihrer Unterschrift anerkennen müssen.

Erklärung für Kita-Betreiber Kues verwies zudem auf eine ähnliche Regelung in Mecklenburg-Vorpommern. Dort hatte die sozialdemokratische Sozialministerin Manuela Schwesig im Sommer 2010 die Betriebserlaubnis für Kindertageseinrichtungen an eine Selbstklärung gekoppelt, in der sich die Betreiber ebenfalls zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen müssten. Auslöser dafür war der Versuch von NPD-Sympathisanten gewesen, sich in die Trägerschaft einer Kindertageseinrichtung einzuschleichen. Kritik an der Extremismusklausel kommt auch von den Zentralräten der Juden und der Muslime in Deutschland. Die Klausel sei ein „Symbol für den Überprüfungswahn, die Bürokratisierung und schließlich das Misstrauen dieser Regierung und damit von Teilen der konservativliberalen Politik in die eigenen Bürger“, meint Stephan Kramer, Generalsekretär des Zentralrates der Juden. Das Engagement vieler Menschen gegen Rechtsextremisten sei „das deutlichste und emotionalste Bekenntnis zum Grundgesetz und zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, das es überhaupt nur geben kann“. Auch der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, lehnt die „Besitzgelungsklausel“ klar ab. Bisher stünden vor allem Muslime unter Generalverdacht, nicht loyal zum Grundgesetz zu sein, jetzt treffe es auch andere Gruppen. Gegen diesen Misstrauensdiskurs müsse man sich wehren.

Urteil aus Dresden Für den vorläufigen Höhepunkt in der Auseinandersetzung sorgte das Verwaltungsgericht Dresden mit seinem Urteil vom 25. April dieses Jahres, in dem es die Extremismusklausel für rechts-widrig erklärte. Die sich auf mögliche Partner der Vereine und Initiativen beziehenden Forderungen in der Klausel seien zu unbestimmt formuliert. Es sei unklar, wer etwa „Partner“ ist und welches Verhalten dem Verein konkret abverlangt wird. Geklagt hatte der Pirnaer Verein Alternatives Bildungs- und Kulturzentrum (AKuBiZ), der sich geweigert hatte, die Extremismusklausel zu unterzeichnen. Daraufhin hatte das Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge die vom AKuBiZ beantragten Fördergelder aus dem Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ in Höhe von 600 Euro, mit denen der Verein laut eigenen Angaben eine Informationsschrift über das Außenlager des KZ Flossenbürg in Königstein finanzieren wollte, verweigert. Familienministerin Kristina Schröder will trotz des Richterspruchs zumindest vorerst an der Extremismusklausel festhalten. Und ein von der SPD-Fraktion nach dem Urteil erneut eingebachter Antrag (17/9855) zur Streichung der Klausel stieß in der ersten Lesung ebenso auf Ablehnung der Koalitionsfraktionen. Noch ist das Urteil des Dresdner Verwaltungsgericht nicht rechtskräftig. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung ließ es die Berufung zum sächsischen Oberverwaltungsgericht zu. Bis zum 26. Juli kann das Landratsamt in Pirna noch Berufung einlegen, dann läuft die Frist ab und das Urteil wäre rechtskräftig. Für viele Initiativen, die sich gegen die Extremismusklausel sperren, wäre das wohl ein deutliches Signal, ebenfalls den Weg vor Gericht anzutreten, falls Schröder die Klausel nicht verwirft oder überarbeitet. Alexander Weinlein

Mehr zum Thema im Internet unter: www.toleranz-fuerdern-kompetenz-staerken.de

INITIATIVEN

Programm »Zusammenhalt durch Teilhabe«

Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesinnenministeriums wurde im September 2010 vom damaligen Minister Thomas de Maizière (CDU) gestartet. Es fördert Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in Ostdeutschland. Für das zunächst bis zum Jahr 2013 veranschlagte Programm hat der Bund insgesamt 18 Millionen Euro bereitgestellt. Es richtet sich insbesondere an Städte und Gemeinden in den östlichen Bundesländern, die von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen wie zum Beispiel Abwanderung oder demografischem Wandel besonders betroffen sind. Gefördert werden Vereine, Verbände und Gemeinden, Bürgerinitiativen und Projekte, die das demokratische Engagement und die zivilgesellschaftliche Kooperationen stärken. Organisiert wird das Programm durch eine Regiestelle der Bundeszentrale für politische Bildung. Informationen im Internet: www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de

Netzwerk »Verein(t) gegen Rechtsextremismus«

Das Beratungsnetzwerk „Verein(t) gegen Rechtsextremismus im Sport“ richtet sich an Sportvereine und Verbände. Sie sollen für die Gefahren durch rechtsextremistische Einflussnahme und Unterwanderung (etwa durch Sponsoring oder die Übernahme von Ehrenämtern durch Rechtsextreme) sensibilisiert und motiviert werden, dagegen vorzugehen. Durch eine Vernetzung von externen Unterstützungsangeboten sollen den Vereinen entsprechende Hilfestellungen gegeben werden. Getragen wird das Netzwerk unter anderem durch das Bundesinnen- und das Familienministerium sowie mehrere deutsche Sportbünde. Im Internet: www.verreit-gegen-rechtsextremismus.de

Jugendschutz vor Rechtsextremen im Internet

Die länderübergreifende Stelle für Jugendschutz im Internet (Jugendschutz.net) wurde 1997 von den Jugendministerien der Bundesländer gegründet. Es überprüft seither das Netz auf Verstöße gegen Jugendschutzbestimmungen. Seit dem Jahr 2000 beschäftigt es sich intensiv mit Rechtsextremismus im Internet. Im Fokus stehen dabei diejenigen rechtsextremen Angebote, die sich gezielt an Kinder und Jugendliche wenden und die aufgrund von Inhalten und Gestaltung aus Jugendschutzgesichtspunkten problematisch sind. Untersucht werden dabei sowohl klassische Websites als auch verstärkt Plattformen des Web 2.0. Im Internet: www.hass-im-netz.info; www.jugendschutz.net

Initiative »Mut gegen rechte Gewalt«

Das Projekt „Mut gegen rechte Gewalt“ wurde durch das Magazin „Stern“ initiiert und unterstützt Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Die Spendengelder fließen an die Amadeu Antonio Stiftung zur Weitergabe an kleine Initiativen gegen Rechtsextremismus und für demokratische Kultur. Eine besonders intensive Förderung erhält das Aussteigerprojekt für Neonazis „Exit“ (siehe Seite 13), das bislang mehr als 300 Rechtsextremisten half, aus der organisierten Szene herauszukommen. Die Homepage (www.mut-gegen-rechte-gewalt.de) bietet zudem umfassendes Informationsmaterial über den Rechtsextremismus.

Ein Dach für couragierte Bürger

BUNDESWEITES NETZWERK Das Bündnis für Demokratie und Toleranz berät und fördert Initiativen im Kampf gegen Extremismus und Gewalt

Im Mai 1993 wurde in der brandenburgischen Kreisstadt Belzig (heute: Bad Belzig) der marokkanische Asylbewerber Belaid Bayal von Rechtsradikalen krankenhauserfüllt geprügelt. Seine Verletzungen waren so schwer, dass er sieben Jahre später an den Folgen des Angriffs starb. Heute gibt es in Bad Belzig nicht nur einen Gedenkstein, der an das Schicksal von Bayal erinnert. Der Verein „Belziger Forum e.V.“ gründete 1998 auch das Info-Café „Der Winkel“ als einen Zufluchtsort für Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber. Inzwischen ist es Treffpunkt, Beratungsstelle, Internetcafé und Veranstaltungszentrum in einem und aus dem Bad Belziger Zentrum nicht mehr wegzudenken. Zivilcourage, die auch über das brandenburgische Städtchen hinaus ein Echo fand: 2004 und 2009 bekam es den Aktiv-Preis des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz“ (BfDT) verliehen, einem bundesweiten Zusammenschluss von großen und kleinen Verbänden, Organisationen und Initiativen, die sich den Kampf gegen Extremismus und Gewalt auf die Fahnen geschrieben haben. Mit Hilfe des Preisgeldes von insgesamt 7.500 Euro konnte die Initiative einen Teil ihrer Strom- und Heizkosten bezahlen und auch das ein oder andere Fenster reparieren, das zuvor von Rechtsextremisten eingeschlagen worden

war. „Durch den Preis haben wir aber vor allem ein besseres öffentliches Renommée bekommen“, berichtet Ramona Stucki vom Belziger Forum: „Wir werden von der Stadt seitdem anders wahrgenommen und noch mehr unterstützt.“ **Beispiel für andere** Schon zum zwölften Mal fördert das BfDT in diesem Jahr mit dem Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ Projekte wie das Belziger Café. Prämiert würden solche Initiativen, die auch für andere Regionen „beispielgebend und nachahmenswert“ sind, erklärt Julia Hasse, beim Bündnis zuständig für die Themenbereiche Extremismus und Antisemitismus. Der aktuelle Wettbewerb läuft derzeit noch. Bewerbungsschluss ist der 28. September. Gegründet wurde das Bündnis für Demokratie und Toleranz am 23. Mai 2000 – ganz bewusst am Tag des Grundgesetzes – vom Bundesministerium des Innern (BMI) und dem Bundesjustizministerium. 2011 wurde die Geschäftsstelle in die Bundeszentrale für politische Bildung integriert, um Synergieeffekte besser nutzen zu können. Im Beirat, der die politischen Schwerpunkte des BfDT bestimmt, sitzen 19 Vertreter aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, darunter auch Vertreter aus allen fünf Bundestagsfraktionen.



Das Café „Der Winkel“ in Belzig zeigt Flagge für ein tolerantes Miteinander.

Heute finden sich unter dem Dach des Bündnisses mehr als 600 Vereine und Initiativen. Die meisten widmen sich den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Aber auch Projekte gegen Extremismus insgesamt und Islamismus nehmen zu. Die Aktivitäten des BfDT sind breit gestreut und haben ein klares Ziel: die Zivilgesellschaft in ihrem Kampf gegen Extremismus und Gewalt stärken. Und so berät und fördert das Bündnis, ausgestattet mit einer Mil-

lion Euro jährlich aus dem Etat des BMI, Menschen, die in ihrer Region aktiv werden wollen oder es schon geworden sind. Es organisiert Veranstaltungen zum gegenseitigen Austausch, vermittelt Kooperationspartner, finanziert in Einzelfällen innovative Projekte mit und erstellt Info-Material mit praktischen Tipps und Hilfestellungen – etwa zum Thema „Toleranz im Sport“. „In der Vergangenheit haben rechtsextreme Gruppen häufig versucht, im Amateurfuß-

ball ihre Ideologien zu verbreiten“, berichtet Rahman Satti, zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit des Bündnisses. Das BfDT hat deshalb zwei Broschüren mit Handlungsempfehlungen erarbeitet, die Vereine bei Schulungen von ehrenamtlichen Mitarbeitern und Trainern einsetzen können. Und auch den Nachwuchs hat das Bündnis im Blick: Einmal im Jahr organisiert es in Berlin einen Jugendkongress, bei dem mehr als 400 Jugendliche drei Tage lang Workshops besuchen und Anregungen bekommen, wie sie sich selbst engagieren können.

Voneinander lernen Das Zauberwort bei allen Aktivitäten des BfDT lautet „Vernetzung“, sowohl regional als auch überregional. „Die Initiativen können viel voneinander lernen und ihren Aktivitäten eine breitere Basis geben, wenn sie sich austauschen und zusammenschließen“, sagt Julia Hasse. Als gelungenes Beispiel und mögliches Pilotprojekt nennt sie das „Wunsiedler Forum“, das im Jahr 2007 in ganz Bayern als Plattform gegen Rechtsextremismus gegründet wurde. Kommunen und Bürger arbeiten seither eng zusammen gegen den „Spuk von Rechts“, wie es auf der Homepage heißt. Und dies in einer Region, die noch in den 1990er Jahren mit regelmäßigen Neonazi-aufmärschen für Schlagzeilen sorgte.

Die gute Erfahrung, mit den eigenen Aktionen etwas bewirken zu können, machen zahlreiche Kommunen und Vereine: „Sie merken, dass sich durch ihre Arbeit das gesellschaftliche Klima im Ort verändert“, berichtet Julia Hasse. Für viele sei das ein Impuls, sich inhaltlich weiterzuentwickeln und neue Projekte im Bereich Demokratie- und Toleranzförderung auf den Weg zu bringen. Auch die Betreiber des Belziger Cafés „Der Winkel“ sehen sich in ihrem Engagement bestätigt – obwohl sie immer wieder bedroht werden. Zuletzt warfen Unbekannte im Jahr 2010 die Fensterscheiben ein und schmierten ein angedeutetes Hakenkreuz auf die Fassade. Der Gedenkstein von Belaid Bayal wurde geschändet. Doch Ramona Stucki gibt sich kämpferisch: „Wir haben unsere Fenster zum Toleranz-Barometer für Bad Belzig erklärt“, sagt sie und fügt hinzu: „Die Atmosphäre in Belzig hat sich auch durch das Café sehr zum Positiven gewandelt.“ Heute könnten Flüchtlinge, zwölf Jahre nach dem Tod von Belaid Bayal, durch Bad Belzig laufen, ohne Angst vor Übergriffen haben zu müssen. Johanna Metz

Mehr Informationen unter: www.buendnis-toleranz.de, www.der-winkel.de, www.bayrisches-buendnis-fuer-toleranz.de

Notausgänge nur für Nazis

AUSSTEIGER Wer dem Rechtsextremismus den Rücken kehren will, hat es nicht leicht. Initiativen wie Exit helfen dabei

Auch rechtsextreme Täter können zu Opfern werden. Dann nämlich, wenn sie aus der Szene aussteigen wollen: 35 bis 50 oder sogar mehr Neonazis und Rechtsextremisten mit dem festen Vorsatz auszusteigen wenden sich jährlich in Deutschland allein an die Initiative Exit. Darüber hinaus verzeichnet der Verein eine Vielzahl anonymer, allgemeiner Anfragen per Mail und Telefon, zum Teil von Angehörigen und von Freunden Betroffener.

Aussteigerinitiativen Die Neonazi-Aussteiger-Initiative Exit wurde im Jahr 2000 gegründet, von dem Berliner Ingo Hasselbach, einem ehemaligen Neonazi, und dem Kriminologen Bernd Wagner. Finanziert wird sie durch das Geld ihrer Mitgründer sowie durch Spenden, etwa der Amadeu Antonio Stiftung sowie der Freudenberg Stiftung.

Neben Exit gibt es eine Vielzahl ähnlicher zivilgesellschaftlicher und staatlicher Organisationen und Initiativen, größtenteils auf Länderebene. Sie beraten und unterstützen Ausstiegswillige auf ihrem Weg zurück in die Gesellschaft. Doch dieser Weg ist nicht immer einfach. Je höher der Betroffene in der Hierarchie einer rechtsextremen Partei, Organisation oder Gemeinschaft steht, desto schwerer ist dieser Schritt für ihn – in mehrfacher Hinsicht.

„Den Kameraden“ könne man sich keinesfalls anvertrauen: Sie würden Ausstiegswillige sofort als Verräter stigmatisieren, berichtet Kriminologe Bernd Wagner. Außerdem hat ein Aussteiger, je höher er in der Hierarchie angesiedelt war, ein umso umfangreicheres Wissen über einzelne Personen, Straftaten, Strategien und Verbindungen. Die ehemaligen „Kameraden“ würden daher an Aussteigern „Rache nehmen“ wollen, sagt Wagner. Das Bedrohungspotenzial sei immens.

Ausstiegsszenario Die Mitarbeiter der meisten Ausstiegsszenarien erstellen mit einem Ausstiegswilligen zunächst ein „Szenario des Entrinnens“, wie es Wagner nennt. Dabei gibt es – ähnlich wie bei Zeugenschutzprogrammen – kein „Schema F“, denn das Gefährdungspotenzial ist bei jedem Aussteiger anders. Mögliche Maßnahmen reichen bis hin zur Namensänderung und zum Ortswechsel. Oft bedeutet das den Wegzug aus der Heimat. Nicht unbedingt leichte Schritte, aber in manchen Fällen unumgänglich. Allerdings gilt es zu unterscheiden: „Für ein schlichtes Wald- und

Wiesenmitglied der NPD ist der Ausstieg vergleichsweise leicht“, erklärt Bernd Wagner. Wer aus dieser Partei austreten wolle, müsse lediglich eine Austrittserklärung unterschreiben. Hilfe bei Organisationen wie Exit suchen hingegen vor allem Männer und Frauen, die bereits seit vielen Jahren, vereinzelt sogar schon seit Jahrzehnten, in der Szene sind – und in der Hierarchie relativ weit oben stehen.

Die verschiedenen Initiativen haben unterschiedliche Schwerpunkte, stellt auch Ulrich Dovermann, Leiter des Fachbereichs „Extremismus“ der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), heraus: „Die Führungskader rechter Gruppierungen und Parteien werden bei uns nicht eingefangen, sondern die sind Gegenstand von Projekten wie Exit“. Mit Exit wolle die BpB nicht in Konkurrenz treten. Neben ihrer Aufklärungsarbeit engagiert sich die Bundeszentrale auch seit 2001 im Rahmen eines Modellprojekts in deutschen Strafanstalten. Gewalttäter mit einer rechtsextremen Weltanschauung können an dem Aussteigerprojekt teilnehmen. Die Nachfrage ist groß, mehrere Hundert Personen haben bereits teilgenommen. Die Rückfallquote sei gering, sie liege „deutlich unter zehn Prozent“, betont Dovermann.

Auch Exit verzeichnet keine hohen Rückfallquoten. Das hat jedoch andere Gründe: Wer den Ausstieg aus einer rechtsextremen Hierarchie wagt, der kommt dort „nie wieder hoch“, erklärt Wagner: Sie müssten mit Bestrafungen rechnen. Außerdem steigt die Hemmschwelle vor der Rückkehr, wenn jemand erst einmal eine neue Identität angenommen und den Wohnort gewechselt hat. Lediglich „besonders labile Personen“ würden rückfällig, sagt Wagner. Gerade mal zehn der Exit-Schützlinge hätten bisher eine Rolle rückwärts gemacht: Einige seien tatsächlich „in die Szene“ zurückgegangen; die anderen hätten sich anderweitig kriminell orientiert und seien zum Beispiel Drogenhändler geworden.

Bremsschlauch aufgeschlitzt Nicht nur die Aussteiger müssen mit der Rache ihrer früheren Kameraden rechnen, auch ihre Helfer. Exit sieht sich gelegentlich mit Beschimpfungen konfrontiert, auch Bombendrohungen habe es schon gegeben, beleidigende Anrufe und „Schmähmails“, wie Bernd Wagner sagt. Ihm selbst hätten Unbekannte bereits einmal den Bremsschlauch seines Wagens aufgeschlitzt, das sei aber schon länger her. Und einmal habe Exit ein Warn-Paket erhalten; was darin war will Wagner allerdings nicht sagen.

Die Betreuung der Aussteiger durch Exit ist individuell und von unterschiedlicher Dauer. Nicht wenige bleiben sogar länger mit der Initiative in Kontakt: Einige „können gar nicht anders, weil sie im Gefängnis sitzen“, erklärt Wagner, andere würden tatsächlich zu angestellten Mitarbeitern. Wieder andere engagierten sich bei Aktionen – wie beispielsweise die T-Shirt-Aktion im vergangenen Jahr, die „Operation Trojaner“: Auf dem Rechtsrockfestival „Rock für Deutschland“ im August 2011 in Gera hatte die Organisation 250 T-Shirts verteilen lassen, „die erst in den eigenen vier Wänden ihre wahre Absicht offenbaren“, wie auf ihrer Website nachzulesen ist. Auf den Shirts stand der Aufdruck „Hardcore Rebellen“, auch ein Totenkopf war Bestandteil des Lo-

gos. Doch das Logo war nicht wasserfest; vielmehr befand sich darunter ein nicht abwaschbarer Aufdruck mit der Botschaft „Was dein T-Shirt kann, kannst Du auch – Wir helfen Dir, Dich vom Rechtsextremismus zu lösen“; dazu gab es die Kontaktdaten von Exit.

Medien erhöhen Nachfrage Nicht nur solche Aktionen, sondern auch die Medien bringen Exit Zulauf: Steigt die Berichterstattung über Aussteiger, über Aussteiger-Initiativen oder über Rassismus und verwandte Themen, so wenden sich auch mehr Ausstiegswillige an die Organisation. Der erste große Artikel über Exit erschien kurz nach der Gründung im Jahr 2000 im „Stern“, erinnert sich Bernd Wagner an die



Bernd Wagner ist Gründer und Leiter von Exit. Im vergangenen Jahr sorgte seine Organisation mit einer T-Shirt-Kampagne für Aufsehen.



© picture-alliance/epa, getty

große Resonanz aus der Szene. Wagner, Jahrgang 1955, beschäftigt sich eigenen Angaben zufolge seit etwa 25 Jahren mit der Thematik; zuerst noch in der DDR. In Frankfurt/Oder geboren war der diplomierte Kriminalist im Zentralen Kriminalamt der DDR Leiter der Abteilung Extremismus/Terrorismus und zeitweilig der „AG Skinhead“. Er weiß aus Erfahrung, dass der erste Schritt Richtung Ausstieg Selbstzweifel sind. Die Betroffenen würden realisieren, dass sie zwar in der Gruppe, aber nicht in der Gesellschaft Anerkennung finden. Der Betroffene würde feststellen, dass er nur so lange etwas Wert sei, wie er funktioniert. Er folge dann zumeist ein „abendfüllendes Programm von Zweifelsfragen“.

Die Psychologin Birgit Rommelspacher ist weniger optimistisch als der Exit-Chef. Sie gibt sich überzeugt, dass nur wenige Rechtsextremisten „richtig aussteigen“ würden. In ihrem 2006 veröffentlichten Buch „Der Hass hat uns geeint: Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene“ beschreibt die Wissenschaftlerin, dass viele nur ihre Erscheinungsform ändern würden, also Frisur und gegebenenfalls Bart und Kleidung.

Die Leere im Kopf Wenn der Hass schwindet, hinterlässt der Extremismus eine Leere im Kopf, die mit neuen Aufgaben und Erkenntnissen gefüllt werden muss. Deshalb bieten Initiativen wie Exit auch Familienhilfe an. Doppelt betreutes „Aussteigen“, sozusagen.

Verena Renneberg

Rassismus im Stadion

FUSSBALLFANS Ausländerfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft sind auf den Tribünen der Republik fest etabliert

„Für Fußball. Gegen Gewalt.“ Das Motto des Berliner „Fußballgipfels“ am 17. Juli soll ein klares Statement beinhalten. Vertreter aller 56 Fußballvereine der ersten, zweiten und dritten deutschen Liga sollen dann zusammenkommen; auch der Bundesinnenminister ist eingeladen. Eine knappe Woche später, am 23. Juli, sollen dann bei einem länderübergreifenden Spitzengespräch Ergebnisse vorgestellt, beraten und bewertet werden. Der Deutsche Fußballbund (DFB), die Deutsche Fußballliga (DFL) sowie sämtliche Innenminister der Bundesländer sind hierzu eingeladen. Die Minister hatten zuletzt gefordert, die Sicherheit in den Stadien zu erhöhen.

Mögliches Stehplatzverbot Unter Sanktionsversuchen gegen gewalttätige „Sportsfreunde“ leiden schon jetzt alle: der Sport, die Spieler und die friedlichen Fans. Sogenannte „Geisterspiele“, Spiele, die strafbar unter Ausschluss der Zuschauer ausgetragen werden müssen, stellen eine hohe finanzielle Belastung für betroffene Vereine dar. Und ein Verbot von Stehplätzen, wie es schon mehrfach in der Diskussion war, wäre für viele Fans völlig unvorstellbar.

Doch das Stehplatzverbot könnte kommen: Erst zu Monatsbeginn hatte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) wieder einmal festgehalten, dass es jedenfalls eine Option sei. Hans-Joachim Watzke, Geschäftsführer des amtierenden deutschen Meisters Borussia Dortmund, sprach von einem „fußballkulturellen Desaster“, das damit drohe. Um derartige Verbote zu vermeiden, versuchen sowohl die Vereine, als auch der DFB seit Jahrzehnten, an die Vernunft der Fans zu appellieren.



2010 tritt Hansa Rostock der Kampagne „Kein Ort für Nazis“ der Amadeu Antonio Stiftung bei: Schirmherr ist Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (rechts), Hansas Vorstandsvorsitzender Bernd Hofmann (Mitte) und Stiftungskoordinator Timo Reinfrank.

Schweigeminuten, Plakataktionen und Benefizspiele; außerdem immer neue Aktionen wie „Zeig dem Rassismus die rote Karte“ im Jahr 2006 oder später „Kein Ort für Nazis“. Mittlerweile gibt es darüber hinaus eine Vielzahl von Initiativen, die von den Fans selbst ins Leben gerufen werden. Eine einsübergreifende Seite der „Fußball-Fans gegen Rechts“ ist bei Facebook gut besucht. Motto: „Fußball verbindet – Rechtsaußen bleibt draußen!“.

Menschenfeindlich Ein Spieler mit schwarzer Hautfarbe werde auch heute schneller ausgepfiffen als ein „Weißer“, erklärt Gunter A. Pilz, Leiter der Kompetenzgruppe „Fankulturen und Sport bezogene Soziale Arbeit“ am Institut für Sportwissen-

schaft der Leibniz Universität Hannover. Auch Sexismus und Homophobie seien unter Fußballfans verbreitet. Daran docke der Rechtsradikalismus an. Dies alles seien Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Auch im Jahr 2012 fliegen noch Bananen durch deutsche Fußballstadien. Ihr Ziel: ausländische, meist farbige Spieler. Die Absender: vermeintliche Fußballfans. Sie wollen die Spieler nicht primär physisch, sondern psychisch treffen. Nicht selten werden

die Würfe von „Bimbo“-Rufen begleitet. Die Botschaft scheint eindeutig. Doch die Werfer sind in der Regel keine Rechtsextremisten, sondern durchschnittliche Fußballfans; das Kokettieren mit rechtem Gedankengut ist unter den Anhängern vieler Vereine von der ersten bis zur Amateurliga verbreitet.

Fließende Grenzen Überhaupt verlaufen die Grenzen zwischen den einzelnen Gruppen innerhalb einer Fangemeinde fließend; oft sind einzelne Personen keiner Gruppe eindeutig zuzuordnen. Selbst die „normalen“ Fans, können noch in „Kuttenträger“ und andere Gruppen unterschieden werden. Doch obwohl sie zumeist friedliche Fans sind, beteiligen auch sie sich teilweise an fremdenfeindlichen Gesängen oder Rufen. Dann gibt es da die „Ultras“ und die „Hooligans“. Die Ultras werden häufig mit Hooligans verwechselt; per verbreiteter Definition gelten sie jedoch lediglich als besonders passionierte Fans, die in ihrer Freizeit Plakate malen, Gesänge üben und Choreografien einstudieren. Hooligans hingegen gelten als hochaggressive Zeitgenossen, die allein die Suche nach einer Schlägerei in die Stadien zieht. Unter beide Gruppen mischen sich Rechtsextremisten. Vielleicht ein Grund für die neue Mischform der „Hooltras“, der gewaltbereiten Ultras, die Sportwissenschaftler Pilz aufspindig gemacht hat.

Infiltration von Amateurligen Doch nicht nur unter die Zuschauer mischen sich die Verbreiter rechtsradikalen Gedankenguts. Vor wenigen Monaten erst wurde ein 22-jähriger Kreisklassen-Schiedsrichter aus Brandenburg, der NPD-Mitglied ist und im Internet rechte Parolen verbreitet haben soll, vom brandenburgischen Fußball-Landesverband von der Schiedsrichterliste gestrichen. Ein ähnlicher Fall war 2011 aus Nordrhein-Westfalen bekannt geworden. In Amateurligen können Rechtsradikale auch abseits des Platzes punkten: Sie enga-

gieren sich beispielsweise gegen die Schließung von Sportplätzen in kleineren Orten. Sie präsentieren sich damit als „Kümmerer“, wie der Sportjournalist Ronny Blaschke in seinem erst kürzlich erschienenem Buch „Angriff von Rechtsaußen – Wie Neonazis den Fußball missbrauchen“ schrieb. In Bundesländern wie Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, in denen die rechtsextreme NPD ohnehin bereits im Landtag vertreten ist, hat diese „eine ganz andere Öffentlichkeit“, wie Blaschke konstatiert. Fremdenfeindlichkeit, schreibt er, gehöre in manchen Gegenden schon zum guten Ton. Rechtsradikalismus im Amateurfußball sei längst kein Randphänomen mehr. Doch ginge es eben nicht, so das Ergebnis der Recherche Blaschkes, um sichtbare Gewalt, sondern um Neonazis, die beispielsweise als Sponsoren und Funktionäre – oder eben als Schiedsrichter – auftreten.

Rekrutierung im Stadion In der Regionalliga soll die NPD versuchen, gewaltbereite Fans, die ohnehin mit dem Nationalsozialismus und seinen Symbolen kokettieren, für die Partei anzuwerben, heißt es Medienberichten zufolge. Im Fanblock des FSV Zwickau wehte während eines Regionalligaspiels Ende 2011 eine norwegische Flagge, die als Hommage an den Massenmörder Anders Breivik interpretiert wurde. 2007 hatten Fans von Dynamo Dresden einen Flyer mit einem Foto einer Juden-Deportation entworfen; dazu das Emblem des rivalen Lok Leipzig und der Schriftzug „Endstation Dresden“. Nicht nur in Deutschland, auch international stellt Gewalt in und um Fußballstadien ein Problem dar. Auch bei der Europameisterschaft im vergangenen Monat war es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und Verhaftungen gekommen. Das konnte auch „Respekt“, die Anti-Rassismus-Kampagne des europäischen Fußballverbandes UEFA nicht verhindern.



Gegendemonstration der Antifa während eines NPD-Aufmarschs im Dezember 2011 in Gera.

Die linke Wacht im Kiez

ANTIFASCHISMUS Im Kampf gegen Neonazis scheuen autonome Antifas auch nicht vor Gewalt zurück

Die Toilette der Kreuzberger Szene-Kneipe ist regelrecht gepflastert mit einschlägigen Aufklebern und Kritzeleien. Sie lassen keinen Zweifel aufkommen, welcher Geist hier herrscht. „Gegen Nazis“ heißt es da und darunter zerschmettert eine geballte Faust ein Hakenkreuz. Auf einem anderem Aufkleber wird das Symbol des Nationalsozialismus schlicht in einem Mülleimer entsorgt. „Nazis auf die Pelle rücken“ oder „Haut den Glätzen auf die Fratzen“ ist zu lesen. Da zwischen prangt immer wieder ein Logo: eine rote und schwarze Fahne hintereinander wehend, umgeben von einem roten Ring mit dem umlaufenden Schriftzug „Antifaschistische Aktion“. Die Berliner Bezirke Kreuzberg-Friedrichshain und Prenzlauer Berg sind Antifa-Land. Neonazis stoßen dort auf erbitterten Widerstand einer bunten Mischung aus linken bis links-extremistischen Szene, die bei aller Unterschiedlichkeit der Kampf gegen Rechtsextremisten, der „Antifaschismus“, eint. Die Antifas wachen über ihren Kiez: Das Auftauchen eines Neonazis zwischen Kottbusser Tor und Görlitzer Bahnhof zu später Stunde wird schon einmal per Handy in der Szene kommuniziert. Gegebenenfalls ma-

»Antifa heißt Angriff« – der Schlachtruf darf und muss wortwörtlich verstanden werden.

chen sie dem Eindringling lautstark, mitunter auch handgreiflich klar, dass er hier nichts verloren hat. Berlin gilt als eine der Antifa-Hochburgen Deutschlands. Und als eine Hochburg des Linksextremismus. Allerdings ist nicht jeder Antifa-Anhänger per se auch ein Linksextremist, die Übergänge sind fließend. Von den bundesweit geschätzt 31.800 Personen, die in vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft sind, sind in anderen Gruppierungen organisiert sind, leben nach Angaben der Berliner Verfassungsschutz 2.370 in der Hauptstadt. Vor allem der Anteil Gewaltbereiter soll an der Spree besonders hoch sein: von den bundesweit 7.100 gewaltbereiten Linksextremisten sollen 1.100 dort anzutreffen sein. Diese werden vorwiegend den „Autonomen“, auch bekannt als „schwarzer Block“, zugerechnet. Tonangebend in der Berliner Antifa-Szene sind die autonomen Gruppierungen „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB), „Antifaschistische Revolutionäre Aktion“ (ARAB) und „North East Antifacists“ (NEA) in Kreuzberg, Friedrichshain und Prenzlauer Berg. Rund 100 Personen sind nach Angaben des Verfassungsschutzes in diesen drei Gruppen fest organisiert – mobilisieren können sie anlassbezogenen jedoch einen deutlich größeren Personen-

kreis. Hinzu kommen weitere kleinere Gruppen in anderen Bezirken der Stadt. **Der gemeinsame Nenner** „Antifaschismus“ gilt in der zersplitterten linken Szene als der kleinste gemeinsame Nenner und er dient – etwa bei Demonstrationen oder Sitzblockaden gegen Aufmärsche und Versammlungen von Rechtsextremisten – auch als inhaltliche Brücke zur Linkspartei, den Jusos, der Grünen Jugend, den Gewerkschaften, christlichen Basisgruppen und lokalen Bürgerinitiativen. So zum Beispiel bei der Organisation der Gegendemonstrationen und Blockaden in Dresden im Februar 2011, mit der der rechtsextremistische „Trauermarsch“ anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens verhindert werden konnte. Rund 12.000 Menschen hatten sich an den Kundgebungen gegen den bundesweit größten Nazi-Aufmarsch beteiligt. Diese Brücke zwischen Antifa und bürgerlicher Zivilgesellschaft ist jedoch äußerst brüchig. Zum einen weil zumindest den autonomen Antifa-Gruppierungen der Kampf gegen Rechtsextremisten gleichsam als Legitimation von Gewalt dient. Zudem anderen sieht sich die Szene nicht nur dem Antifaschismus verpflichtet, sondern auch dem „Anti-Kapitalismus“, „Anti-Imperialismus“ und „Anti-Sexismus“. Wobei sich Faschismus, Kapitalismus, Imperialismus und Sexismus für überzeugte Antifas letztlich gegenseitig bedingen. In der Tradition der marxistischen Lehre wird der Kapitalismus

als Ursache für Faschismus angesehen. In der Folge führt dies zur Ablehnung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung – aber auch der parlamentarischen Demokratie. „Kampf den Nazis! Kampf dem Staat!“, lautet eine gängige Parole. „Antifa heißt Angriff“ – der einschlägige Schlachtruf darf und muss wortwörtlich verstanden werden. Denn abseits friedlicher Demonstrationen, der Herausgabe von Zeitschriften und Flugblättern oder der Organisation von Informationsveranstaltungen scheut der harte Kern auch nicht vor offener Gewalt zurück. Vor allem gegen Neonazis gilt sie als legitimiert, aber auch gegen Polizisten, die als Vertreter eines „repressiven Systems“ angesehen werden. Im vergangenen Jahr nahmen die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremisten und der Antifa deutlich zu. Nach zwei Neonazi-Demonstrationen und einem Brandanschlag auf das Anton-Schmaus-Haus der linken Jugendorganisation „Falken“ in Berlin reagierte die Antifa mit der Aktion „Nazis auf die Pelle rücken“. Im Aufruf der Aktion heißt es: „In den kom-

menen Monaten wird es vermehrt Aktionen gegen die Berliner Neonaziszene geben – und zwar dort wo es weh tut – in ihren vermeintlichen ‚Homezones‘. Denn wir wissen: Nazis haben Namen und Adressen. Wir warten nicht ab, bis erneut Angriffe auf Migrant_innen und Linke stattfinden. Wir bleiben aktiv und lassen nicht zu, dass sie ihre Hetze weiter verbreiten können. Für jede Aktion werden wir eine adäquate Antwort finden. Wir werden die antifaschistische Selbsthilfe organisieren – bis die Scheiße aufhört! Berlin ist und bleibt rot!“ Der Aufruf blieb nicht unerhört: Mehrere NPD-Mitglieder und Parteigrößen wurden attackiert oder niedergeschlagen. Im Rahmen der Aktion „Nazis auf die Pelle rücken“ hätten sie eine „antifaschistische Abreibung“ erhalten, freute sich die Szene auf ihren Internetseiten. Der Einsatz von Gewalt ist allerdings auch in der Antifa nicht unumstritten. Befürworter und Gegner liefern sich mitunter heftige Kontroversen. Wegen der eher losen Organisation gibt es in der Szene auch keine verbindliche Richtung. Bei der Einordnung von politisch motivierten Straf- oder Gewalttaten ist allerdings Vorsicht geboten. Selbst der Berliner Verfassungsschutz warnt in seinem aktuellen Jahresbericht, dass „nicht hinter jeder in der Medienberichterstattung als linksextremistisch klassifizierten Straf- oder Gewalttat letzten Endes auch tatsächlich ein politisch links motivierter Täter, geschweige denn eine entsprechende Gruppierung“ steht. Dies gelte etwa für drei Viertel aller Autoabbrandstiftung in Berlin im vergangenen Jahr.

Nazi-Outing Zu den Methoden der Antifa, die in der jüngsten Zeit zum Einsatz kommen, gehört das sogenannte „Nazi-Outing“. Schon immer sammelten die verschiedenen Antifa-Gruppen Informationen über Akteure, Strukturen und geplante Aktionen im rechtsextremistischen Lager und tauschten diese untereinander aus. Verbreitet werden diese Informationen in Szene-Zeitschriften, Flugblättern oder über das Internet. Im Rahmen der Aktion „Nazis auf die Pelle rücken“ wurden wiederholt mutmaßliche Rechtsextremisten mit Bild, dem vollständigen Namen, der Privatadresse, der Handy- oder Festnetznummer im Internet geoutet. Abgesehen davon, dass dies einen klaren Eingriff in die Freiheitsrechte der Betroffenen darstellt, können solche Outings auch als Anstiftung zu Gewalttaten interpretiert werden. Zudem erinnern sie stark an jene Namenslisten von missliebigen Politikern und Journalisten, die in der Vergangenheit von Rechtsextremisten veröffentlicht wurden. Unumstritten sind diese Methoden in der Antifa-Szene nicht.

Virtueller Angriff Der Kampf zwischen Antifas und Rechtsextremen wird längst nicht mehr nur auf offener Straße ausgefochten. Bereits im August 2008 hackte sich eine Gruppe linker Netzaktivisten in das interne Internet-Forum des in Deutschland verbotenen Nazi-Netzwerks „Blood and Honour“. Ihre Beute: rund 240.000 Forenbeiträge sowie eine Datenbank zur Abfrage von über 30.000 Nutzern mit privaten Nachrichten, E-Mail-Adressen und Mitgliederfotos. Die kompletten Datensätze wurde von der Hacker-Gruppe im Internet als Download zur Verfügung gestellt. Seit Monaten macht zudem eine Hacker-Gruppe namens „Operation Blitzkrieg“, die sich nach eigenen Angaben zum bekannten „Anonymous“-Netzwerk zählt, den Betreibern rechtsextremistischer Internetseiten das Leben schwer. Wiederholt hackten sie deren Seiten und veröffentlichten deren Inhalte auf der Webseite „nazi-leaks.net“. Alexander Weinlein

STICHWORT

ANTIFA – Antifaschistische Aktion

Historie In Deutschland existiert die „Antifaschistische Aktion“ seit 1923 als Teil des Rotfrontkämpferbundes. Ursprünglich rekrutierten sich die Mitglieder vor allem aus dem kommunistischen Lager, später auch aus sozialistischen Parteien und Organisationen. Die Idee und der Begriff stammt allerdings ursprünglich aus Italien und bezeichnete die Gegner des faschistischen Diktators Mussolini. In den 1980er Jahren bildeten sich Antifa-Gruppen aus der Hausbesetzer- und Autonomen-Bewegung.

Logo Das ursprüngliche Logo der „Antifaschistischen Aktion“ in der Weimarer Republik zeigte zwei rote Flaggen, die für die KPD und SPD standen. In der modernen Variante mit einer roten und schwarzen Flagge steht die schwarze Flagge für die anarchistisch-autonome Bewegung.



Mehr zum Thema unter: www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/

Anzeige

Jahrbuch Extremismus & Demokratie

Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.)
Extremismus & Demokratie

Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)
23. Jahrgang 2011
Herausgegeben von Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse
2012, 535 S., geb., 49,- €
ISBN 978-3-8329-7131-1

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/14275

Nomos

Helm an Helm in der Schusslinie

DEMONSTRATIONSRECHT Die Polizei muss genehmigte Neonazi-Aufmärsche schützen – mit allen Konsequenzen

Die Tage vor Kundgebungen der Rechtsextremisten, von diesen gern als „Trauermarsch“ anlässlich eines Jahrestages alliierter Bombenangriffe während des Zweiten Weltkriegs oder als „Heldengedenken“ an deutsche Soldaten tituliert, ähneln sich häufig: Auf Betreiben des Bürgermeisters oder der Polizei wird der Marsch der Neonazis verboten – und dann, kurz vor dem Termin, vom zuständigen Verwaltungsgericht doch zugelassen. Die Zivilgesellschaft – von Politikern über die breite Bevölkerung bis zur Antifa – reagiert alarmiert. Unter Motti wie „Dresden nazifrei“, „München ist bunt“ oder „Wir können sie stoppen“ rufen sie zur Gegendemonstration auf. In Alarmbereitschaft versetzt wird mit dem Entscheid der Richter aber auch die Polizei. Beinahe über Nacht werden Hundertschaften, von denen man gehofft hatte, sie nicht zu benötigen, über Ländergrenzen hinweg zum Dienst beordert. Schon ein „Trauermarsch“ wie der diesjährige in Lübeck, bei dem am Ende kaum 150 Neonazis auf zweibis dreitausend Gegendemonstranten treffen, bindet schnell einmal 1.800 Polizisten. „An Wochenenden, an denen auch diverse Fußballspiele Kräfte binden, ist die Kapazitätsgrenze da häufig bald erreicht“, erklärt Rüdiger Holecek, Sprecher der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Das Argument,

angesichts der zu erwartenden Auseinandersetzungen die Sicherheit nicht gewährleisten zu können, ist dann auch das zuekräftigste in dem Bemühen, eine Neonazi-Demo verbieten zu lassen. Manchmal lassen sich die Verwaltungsgerichte davon beeindrucken – immer wieder heben sie ein Demonstrationsverbot aber auch mit der Begründung auf, der sogenannte „polizeiliche Notstand“ könne nur als „ultima ratio“ in „extremen Situationen“ geltend gemacht werden.

Ein hohes Gut Die Szenen solcher Demonstrationen und Gegendemonstrationen treffen die Menschen vor Ort wie an den Bildschirmen ins Mark: Schild an Schild, Visier an Visier, Helm an Helm sichern Polizisten den Marsch rechtsextremer Gruppierungen gegen ihre Gegner ab. Das Unverständnis über diese Vorgehensweise mündet nicht selten in dem lautstark skandierten Slogan: „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“. Den Polizisten, darauf weist die GdP hin, sind dabei die Hände gebunden: „Das Demonstrationsrecht ist unteilbar und ein hohes Gut“, sagt Holecek, „und wenn eine Demonstration nicht verboten ist, haben wir den Auftrag, sie zu schützen – was immer für Meinungen dort auch kund getan werden.“

Damit aber gerät die Polizei immer wieder, und zwar beinahe wörtlich, in eine Schusslinie: Nicht selten enden die Auseinandersetzungen mit Gewalt gegen Polizisten. Die wird allerdings häufig nicht von Seiten der Neonazis, sondern von Autonomen oder der radikalen Antifa, verübt. Das „polizeiliche Problem mit linken Gegnern“ sei nicht zu verachten, sagt Holecek – und zwar nicht

nur bei Neonazi-Aufmärschen, sondern auch bei regelmäßig wiederkehrenden Demos der Linken. „Wer zum Beispiel die sogenannte revolutionäre 1. Mai-Demo in Berlin kennt, weiß, dass solche Veranstaltungen einer regelrechten Choreographie folgen. Nichts ist wichtiger, als am Ende sagen zu können: Guckt mal, was Polizisten für Schweine sind!“ Jeannette Goddar



Gewaltsame Ausschreitungen während einer Neonazi-Demo in Leipzig im Jahr 2003.

Der Frust ist heute riesengroß. Marianne Thum ist an diesem Freitag Anfang Juli gerade zurück vom Landgericht, noch außer Atem und voller Wut im Bauch. Seit elf Jahren berät die Dresdnerin Opfer rechter Gewalt, begleitet sie nach den Angriffen zur Polizei oder zum Gerichtsprozess. Und ist schier ohnmächtig, wenn sie ihnen erklären soll, wie es zu Urteilen wie dem heute kommen kann.

Vier Männer haben heute vor dem Richter gestanden, angeklagt der gefährlichen Körperverletzung in drei Fällen. Doch weil die Täter schon so lange zurücklagen und drei der Täter als Heranwachsende zwischen 18 und 21 Jahren unter das Jugendstrafrecht fielen, gingen sie mit Bewährungsstrafen aus dem Saal. Und Marianne Thum ist so sauer, dass sie fast schäumt: „Wir reden hier über Angriffe, die 2008 und 2009 stattgefunden haben. Das hätte alles längst vom Tisch sein können, wenn nicht die Akte 15 Monate lang beim Amtsgericht verschüttet worden wäre. 15 Monate – und keiner weiß, wo sie in der Zeit geblieben ist.“ Die beiden Opfer, die Thum begleitet hat, hätten in all der Zeit nicht mit der Geschichte abschließen können. Einer der Männer habe unter massiven Ängsten gelitten – und nun fassungslos zur Kenntnis nehmen müssen, dass den Tätern keinerlei „schädliche Neigungen“ durch die Jugendgerichtshilfe bescheinigt wurden, „obwohl jeder weiß, dass sich alle vier immer noch in den gleichen rechten Kreisen bewegen wie früher“. Das sei doch, sagt Marianne Thum inzwischen erschöpft, „jedes Mal der gleiche Mist“.

Beratung für Opfer Gerichtsprozesse wie heute sind Thums Alltag. Die 56-Jährige ist Beraterin im Dresdner Büro der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e.V. (RAA). Ihre Arbeitsstelle gehört zu dem Netzwerk von Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt, die Anfang der 2000er Jahre in den neuen Bundesländern und Berlin gegründet wurden. Zuvor hatte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) nach dem Brandanschlag auf eine Düsseldorfer Synagoge einen „Aufstand der Anständigen“ gefordert und die Bundesregierung das Programm „Jugend für Toleranz und Demokratie“ aufgelegt. Aus dessen Teilprogramm CIVITAS erhielt der Brandenburger Verein Opferperspektive Geld, um im Jahr 2000 die erste Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Deutschland zu gründen. Inzwischen folgten ähnliche Projekte in allen ostdeutschen Bundesländern und Berlin, so auch die RAA in Sachsen.

In ihrer Arbeit verfolgen alle Beratungsstellen einen ähnlichen Grundsatz: Sie beziehen klar Stellung für die Opfer und wollen ihnen nicht nur über individuelle Betreuung helfen, sondern auch den gesellschaftlichen und politischen Ursachen rechtsmotivierter Gewalt auf den Grund gehen. Man wolle, so heißt es in einem Text der Opferperspektive aus dem Jahr 2001, „eines klarmachen: „Der Angriff hätte nicht geschehen dürfen und darf nicht wieder geschehen. Die gesellschaftlichen Bedingungen, die den Angriff möglich gemacht haben, müssen sich ändern. Die rassistische Stimmung in der Bevölkerung, die von den Tätern schlagend umgesetzt wurde, muss sich ändern.“ Lange hätten nach rechtsextremen Gewalttaten immer die gleichen Mechanismen eingesetzt: „Am besten verschweigen, weil sonst der Ruf der Stadt in Mitleidenschaft gerät. Wenn verschweigen nicht geht, dann verharmlosen. Bestimmt hatte der Angriff keinen rassistischen Hintergrund, vermutlich war es ein privater Streit, der Ausländer wird provoziert haben. Was hat der auch nachts um die Uhrzeit auf der Straße verloren?“

Schwindendes Vertrauen Dass sich daran auch mehr als zehn Jahre nach Gründung der Opferberatungsstellen vielerorts noch nicht viel geändert hat, muss Kay Bolick immer wieder erfahren. Er arbeitet für die Landesweite Opferberatung für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern und ist gerade viel in Anklam: In der Hansestadt hat es im Mai mehrere Angriffe und Hetzjagden auf Punks und nicht-rechte Jugendliche gegeben. Dass dort am helllichten Tag Jugendliche quer durch die Stadt getrieben und geschlagen worden seien, habe für ihn „die Erinnerungen an die 1990er-Jahre“ wieder aufleben lassen, sagt der Berater. Es



Plakat der mobilen Opferberatung des Vereins „Miteinandere.V.“ (o.) und Aufsteller in Berlin

An der Seite der Opfer

ENGAGEMENT Beratungsstellen helfen Betroffenen rechter Gewalt. Nicht immer haben sie die volle Unterstützung der Behörden

sei heute so schwer wie damals, in der Stadt eine Solidarisierung mit den Opfern auszulösen. „Punks sind einfach eine Opfergruppe, die von Polizei oder Kommune eher abgelehnt werden. Es stört, dass die da in der Stadt sitzen und Bier trinken“ – wenn sie dann vertrieben würden, finde diese Form der „Problemlösung“ auch Zustimmung. Dass in der Pressemeldung der Polizei lediglich von „einer Schlägerei zwischen zwei Gruppen aus dem rechten und dem linken Spektrum“ die Rede war, halten die Mecklenburger Opferberater für symptomatisch. „Wenn Neonazis Rollkommandos am helllichten Tag durch die Stadt schicken oder eine Einrichtung wie den Demokratieladen angreifen, muss mehr passieren als eine Meldung in der Zeitung“, sagt Kay Bolick, denn wenn die Angreifenden allein gelassen würden und es in der Stadt keine Positionierung gegen Neonazis gebe, werde sich die rechte Szene gestärkt fühlen. Der spielt auch eine Entwicklung in die Hände, die man bei der Opferperspektive in Potsdam mit Sorge sieht. „Wir wussten im-

mer, dass es im Bereich rechter Gewalttaten ein großes Dunkelfeld gibt“, sagt Geschäftsführer Marcus Reinert, „aber jetzt gibt es eine vermehrte Anzahl von Angriffen, bei denen die Opfer nicht bereit sind, sie zur Anzeige zu bringen.“ Ist die Angst so groß, im laufenden Strafverfahren erneut zum Opfer, etwa durch Racheaktionen, zu werden? Das Vertrauen in den Rechtsstaat und seine Fähigkeit, die Täter angemessen zu bestrafen, zu klein? „Wir können das noch nicht richtig einschätzen“, sagt Reinert vorsichtig, „aber das wird wohl alles eine Rolle spielen.“

Stete Gradwanderung Ohnehin ist für die Opferberater ihre Arbeit eine stete Gradwanderung. Sie verfolgen den Grundsatz der „aufsuchenden Arbeit“. Wenn sie etwa über Presseberichte oder Polizeimeldungen erfahren, dass es rechte Angriffe gegeben hat, nehmen die Berater Kontakt zu den Opfern auf. Das kann über Netzwerkpartner vor Ort sein oder über Briefe, die von der Polizei weitergeleitet werden – und ist, in der Regel recht mühselig“, so Reinert. Nur selten kämen die Betroffenen von selbst. „Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Opfer von Gewalttaten sich häufig zurückziehen.“ Was sie bräuchten, um das Erlebte verarbeiten zu können, sei höchst individuell – Unterstützung beim Stellen der Strafanzeige, die Vermittlung eines Psychologen oder Hilfe bei der Forderung finanzieller Wiedergutmachung. Oft seien die seelischen Verletzungen viel größer als die körperlichen, so die Erfahrung der Berater – und nahezu immer helfe das Signal, damit nicht alleingelassen zu werden. „Das mag banal klingen“, sagt Kay Bolick, „aber wenn wir artikulieren, dass wir diese Angriffe auch schlimm finden und das nicht das persönliche Problem der Betroffenen ist, tut das den meisten sehr gut.“ Denn die, die am häufigsten zum Opfer rechter Gewalt werden, haben nur selten eine mächtige Lobby: Migrantinnen, alternative Jugendliche, Homosexuelle, Wohnungslose, Behinderte. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit kommt immer in Wellen; dann,

wenn es einen besonders brutalen Angriff gab oder, wie im Moment, das Entsetzen groß darüber ist, dass über Jahre hinweg eine rechte Terrorgruppe Menschen töten konnte. Dann klingeln in den Beratungsstellen die Telefone, dann rücken die Kamerteams an und in den Nachrichten wird über die laut Verein Opferperspektive 706 rechtsextremistischen Gewalttaten in Ostdeutschland des Jahres 2011 berichtet. Die Berater sind froh über diese momentane Aufmerksamkeit – aber sie haben schon jetzt Angst davor, dass sie wieder allein auf weiter Flur stehen, wenn das Scheinwerferlicht verlischt. Denn dann sei ihre Arbeit wieder weniger angenehm, erzählt Marianne Thum. „Wir legen ja immer den Finger in die Wunde – und sind damit der Buhmann.“ Sie glaube nicht an die tollen Slogans des vermeintlich weltoffenen Dresdens, weil sie die andere Seite viel zu oft sehe – „und damit macht man sich in der Stadverwaltung nun mal keine Freunde. Dort sind wir so unbeliebt wie nur etwas.“ Mehr Wertschätzung ihrer Arbeit – das würde die Opferberater vermutlich freuen. Viel dringender ist für sie aber, dass sich etwas an der Wahrnehmung rechter Gewalt ändern möge. Noch immer täten Polizei und Öffentlichkeit viele der Taten als einfache Auseinandersetzung unter Jugendlichen ab, sagt Kay Bolick. „Aber man muss es klar als das bezeichnen, was es ist: Gewalt mit politischer Motivation.“ Dass sie mit dieser klaren Haltung auch selbst immer wieder in den Blick der Rechten geraten, damit leben die Berater. Sie haben bestimmte Sicherheitsvorkehrungen getroffen; sind bei den Besuchern der Opfer zu zweit unterwegs, haben Sperrvermerke für Telefonnummern und Adressen. Und sind wie Marianne Thum der Überzeugung, dass – trotz aller Frustration – aufgeben einfach nicht drin ist: „Dafür gibt es noch viel zu tun.“ *Susanne Kailitz*

Leben unter Neonazis: Tote Ratten im Briefkasten

ALLTAG Wie sich ein zugezogenes Paar in Jamel behauptet

Hin und wieder ist Birgit Lohmeyer dann doch wieder überrascht. So wie neulich, als ihre Nachbarn am Dorfeingang ein großes Schild aufstellten, das Karikaturen der Schriftstellerin und ihres Mannes zeigt, und den Schriftzug trägt „Die Dorfgemeinschaft grüßt: Die ‚Helden‘ des Nordens“. Die Dorfgemeinschaft, das sind mehrere Neonazis, die sich im Dunstkreis des ehemaligen NDP-Funktionärs Sven Krügers im mecklenburgischen Ort Jamel, wenige Kilometer von der Ostsee entfernt, niedergelassen haben – und denen Birgit und Horst Lohmeyer beharrlich die Stirn bieten. Ein Engagement, für das sie Ende 2011 in einer Gemeinschaftsaktion mehrerer norddeutscher Medien mit dem Titel „Helden des Nordens“ ausgezeichnet wurden. Das Schild sei ja nun wirklich etwas Neues gewesen, findet Birgit Lohmeyer, „da ist im Hintergrund ja wirklich mal gebrübelt und das Ganze dann generalstabmäßig organisiert worden.“ Normalerweise bewegen sich die Aktionen der Nachbarn eher auf „Bauern-Mobbing-Niveau“: tote Ratten im Briefkasten, Tierkadaver über dem Zaun, Nazi-Aufkleber auf dem Briefkasten. Alles „eher simple Anwürfe“, findet die Autorin, eben das, womit man bei Neonazis rechnen müsse.

Das Dorf, in dem sie ihr neues Zuhause gefunden hatten, wurde zu einer »No-go-Area«.

Wegweiser nach Braunau Wenn die Lohmeyers sich selbst nicht immer wieder Mut machen und die Aktionen ihrer Nachbarn als tumbe Spielchen abtun würden, hätten sie ihre Heimat wohl längst verlassen. Denn in einem Dorf, in dem es monatelang einen Wegweiser nach Braunau, der Geburtsstadt Hitlers, oder einen Findling mit der Aufschrift „Dorfgemeinschaft Jamel, frei – sozial – national“ gab, bedarf es einer großen inneren Stärke, sich immer wieder gegen rechte Propaganda zur Wehr zu setzen.

»Man darf doch nicht weg-schauen, wenn überall Nazi-Schmierereien zu sehen sind.«

Birgit Lohmeyer

Dabei hätte alles so schön sein können, als das Paar vor acht Jahren nach Jamel zog, weg aus der Hektik des Hamburger Stadtteils St. Pauli, wo beide 15 Jahre lang gelebt und ihre „Erfahrungen mit schwierigen Nachbarn“ gemacht hatten. „Wir sind damals sofort gefragt worden, ob wir denn nicht wüssten, wer der Krüger ist“, erinnert sich Birgit Lohmeyer, „aber der lebte zu dieser Zeit dort allein mit seiner Mutter und seiner Schwester – da war ja keine Rede davon, dass sich ein Haufen Nazis im Ort ansiedeln würde. Darüber, dass der Abrissunternehmer Nachbarn terrorisierte, sprach niemand. Und auch nicht über die Hakenkreuz-Schmierereien an den Bushaltestellen, die Partys mit lauter Neonazi-Musik und die Kinder, die den Arm zum Hit-

lergruß hoben. Erst langsam dämmerte den Lohmeyers, dass das Dorf, in dem sie ihr neues Zuhause gefunden zu haben glaubten, zu einer „No-go-Area“ wurde. Inzwischen sitzt Sven Krüger im Gefängnis. Wegen Hehlerei und unerlaubten Waffenbesitzes wurde er im vergangenen Sommer zu vier Jahren Haft verurteilt. Sein Plan, Jamel zur „national befreiten Zone“ zu machen, ist dennoch aufgegangen: Sein „Thing-Haus“ – angelehnt an den Begriff für alte germanische Gerichtsversammlungen – wurde zum Treffpunkt seiner heimattreuen Gesinnungsgenossen. Etwa zwei Drittel der 35 Dorfbewohner sind Nazis – und der Bürgermeister bekannte vor einigen Monaten, er habe „Jamel aufgegeben“. Auch die übrigen Dorfbewohner haben sich mit den Nazis arrangiert.

Die Autorin und der Musiker machten dabei nicht mit. Sie lassen sich nicht von „ein paar Idioten“ vertreiben. Seit 2007 veranstalten sie jährlich das Jamelrockt-den-Förster-Festival auf ihrem Grundstück. Ursprünglich ein Sommerfest für Freunde und Kollegen. Inzwischen ist daraus ein Zeichen für Demokratie und Zivilcourage geworden, erst gefördert durch das Schweriner Innenministerium und seit 2009 unter der Schirmherrschaft von Erwin Sellering (SPD), dem Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern. Früher ließen die Lohmeyers zum Festival auch die rechten Nachbarn aufs Gelände.

Doch seit vor 2010 zwei betrunkene Nazis einem Gast die Nase gebrochen hätten, „geht die Hälfte unseres Budgets für die Security drauf“. Dass sie landesweit viel Unterstützung erhalten, lässt die Lohmeyers durchhalten. „So sind wir einfach davon überzeugt, das Richtige zu tun“, erklärt Birgit Lohmeyer. Die 54-Jährige hat trotz allem Verständnis für Menschen, die sich nicht so tatkräftig zur Wehr setzen. „Es soll sich ja gar nicht jeder so weit aus dem Fenster hängen wie wir. Aber man darf doch nicht weg-schauen, wenn überall Nazi-Schmierereien zu sehen sind.“ Es habe sie getroffen, dass sie selbst bei den Nachbarn, die sich nicht als rechts bezeichnen, als Störenfriede seien. Da heißt es, die Lohmeyers seien Schuld daran, dass das Dorf so in Verruf geraten ist. „Das sind genau die gleichen Reflexe, die Frauen und ihre kurzen Röcke dafür verantwortlich machen, dass sie vergewaltigt wurden.“ Die Lohmeyers wollen trotz allem bleiben. Und, zur Abwechslung, für gute Meldungen im Ort sorgen: Am 3. August beginnt ihr nächstes Festival. *Susanne Kailitz*

Schutz gegen Rechts

SICHERHEIT Jüdische Einrichtungen sind besonders gefährdet

Die goldglänzende, mächtige Kuppel der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlins Mitte ist weithin sichtbar. Beim Näherkommen fallen die Eisenketten ins Auge, mit denen der Vorplatz weithin abgesperrt ist. Zwei Polizisten patrouillieren hier, Tag und Nacht. Einer von ihnen trägt schwarze Schulterklappen auf seinem hellblauen Diensthemd; das Erkennungszeichen des „Zentralen Objektschutzes“, einer Spezialeinheit der Berliner Polizei mit mehr als 1.000 Mitarbeitern. Diese sind unter anderem für den Schutz der etwa 50 jüdischen Einrichtungen in der Bundeshauptstadt zuständig, die als besonders gefährdet eingestuft werden. Die zwei Polizisten vor der Berliner Synagoge sehen in ihrer Aufgabe eine „oberste Priorität“. Und sie zeigen sich überzeugt, dass die Bewachung ihren Zweck erfüllt.



Die Neue Synagoge in Berlin

Immer wieder Übergriffe Auch im übrigen Bundesgebiet wird ein großer Teil jüdischer Kindergärten, Kulturzentren, Gemeindehäuser und Synagogen rund um die Uhr bewacht. Denn immer wieder waren in den vergangenen Jahrzehnten jüdische Bürger, Einrichtungen und Gedenkstätten in Deutschland Ziele von Anschlägen: 1970 sterben sieben Menschen bei einem nächtlichen Brandanschlag auf ein israelitisches Altenheim in München, 1994 setzt ein Molotowcocktail die Lübecker Synagoge in Brand, im Jahr 2000 brennen die Synagogen in Erfurt und Düsseldorf, und 2007 werfen Unbekannte eine Rauchbombe in einen jüdischen Kindergarten in Berlin. Und das ist nur ein Ausschnitt solcher rechtsextremer Übergriffe. Die Objektschützer in der Oranienburger Straße in Berlin arbeiten in Zwölf-Stunden-Schichten; Zwischenfälle habe es in den letzten Jahren nicht gegeben. „Jeden-

falls nicht, seitdem wir hier sind“, sagt einer der beiden Polizisten, „und das sind schon einige Jahre.“ Ihre Namen wollen sie nicht nennen, ins Detail dürfen sie nicht gehen. Auch der Zentralrat der Juden in Deutschland will „in Sicherheitsfragen keinerlei Stellungnahmen“ abgeben: Unter dem Dach des Zentralrats sind die Landesverbände mit insgesamt 108 jüdischen Gemeinden und ihren etwa 105.000 Mitgliedern organisiert.

Beschämend Dass der Polizeischutz für jüdische Einrichtungen „beschämend“ für Deutschland sei, betonte zu Jahresbeginn Johannes Diks, Bürgermeister der Stadt Emmerich am Rhein während einer Gedenkfeier für NS-Opfer. Dass wieder Juden in Deutschland lebten, sei schließlich „ein Geschenk und eine Verpflichtung, dem Antisemitismus entgegenzutreten.“ *ver*



Die Amadeu-Antonio-Stiftung gründete 1991 die RAA e.V. für die neuen Bundesländer.

Mehr zum Thema auf der Seite des Vereins unter: www.opferperspektive.de



Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger mit den Preisträgern. Untere Reihe von links: die Schüler der Finkenberg-Schule, Ozan Aykac, Schüler der Goethe-Schule, Noah Bani-Harouni und Schüler der Heimschule Lender

Die Couragierten

WIDERSTAND Bundesjustizministerium zeigt sich beeindruckt von den Beiträgen eines Schülerwettbewerbs

Die meisten großen Taten, sagte einst Albert Camus, haben einen beäugelten Anfang. Bei den Schülern der Klasse 10d des Gymnasiums Starnberg ist es ein etwas irre wirkender Spurt über den Münchner Marienplatz. Gerade noch waren sie unbeteiligte Passanten, laut- und namenlos. Da schreiben drei Dutzend Schüler auf einen Schlag los, sie lösen sich aus ihren Alltagsmenschen und rennen zu einem zwei Meter großen Friedenszeichen in Regenbogenfarben. Ein Megafon ertönt. „Wir rufen auf zu mehr Zivilcourage an bayerischen Schulen!“, ruft Hannah von Czetriz, 16. Willkommen zum „Flashmob gegen Rechtsextremismus“. Passanten bleiben stehen, diskutieren mit den Schülern, applaudieren. Als die 40 Pennäler ihren Flashmob, diesen kurzen und nur scheinbar spontanen Menschenauflauf wiederholen, rennen Rentner mit, und auch Touristen. „Wir wollten raus an die Öffentlichkeit“, erinnert sich Hannah von Czetriz an die Aktion drei Monate später. „Wir wollten die Leute direkt ansprechen, einfach etwas unternehmen.“

Starker Zusammenhalt Der Klasse 10d gelang der Übergang von Theorie zur Praxis. Am Anfang war es ein Plakat gewesen, welches sie im Schulflur sahen. Das Bundesjustizministerium rief dort auf zu einem Schülerwettbewerb gegen Rechtsextremismus. Gefragt waren Initiativen, Aktionen und Denkanstöße. „Wir haben einen starken Zusammenhalt in der Klasse“, sagt Hannah von Czetriz, „wir legten sofort los.“ Bei Facebook richteten die Schüler eine Seite ein mit dem Aufruf zum Flashmob – und erhielten für ihre Aktion von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) Ende Mai den zweiten Preis des Wettbewerbs in der Kategorie „Gruppenarbeit“. „Wir wollen mit der Klasse auf jeden Fall weitere Aktionen machen“, ist sich Hannah von Czetriz sicher.

»Wir wollen den Leuten Mut machen, sich gegen Nazis auszusprechen.«

Hanna von Czetriz

Den Impuls für den Schülerwettbewerb gab die Aufdeckung der Zwickauer Terrorzelle im vergangenen Herbst. Die Jury, in der neben der Ressortchefin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) Vertreter des Bundesjustizministeriums saßen, wollte ein Zeichen für Zivilcourage setzen. Gefragt waren Ideen, die sich klar, kreativ und originell mit den Möglichkeiten auseinandersetzen, wie Rechtsextremismus begegnet werden kann. Die Resonanz war über-

wältigend. Fast 4.000 Schüler aus nahezu allen Bundesländern reichten über 310 sehr unterschiedliche Beiträge ein. Die Preise: Die ersten beiden Guppenplatzierten bekamen eine Klassenfahrt nach Brüssel und nach Berlin oder München, die Drittplatzierten 500 Euro. Die ersten Preise bei den Einzelleistungen waren ein Notebook, ein Tablet-PC und ein MP3-Player.

Positive Impulse Beim Wettbewerb geht es nicht um Patentrezepte gegen Rechtsextremismus. Positive Impulse sollen gesetzt werden, das Gespür soll dafür gefördert werden, was „richtig“ in der Gesellschaft ist. „Während des Flashmobs diskutierten Kritiker mit uns, die meinten, damit könne man doch keine Nazis überzeugen“, sagt Hannah von Czetriz. „Wir wollten aber lediglich Leuten Mut machen, sich gegen Nazis auszusprechen.“

Rechtsextremismus trägt stets eine Verengung in sich. Den Willen, die Welt sich zu rechtzuschneiden und vieles nicht wahr haben zu wollen. Ein Zeichen dagegen haben Schüler der Finkenberg-Schule aus Köln-Porz gesetzt. In ihrem während einer Projektwoche produzierten Film erweitern sie dem Zuschauer den Blick auf das, was Heimat ist, und was Rassismus – aus ihrer Perspektive als Einwandererkinder. „Mein Gefühl sagt mir, was ich bin, nicht die Papiere“, sagt einer der 14- bis 17-Jährigen im Film. In schwarz-weißen Kontrasten gedreht, die Gesichter teils im Schatten, erzählen die Förderschüler von ihrer Heimat Deutschland: „Hier bin ich geboren und aufgewachsen, und hier habe ich meine ganzen Freunde.“ Und sie umreißen den deutschen Rassismus: „Wenn die Leute einen angucken und sagen: ‚Schau mal den an‘. Ich kann das nicht erklären. Ich will das, aber das kommt nicht raus.“ Die Deutschen müssten sich halt daran gewöhnen, sagt ein anderer im Film ganz verständnisvoll, „dass wir hier sind“.

Zeichen setzen auf Youtube Für ihren Film erhielten die Jungs den ersten Preis in der Gruppenkategorie. Stolz verfolgen sie heute, wie der Streifen auf dem Online-Videoportal „Youtube“ immer öfter angeklickt wird; derzeit sind es 914 Klicks. „Wir wollten auch mal etwas sagen“, sagt Osman. Und Maher ergänzt: „Wir werden mit dem Filmemachen nicht aufhören. Unser nächster Film wird von Schwarzen handeln. Die werden ja auch nicht gut behandelt, weil die noch mehr auffallen.“

Den ersten Preis teilen sie sich mit der Klasse 8c der Heimschule Lender aus Sasbach (Baden-Württemberg). Die Schüler merken, dass es mit einer Idee allein für sie nicht getan sei, also setzten sie sich gleich an mehrere Werke; sie gründeten „Lender Rainbow Minds“. „Der Regenbogen ist überall gleich“, begründen sie in ihrem Projektbuch die Namensgebung. Als erstes erarbeiteten sie einen Rap, übten ihn ein samt Choreographie. „Stopp – Rechtsextremismus ist ein Flop!“, hieß der Titel, und Gelegenheit zum Auftritt erhielten sie rasch. Ende März ging eine Projektwoche der Schule mit dem israelischen Partnergymnasium „Leyada“ zu Ende. Gleichzeitig berichteten die Lokalzeitungen von einem bevorstehenden Nazi-Aufmarsch. „Dieser krasse Gegensatz, einerseits die wunderschöne deutsch-israelische Freundschaft unserer Schulpartnerschaft, und andererseits ein rechtsextremes Aufmarsch hier in der Gegend, ganz nah und jetzt“, schreiben die Schüler in ihrem Projektbuch. „Wir beginnen mit der Planung unserer ersten Aktion.“

Rap gegen Rechts Die Schüler lassen Buttons drucken mit dem Logo ihres Rap-Songs, nehmen Kontakt zu Organisatoren einer Gegendemonstration auf. Sie schmücken die Veranstaltung mit ihrer Musik und selbst hergestellten Plakaten; der Aufmarsch der Nazis gerät tatsächlich zum Flop. Die „Lender Rainbow Minds“ ziehen weitere Kreise: Sie stellen ihre Initiative bei anderen Schulen vor, interviewen Lehrer, Schülersprecher und Sozialarbeiter. „Die Gespräche unterstrichen unsere Vermutung, dass es sehr wenige Schülergruppen gibt, die sich nachhaltig gegen Rechtsextremismus engagieren.“ Und kündigen an: „Wir wollen diese Situation verändern.“ Die Idee, dem Rechtsextremismus vielseitig zu begegnen, hatte auch die Klasse 9 f3 der Goethe-Schule in Einbeck (Niedersachsen). Die Schüler entwarfen eine Website und zeigten, dass die Auseinandersetzung mit Rassismus und Demokratiefeindschaft besonders bei Jugendlichen auch eine virtuelle Ebene hat. Auf www.anti-rechts.jimbo.com finden Leser als erstes – einen Song. Zur Gitarre gesellt sich eine Stimme, dann werden es zwei und drei. Gleichaltrige können sehr gut nachvollziehen, wie sich Rechtsextremismus anfühlt: In einem Kurzfilm, auf dem Schulhof abgedreht, zeigen die Jugendlichen der Klasse 9 f3, wie Ausgrenzung funktioniert; in zwei Episoden steht einmal eine „Ausländerin“ einer sie mobbenden Gruppe gegenüber, ein anderes Mal ist es eine Faschistin aus jener Gruppe, die sich mehreren Einwandererkindern zu stellen hat.

Auch selbst erstellte Karikaturen findet man auf der Website, samt einem „Anti-Rechts-Navi“, das empfiehlt: „Lieber einmal mehr überlegen als nach rechts abzubiegen.“ Die Umfrage auf der Seite zeigt die Konkretheit, mit der Rechtsextremismus begegnet. Auf die Frage nach Erfahrungen schreibt ein User: „Nee, ich hab es immer nur im TV mitbekommen.“ Aber ein anderer setzt darunter: „Ja, mein bester Freund ist einer.“ Der Blog auf der Website drückt aus, worum es vielen geht, die sich gegen Neonazis engagieren wollen. Auf die Frage nach Ideen gegen Rechtsextremismus schreibt ein User: „Nein, also keine Ahnung. Aber eure Idee mit der Seite hier finde ich echt cool.“ Nicht blinder Aktionismus ist damit gemeint, sondern der Wille, loszulegen, Zivilcourage zu zeigen. Die Juroren entschieden, den zweiten Preis bei den Gruppeneinreichungen zweimal zu

vergeben und zeichnete auch die Einbeker mit ihrer Website aus. Einigen Wettbewerbsteilnehmern geht es auch um Bildung. Ozan Aykac vom Münchener Asam-Gymnasium hat ein Unterrichts-konzept erarbeitet. „Leider ist es mittlerweile so, dass zwar viele sagen, dass sie gegen die Ideologie sind, aber oftmals überhaupt nicht wissen, was die Rechten erreichen wollen“, schreibt der 15-Jährige in seinem Essay zum Unterrichts-konzept. „Und der Unterricht in der neunten Klasse verarmt leider die Situation.“ In seinem Konzept, für das Ozan Aykac in der Kategorie „Einzelarbeit“ den ersten Preis erhalten hat, informiert er seine Mitschüler über Pogrome gegen Asylbewerber in den 1990er Jahren, die ideologische Ausrichtung der NPD, die Sogwirkung rechtsextremer Musik und über Aussteiger. Jeweils eine Doppelstunde lang hat er bereits in zwei Klassen unterrichtet. „Wenn wir in Schulen

sachliche Aufklärung betreiben, dann glaube ich kaum, dass irgendein Schüler noch mit den Rechten sympathisieren wird.“

Plakate entworfen Als Noah Bani-Harouni im Internet einen Banner mit dem Wettbewerbstitel las, dachte er zuerst an die NPD. „Aber es gibt auch anderes“, sagt er. „Die grundlegenden Strukturen interessieren mich, die, die zu Rechtsextremismus führen.“ Also entwarf er Plakate. „Es sollten Hingucker sein.“ Der 16-Jährige interessiert sich nicht besonders für Design, er möchte später Wirtschaftswissenschaften studieren. Aber mit seinen vier verschiedenen Plakaten, die er in seiner Heimat Hamburg aufhängte, erzielte er „Hinsehen“: „same rights for homosexuals“, stand da, oder: „start tolerance for handicapped persons“. Die Poster zielen Bushaltestellen und öffentliche Plätze. Noah Bani-Harouni sagt, dieser Schritt an die Öffentlichkeit habe ihm gefallen. „Ich kann das weiterempfehlen. Engagement tut gut.“

Jan Rübel

Der Autor ist freier Journalist.

»Lieber einmal mehr überlegen als nach rechts abzubiegen.«

Aus einem Schülerbeitrag

FÜNF FRAGEN ZUM: ENGAGEMENT JUNGER MENSCHEN GEGEN RECHTS



SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER (FDP), Bundesministerin der Justiz

»Rechtsextremes Gedankengut kommt aus der Mitte der Gesellschaft.«

Frau Ministerin, haben Sie in Ihrer Jugend etwas von Rechtsextremismus mitgekriegt?
Ich bin in Minden, Westfalen geboren. Minden ist eine alte Bürgerstadt, mit großer zivilgesellschaftlicher Tradition. Aber Minden hat auch braune Flecken. Ich war erst letztes Jahr bei der Verlegung mehrerer Stolpersteine zur Erinnerung an die während des Nationalsozialismus aus Minden deportierten Juden. Sehr intensiv war auch die Debatte zur Aufarbeitung der deutschen Geschichte während meines Studiums in Göttingen.

Was bringt ein „Flashmob“ gegen Nazis, wie in dem Schülerwettbewerb?
Als ich studierte, musste man sich noch mit Menschen aus-

einandersetzen, die im Nationalsozialismus geprägt wurden. Die Missstände waren gewissermaßen leicht greifbar. Heute wissen wir aus Studien, wie der von Wilhelm Heitmeyer, dass rechtsextremes Gedankengut aus der Mitte der Gesellschaft kommt und damit auch in alltägliches Gedankengut diffundieren kann.

Und der Flashmob?
Ein Flashmob, wie ihn das Gymnasium Starnberg auf dem Münchner Marienplatz veranstaltet hat, bricht auf seine spontane, überraschende Weise diesen Alltag auf und zeigt, was wirklich wichtig ist: Toleranz, Nächstenliebe und Solidarität.

Was können Politiker von den Schüler-Initiativen lernen?

Zunächst habe ich davon gelernt, dass das Engagement gegen Rechts motiviert und auch Spaß machen kann. Wir haben unglaublich lustige, ver-rückte und witzige Einsendungen, aber natürlich auch ernste und sachliche Beiträge bekommen.

Wird der Wettbewerb des Ministeriums wiederholt?
Das Thema des Engagements gegen den Rechtsextremismus wird auf jeden Fall aktuell bleiben. Aber so einen Erfolg kann man schwer wiederholen. Im Bundesjustizministerium starten wir ab Sommer eine Kampagne mit dem Titel „Mit Recht für...“ Zivilcourage“. Ob wir auch wieder einen neuen Wettbewerb durchführen, ist noch nicht entschieden.

Die Fragen stellte Jan Rübel.

RECHTSRUCK IN EUROPA

Österreich: Freiheitliche Partei

Die FPÖ ging aus dem „Verband der Unabhängigen“ hervor, der ab 1949 früheren Mitgliedern der NSDAP eine „politische Heimat“ bot. Lange Zeit war die FPÖ eine Honoratiorenpartei mit nationalem und wirtschaftsliberalen Flügel und einem Wähleranteil zwischen fünf und sieben Prozent. Unter Jörg Haider kam es ab 1986 zu einer Neupositionierung als rechtspopulistische Protestpartei. Haider, der mit umstrittenen Aussagen zum NS-Regime auch die traditionelle Klientel der Partei bediente, gelang es, die FPÖ mit dem Öster-



FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache

reich-Patriotismus auszuöhnen, der nach 1945 als Antithese zum diskreditierten Deutschnationalismus entstanden war. 1999 erreichte der Aufstieg der FPÖ einen Höhepunkt, als die Partei mit knapp 27 Prozent zweitstärkste Kraft des Landes und die mit Abstand erfolgreichste rechtspopulistische Partei des Kontinents wurde. Durch ihre Regierungsbeteiligung sah sich die FPÖ innerhalb kurzer Zeit allerdings wieder auf ihr Kernsegment reduziert. Flügelkämpfe führten 2005 zur Spaltung und zum Übertritt der gesamten Parteispitze in das „Bündnis Zukunft Österreich“. Neuer Parteiobermann der FPÖ wurde Heinz-Christian Strache, der deutlich stärkere persönliche Bezüge zur deutschnationalen Szene aufweist als seine Vorgänger.

Italien: Lega Nord

1991 schlossen sich mehrere norditalienische Autonomiebewegungen unter dem Vorsitz Umberto Bossis zur Lega Nord zusammen. 1994 ging Bossi ein Bündnis mit Silvio Berlusconi und der postfaschistischen Alleanza Nazionale Gianfranco Finis ein. Durch die Allianz mit dem römischen Zentralismus verlor die Lega viele ihrer Wähler. Nach wenigen Monaten verließ Bossi das Bündnis und brachte die erste Regierung Berlusconi zu Fall. In der Folge verpasste sich die Lega ein populistisches Programm mit starker Betonung auf Sozialprotektionismus, Fremdenfeindlichkeit (bis hin zum Rassismus) und EU-Kritik und verstärkte ihre separatistischen Bestrebungen, die auf die Gründung eines unabhängigen norditalienischen „Padanien“ abzielten. Im Jahr 2000 kehrte die Lega in Berlusconi neues Mitte-Rechts-Bündnis zurück. Zuletzt geriet die Partei wegen einer Veruntreuung- und Betrugsaffäre, in die neben dem Schatzmeister der Lega auch Bossis Söhne verwickelt waren, in Turbulenzen. Im April 2012 erklärte Bossi seinen Rücktritt. In der Lega Nord sind unterschiedliche politischen Strömungen vertreten – Linkspopulisten ebenso wie Liberale, Christdemokraten und Rechtskonservative. Verbindungen zum italienischen Faschismus gibt es bei der „radikal rechts-libertären“ Lega Nord keine.

Ungarn: Jobbik Magyarorszáért Mozgalom

Die „Bewegung für ein besseres Ungarn“ – Jobbik bedeutet sowohl „die Besseren“ als auch „die Rechten“ – wurde 2003 von antikommunistischen Studenten gegründet und definiert sich selbst als „christliche, patriotische und konservative“ Partei. In ihrem radikalen Aktionismus knüpft Jobbik allerdings eher an die faschistischen „Pfeilkreuzler“ der 1940er Jahre an. Sie propagiert die Aufhebung des Vertrages von Trianon und damit die Wiederherstellung von „Großungarn“, vor allem aber verfolgt sie einen ungeschminkten Antisemitismus und hetzt gegen Roma und Sinti.



Mitglieder der „Ungarischen Garde“

Die Partei, die 2006 den Einzug in das Parlament nach klar verpasste, wurde bei den Europawahlen 2009 mit knapp 15 Prozent drittstärkste Kraft des Landes – ein Erfolg, den sie bei den Parlamentswahlen 2010 wiederholen konnte. Jobbik besitzt mit der „Ungarischen Garde“ eine paramilitärische Formation, deren schwarze Uniformen an jene der SS erinnern. Die Garde tritt als Ordnungsdienst bei Veranstaltungen auf und organisiert regelmäßige Aufmärsche, besonders in von Roma bewohnten Ortschaften und Stadtvierteln.

Europas rechter Rand

Rechte und rechtsextremistische Parteien in den nationalen Parlamenten (Parteien nach Ländern mit Anteil der Sitze im Parlament)

- Nationalkonservative und rechtsliberale Parteien
- Rechtspopulistische Parteien
- Rechtsextreme Parteien
- Regierungsbeteiligung

Finnland
Wahre Finnen PERUS
19,1 %

Schweden
Schwedendemosokraten SD
5,7 %

Dänemark
Dänische Volkspartei DF
12,3 %

Lettland
Nationale Vereinigung „Alles für Lettland“ LNNK
13,9 %

Litauen
Ordnung und Gerechtigkeit TT
12,7 %

Niederlande
Partei für die Freiheit PVV
15,5 %

Belgien
Vlaams Belang
7,8 %



Frankreich
Front National FN
2 Sitze in der Nationalversammlung

Ungarn
Fidesz - Ungarischer Bürgerbund
67,88 %

Bulgarien
Ataka - Angriff
9,4 %

Norwegen
Fortschrittspartei FrP
22,9 %

Italien
Lega Nord
8,3 %

Griechenland
Unabhängige Griechen ANEL
7,5 %

Polen
Recht und Gerechtigkeit PiS
29,9 %

Kroatien
Kroatische Partei des Rechts
1 Sitz im Parlament

Österreich
Freiheitliche Partei Österr. FPÖ
17,5 %

Schweiz
Schweizerische Volkspartei SVP
26,6 %

Serbien
Serbische Fortschrittspartei
24 % (Wahlbündnis „Steh auf, Serbien“)
Demokratische Partei Serbiens
7%

Stimmenfischer am rechten Ufer

EUROPA Rechtspopulisten mobilisieren gegen EU, Islam und das »Establishment«

Seit Mitte der 1980er Jahre ist es in zahlreichen westeuropäischen Ländern zur Herausbildung einer neuen und zugleich neuartigen Parteienfamilie gekommen, für die sich in der Wissenschaft und im journalistischen Sprachgebrauch der Begriff „rechtspopulistisch“ eingebürgert hat. Als die Neuankömmlinge am rechten Rand (Front National, Lega Nord, Vlaams Blok, FPÖ) in ihren Ländern auf den Plan traten und die ersten spektakulären Wahlerfolge erzielten, war man noch geneigt, sie als flüchtige Erscheinungen abzutun, wie es sie in den Demokratien schon immer gegeben hatte. Die weitere Entwicklung sollte dies widerlegen. Nicht nur, dass die Rechtspopulisten ihre Stellung verteidigen und sogar noch ausbauen konnten. Das Phänomen begann sich auf andere westeuropäische Länder auszudehnen und machte auch vor den neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas nicht halt. In einigen Ländern – etwa Dänemark und Norwegen – waren die rechtspopulistischen Vertreter schon in den siebziger Jahren aufgenommen. In anderen entpuppten sie sich als erfolgreiche Nachahmer, etwa in der Schweiz, wo die Volkspartei unter Christoph Blocher nach ihrer Wendung zum Populismus zur stärksten Partei des Landes avancierte. Besonders spektakulär geriet des Weiteren der Aufstieg des Niederländers Pim Fortuyn, der bei den Parlamentswahlen im Jahre 2002 mit seiner Liste aus dem Stand 17 Prozent der Stimmen erzielte. Fortuyns Ermordung bremste den Siegeszug des Rechtspopulismus nur kurzzeitig, dessen Banner anschließend von der Freiheitspartei unter Geert Wilders weiter getragen wurde. Einen vergleichbaren Wahlerfolg erzielten – als vorerst letzter Neuankömmling – im April 2011 die „Wahren Finnen“ unter Timo Soini. Die am rechten Rand neu entstandenen Parteien sind Ausdruck einer tiefgreifenden Ver-

trauens- und Repräsentationskrise der demokratischen Politik, die auf die desintegrativen Wirkungen der heutigen Modernisierungsprozesse zurückgeführt werden. Schenkt man den Wahlanalysen Glauben, so finden die Populisten vor allem bei jenen Zuspruch, die das Gefühl haben, zu den benachteiligten und abwärtsbedrohten Gruppen der Gesellschaft zu gehören. Es handelt sich also um ein Protestphänomen, das mit den Folgen der Individualisierung zu tun hat und vom Bedürfnis nach Identität kündigt. Ökonomisch schlagen die Rechtsparteien aus dem wachsenden Gefälle zwischen Arm und Reich Kapital, indem sie sich als entschiedene Verteidiger des Wohlfahrtsstaats gerieren. Die Charakterisierung als „rechts“ ist daher in diesem Bereich mit einem Fragezeichen zu versehen. In den 1980er Jahren hatten die meisten rechtspopulistischen Parteien noch neolibérale Positionen vertreten, setzten sie sich also für Deregulierung und Steuerenkungen ein. Nachdem diese Positionen bis in die Reihen der Sozialdemokratie Allgemeingut geworden sind, verloren sie für die Herausforderer an Attraktivität. Die Folge war, dass sich die Wählerstruktur der Rechtspopulisten in Richtung von Arbeitern und Arbeitslosen verschob.

Politisch-institutionell treten die Rechtspopulisten als Kritiker der parteienstaatlichen Strukturen auf den Plan, denen sie die Vorstellung einer möglichst unmittelbaren Demokratie entgegenzusetzen. Nicht von ungefähr verzichten die meisten von ihnen auf die Selbstbezeichnung als „Partei“. Die größten thematischen Angriffsflächen finden die Rechtsparteien dort, wo die Kartellbildung in den politischen Systemen stark fortgeschritten ist (wie in Österreich, Italien und den Niederlanden). Der Dreiklang von ökonomischer, kultureller und politischer Agenda erklärt auch, warum die europäische Einigung in den letzten Jahren zu einem immer wichtigeren Mobilisierungsthema der neuen Rechtsparteien geworden ist. Folgt man der Argumentation der Rechtspopulisten, dann steht die EU stellvertretend für sämtliche Negativfolgen, die den Modernisierungsprozess tatsächlich oder angeblich begleiten: materielle Wohlstandsverluste, multikulturelle Überfremdung und Krise der politischen Repräsentation. Der Euroskeptizismus ist deshalb zu einem zentralen Bestandteil der Programmatik der rechtspopulistischen Parteien avanciert, von denen einige (wie die Lega Nord) in den 1980er Jahren noch ausgesprochen pro-europäische Positionen vertreten hatten.

Was die Organisation betrifft, treten beim Rechtspopulismus zwei Besonderheiten hervor. Zum einen stilisieren sich rechtspopulistische Parteien in der Regel als „Bewegung von unten“ und gerieren sich als Träger eines „Volkswillens“, der in den etablierten Parteien kein Gehör mehr finde. Zum anderen tritt als Sprachrohr der vox populi in der Regel eine charismatische Führungspersönlichkeit auf. Ein großer Teil populistischer Parteien ist nicht nur programmatisch und organisatorisch auf ihre Führungspersönlichkeiten zugeschnitten, sondern auch aus deren Initiati-

Rechtsparteien stilisieren sich als Träger eines »Volkswillens«, der angeblich kein Gehör mehr finde.

Der Populismus hat immer stärker auf die etablierten Parteien übergreifen.

Abgrenzung zum Islam Kulturell verstehen sich die Rechtspopulisten als Anti-Migrations-Parteien. Gegen die Tendenzen einer ethnisch-kulturellen Vermischung betonen sie die Zugehörigkeit zu einer historisch gewachsenen, homogenen nationalen Gemeinschaft. Das Nationsverständnis ist dabei aber nicht (mehr) partikularistisch, sondern wird gespeist von einer übergreifenden abendländisch-christlichen Identität in Abgrenzung zum nicht-westlichen Islam. Dies erklärt zugleich, warum die verschiedenen nationalen Vertreter des Rechtspopulismus heute europaweit gut zusammenarbeiten.

RECHTSRUCK IN EUROPA

Frankreich: Front National

Der Mitbegründer und langjährige Vorsitzende des Front National (FN), Jean-Marie Le Pen, war bereits 1956 Abgeordneter einer Anti-Steuer-Bewegung. Der Aufstieg des 1972 aus dem Zusammenschluss national-konservativer Gruppierungen entstandenen FN begann mit dem Sieg François Mitterrands bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 1981. Die Partei profitierte anfangs nicht nur von der Radikalisierung der rechten Opposition durch die zeitweilige Hegemonie der Linken, sondern vor allem von der Neigung



Marine und Jean-Marie Le Pen

der französischen Bevölkerung zur „Sanktionswahl“ und nicht zuletzt zum Niedergang des Neogaullismus, der sich immer stärker dem Wirtschaftsliberalismus zuwandte. Wegen seiner integrationsfeindlichen Haltung und seines latenten Antisemitismus blieb Le Pen in der französischen Politik isoliert. Außerdem verhinderte das französische Mehrheitswahlrecht eine massive Repräsentation des FN im Parlament. Anfang 2011 übernahm Le Pens Tochter Marine den Parteivorsitz. Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen im April 2012 erhielt sie knapp 18 Prozent der Stimmen. Der FN, der sich selbst als „patriotisch“ beschreibt, punktete von Anfang an durch die Monopolisierung der Themen „Migration“ und „Sicherheit“. Das Parteiprogramm ist nationalistisch, ethnozentristisch und latent bis offen antisemitisch, mit Affinitäten zum Neofaschismus. Ursprünglich eine Partei der kleinen Selbständigen, gelang es dem FN in den 1990er Jahren in die traditionellen Wähler-schichten der Kommunistischen Partei einzudringen und zu einer der stärksten „Arbeiterparteien“ des Landes zu werden.

Dänemark: Dansk Folkeparti

Die „Dänische Volkspartei“ (DF) ist eine Abspaltung der populistischen „Fortschrittspartei“ des „Steuerrebellens“ Mogens Glistrup. Unter Führung von Pia Kjaersgaard verstärkte die DF die kritische Haltung gegenüber Ausländern und der EU, gab sich jedoch ein deutlich sozialeres Profil als ihre ultraliberale Vorgängerpartei. 1998 trat die DF erstmals bei Parlamentswahlen an und erreichte 7,4 Prozent der Stimmen. Von 2001 bis 2011 tolerierte die DF eine liberal-konservative Minderheitsregierung. Ideologisches Fundament der DF ist und bleibt die scharfe Polemik gegen Zuwanderer, vor allem gegen Muslime. Unter ihrem Einfluss wurde die Ausländergesetzgebung im liberalen Dänemark in den letzten Jahren merkbar verschärft. Neben der populistischen Kritik am politischen Establishment gehören Polemiken gegen die EU-Integration und regelmäßige fremdenfeindliche Aussagen zu den Hauptmerkmalen der Partei.

Niederlande: Partei der Freiheit

2004 gründete Geert Wilders, der zuvor Assistent des rechtsliberalen Politikers und späteren niederländischen EU-Kommissars Frederik Bolkesteins war, die „Gruppe Wilders“, die 2006 in „Partei für die Freiheit“ (PVV) umbenannt wurde. Das Programm stellt eine Mischung aus rechtspopulistischen, konservativen und nationalistischen Elementen dar. Ein Schwerpunkt liegt auf einem radikalen Anti-Islamismus. Wilders, der für einen generellen Einwanderungsstopp, für ein Verbot der Errichtung weiterer Moscheen und gegen den EU-Beitritt der Türkei



PVV-Chef Geert Wilders

eintritt, forderte 2007 sogar ein Verbot des Korans, dem er „faschistische Grundzüge“ unterstellte. Bei den Parlamentswahlen 2010 wurde die PVV mit 15,5 Prozent drittstärkste Kraft und duldete bis April 2012 eine Minderheitsregierung aus Rechtsliberalen und Sozialdemokraten. Werner T. Bauer

Der Autor arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung in Wien.

Der Autor ist Politikwissenschaftler an der Universität Bonn und Verfasser mehrerer Publikationen zum Thema Rechtspopulismus.

AUFGEKEHRT

Sommerpause? Auf nach Korfu!

Eine Pause ist bekanntlich eine Zeit der Ruhe und Erholung, eine Zeit, in der man für einige Zeit das unterbricht, was man sonst tut - etwa arbeiten, atmen, lernen oder lieben. Folglich gibt es Atempausen, Beziehungspausen, Mittagspausen, Sendepausen und viele mehr. Die Bundesliga macht derzeit Pause, ein Großteil der Deutschen auch und der Bundestag ebenfalls. In der parlamentarischen Sommerpause sollen sich die Abgeordneten - wenigstens für einige Wochen - eine Auszeit nehmen von Plenum und Ausschüssen, von ESM, ESFS und Fiskalpak. Recht so, denn meinte nicht schon der griechische Philosoph Aristoteles: „Die Glückseligkeit scheint in der Muße zu bestehen“? Doch ach, die Griechen! Ausgerechnet sie, die uns die „pauis“ einst beschert haben, verhegeln uns den Sommer. Weil sie wanken und mit ihnen die gemeinsame Währung, eilen Politiker von Gipfel zu Gipfel und fassen rast- und atemlos Beschlüsse. Ökonomen brüten über (trüben) Prognosen und das Bundesverfassungsgericht muss über Eilanträge zur Euro-Rettung entscheiden. Den deutschen Abgeordneten drohen Sonderschichten in Berlin, weil auch Madrid und Nikosia im Regen stehen und nach rettenden Schirmen rufen. Und selbst die Griechen haben sich die Ferien anders vorgestellt: Weil viele Deutsche ihre Kreativpause nun gerade nicht auf Kreta, Kos und Co verbringen wollen, leiden sie unter Buchungsrückgängen von bis zu 50 Prozent. Und so schäufte die einen hier, während die anderen dort vor leeren Betten stehen - Meerblick inklusive. Darum ein Vorschlag zur Güte: Alle Gipfel, Gerichte und Ausschüsse werden ab sofort, sagen wir, nach Korfu verlegt. Mit einem Ouzo in der Hand und einer sanften Meeresbrise um die Nase lässt es sich eh viel besser denken. Und wie erkannte einst weise der griechische Reeder Aristoteles Onassis! „Dem Geld darf man nicht nachlaufen, man muss ihm entgegenkommen!“

Johanna Metz

VOR 55 JAHREN ...

Unabhängig für Stabilität

1. August 1957: Bundesbank nimmt Arbeit auf In Zeiten der Krise ist sie lauter als sonst: die Bundesbank. Ihr Präsident Jens Weidmann forderte jüngst strengere Regeln für Banken, die sich bei der Europäischen Zentralbank Geld leihen, kritisierte die Politik für Pläne zur Schaffung einer Bankenunion und rügte das Krisenmanagement der europäischen Regierungen. Gerade in diesen Tagen wird deutlich, dass sich die Herausforderungen der Bundesbank verändert haben - ihr Auftrag aber ist derselbe geblieben. Als „Hü-



Seit Mai 2011 führt Jens Weidmann die Geschicke der Deutschen Bundesbank.

terin der Währung“ soll sie ein stabiles Preisniveau und Bankensystem garantieren. Seit nunmehr 55 Jahren, heute als Teil des Eurosystems, widmet sie sich dieser Aufgabe: Am 1. August 1957 trat das Bundesbankgesetz in Kraft, mit dem die Bank deutscher Länder und die Landeszentralbanken miteinander zur Deutschen Bundesbank verschmolzen. Die Bildung einer Zentralbank war schon im Grundgesetz vorgesehen. Dieser Forderung kam der Gesetzgeber im Juli 1957 mit dem Bundesbankgesetz nach, in dem auch die Unabhängigkeit der Zentralbank von der Politik fixiert wurde. Dieser Unabhängigkeit verdankte auch die D-Mark ihre Stabilität: Schließlich konnte die Bundesbank so der Preisstabilität Vorrang vor anderen - populäreren - wirtschaftspolitischen Zielen, wie Wachstum oder Vollbeschäftigung, geben. Dass man dabei ab und an mit der Regierung in Konflikt geriet, ist klar. Schon um den Sitz der Bank gab es Streit: Kanzler Konrad Adenauer (CDU) plädierte für Köln, die britische Militärverwaltung für Hamburg. Am Ende setzten sich die US-Besatzer durch und die Bundesbank kam nach Frankfurt, wo schon die Bank deutscher Länder ihren Sitz hatte. Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: AM REICHSTAGSUFER



Reichspräsident Ebert an der Fassade des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses: Bis zum 3. Oktober präsentiert die Filmprojektion zwei Mal pro Abend deutsche Parlamentshistorie.

Public viewing im Parlamentsviertel

Ein lauer Sommerabend, die Sonne färbt den Himmel über dem Berliner Parlamentsviertel mit Abendrot. Ideales Wetter an diesem Tag für „public viewing“, zu dem der Bundestag seit Ende Juni allabendlich ans Reichstagsufer einlädt. An der Fassade des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses zeigt er kostenfrei die Film- und Lichtprojektion „Dem deutschen Volke - Eine parlamentarische Spurensuche. Vom Reichstag zum Bundestag“. Mit Einbruch der Dunkelheit soll es losgehen, und bis der circa halbstündige Film kurz nach 22 Uhr startet, haben sich etwa 250 Interessenten auf den terrassenartigen Stufen an der Spree versammelt, dort, wo einst die Mauer verlief. Angelockt durch den weitschallenden Ton gesellen sich rasch weitere Zuschauer hinzu. Um die 350 werden es sein, die sich die Open-Air-Show über die parlamentarische Entwicklung und deutsche Geschichte der vergangenen 130 Jahre an diesem Abend nicht entgehen lassen - Passanten, Touristen, aber auch Berliner, die sich gezielt vor dem Reichstagsgebäude eingefunden haben. Eine 45-Jäh-

rige aus Charlottenburg etwa hatte im RBB von der Veranstaltung erfahren und ist mit Familie und Nachbarn gekommen, darunter fünf Kinder zwischen neun und 14 Jahren. Sie habe gedacht, die Vorführung könne die Kinder interessieren, erzählt die Frau. Und Wolfgang Lissy, ein pensionierter Lehrer, will sehen, ob sich der Film als Programmpunkt für den bevorstehenden Besuch einer 96-jährigen Bekannten aus New York eignet, die als Jüdin 1933 aus Deutschland emigriert war und 2006 erstmals wieder die alte Heimat besucht hatte. Der Film erzählt „von der engen Verknüpfung des Reichstagsgebäudes mit der wechselvollen deutschen Parlamentsgeschichte“, heißt es in einem Prospekt über die Inszenierung. Grundsteinlegung 1884, Erster Weltkrieg, Ausrufung der Republik von einem Balkon des Reichstagsgebäudes, die Weimarer Jahre, Reichstagsbrand und NS-Zeit mit Zweitem Weltkrieg, Luftbrücke, Gründung zweier deutscher Staaten, Volksaufstand in der DDR und Mauerbau, Kennedy 1963 in Berlin und Reagan 1987, Mauerfall,

Einheit; dazwischen Bau, Zerstörung, Instandsetzung, Verhüllung und neuerlicher Umbau des Reichstagsgebäudes, das alles mit Lichteffekten garniert und englischen Untertiteln versehen - der Film kommt an beim Publikum, am Ende gibt es Applaus. „Sehr kompakt“, aber auch „sehr nett“, urteilt die Charlottenburgerin, und ihr Mann spricht von einem Anstoß, „mal wieder in die Geschichtsbücher zu schauen“. Lissy findet die Darstellung „verkürzt“, doch sei den Leuten mehr nicht zuzumuten. Als der Film nach dem ersten Durchgang wiederholt wird, sehen ihn sich noch mehr als 100 Zuschauer an. Nachdem die Freiluftdarbietung vergangenes Jahr 17 Tage lang als Pilotprojekt getestet wurde, wird sie nun in überarbeiteter Fassung bis zum 3. Oktober präsentiert. Bei durchschnittlich etwa 500 Zuschauern pro Abend würden in dieser Zeit rund 50.000 Menschen Wissenswertes über die wechselvolle Historie des Landes und seines Parlaments erfahren können - auf unterhaltsame Weise und in stimmungsvollem Ambiente. Helmut Stoltenberg

LESERPOST

Zur Ausgabe 27-28 vom 02.07.2012, „E-Autos nehmen Fahrt auf“, Seite 13 Da ich selbst seit März einen Opel Ampera fahre und mich mit dem Thema Elektromobilität schon lange beschäftige, habe ich den Artikel „E-Autos nehmen Fahrt auf“ mit besonderer Aufmerksamkeit gelesen. Für meinen Ampera zahle ich zurzeit 28 Euro Steuern im Jahr. Daher löst eine Steuererleichterung von 280 Euro in zehn Jahren bei mir mit Sicherheit keinen Kaufanreiz aus. Allein die notwendigen Installationsarbeiten sowie der Erwerb von Ladestationen für meine Garage und für mein Bürogebäude haben ca. 3.000 Euro gekostet. Ich werde diese Kosten hoffentlich steuerlich geltend machen können, da es sich um ein Firmenfahrzeug handelt. Diese Möglichkeit hat ein Privatmann nicht.

einmalige Subvention bewirkt. Letztendlich hätte man dann dem Bürger auch die notwendigen Mittel in die Hand gegeben, um die Kosten, die beim Umstieg in die Elektromobilität entstehen, zu puffern. Heinz Klages, Waldfishbach-Burgalben

Nach Aussage von Opel kostet der Akkusatz in meinem Ampera zwischen 16.000 und 18.000 Euro. Die Reduzierung des Listenpreises um 10.000 Euro schafft hier sicherlich bei Firmenfahrzeugen einen gewissen Ausgleich. Dennoch frage ich mich, wie dieses Gesetz den Kaufanreiz erhöhen soll, da die Mehrkosten des Akkus bestenfalls zur Hälfte berücksichtigt werden. Die oben aufgeführten Möglichkeiten der steuerlichen Absetzbarkeit stehen dem Privatmann, außer beim Nachlass der KFZ-Steuer, nicht zur Verfügung. Er wird aber in jedem Fall zusätzlich zum Erwerb des Autos noch einige hundert Euro in die Hand nehmen müssen, um die notwendige Infrastruktur zu schaffen. Wir haben es hier mit einem Gesetz zu tun, das einen Mehraufwand für die Verwaltung bedeutet und bestenfalls einige Unebenheiten glättet. Einen wirklichen Kaufanreiz, wenn man denn die Elektromobilität wirklich fördern will, hätte eine

Zur Ausgabe 25-26 vom 18.06.2012, „Eine nicht lösbare Aufgabe“, Seite 14 Auf der Kehrseite von „Das Parlament“ erinnern Sie an das am 25. Juni 1992 verabschiedete Gesetz zur Reform des Paragrafen 218 des Strafgesetzbuches. Die Reform war als Folge der deutschen Einheit notwendig geworden, denn für eine Übergangszeit

herrschte doppeltes Recht: Im Gebiet der ehemaligen DDR galt die Fristenregelung, in der Bundesrepublik die Indikationsregelung. Das schließlich mit großer Mehrheit verabschiedete Gesetz basierte auf dem großen Gruppenantrag, der im Kern von SPD und FDP getragen wurde und von Uta Wülfel (FDP), Hans de With (SPD) und mir vorbereitet worden war. Dem Lösungsvorschlag dieser Gruppe schlossen sich Grüne und wenige CDU-Abgeordnete an, vor allem Frauen, darunter auch Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU). Das dann verabschiedete Gesetz basierte auf einer Fristenregelung nach verpflichtender Beratung und wurde eingebettet in einer Reihe von Sozialmaßnahmen, die es Frauen erleichtern soll-

ten, sich auch für das Kind zu entscheiden, darunter eine ausreichende Kindergartenversorgung, aber auch einen von Eltern unabhängigen Sozialhilfeanspruch für die junge Mutter. Die eindeutige Mehrheit für dieses Gesetz war die erste und einzige Niederlage der Koalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) im Bundestag. Das Bundesverfassungsgericht erklärte das Gesetz in wesentlichen Teilen für verfassungskonform. Zum Beispiel blieben die sozialen Regeln unmittelbar geltendes Recht. Das Gericht verlangte darüber hinaus größere Anstrengungen zur Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft. Die Fristenregelung wurde grundsätzlich nicht in Frage gestellt, wohl aber die Deklarierung als „nicht rechtswidrig“. Straffreiheit in den ersten drei Monaten wurde als möglich deklariert, wenn eine qualifizierte Beratung stattgefunden hatte und die Schwangere den Abbruch dennoch wünschte. Das Gericht akzeptierte nach der Beratung die freie Entscheidung der Frau. Auf dieser Grundlage wurde in der nächsten Legislaturperiode die Reform umgesetzt. CDU und CSU wirkten dabei mit, auch Bundeskanzler Kohl hatte akzeptiert, dass dieses Problem nicht gegen die Mehrheit der Frauen entschieden werden konnte. Inge Wettig-Danielmeier (SPD), MdB von 1990-2005

SEITENBLICKE



PANNENMELDER

In dem Artikel „Versöhnung vor dem Altar“ auf Seite 14 der Ausgabe vom 2. Juli schreiben wir, dass 1914 weite Teile von Reims von deutschen Bombern zerstört wurden. Unser Leser Dieter Rübensch machte uns aufmerksam, dass das militärtechnisch nicht möglich sei. Das ist natürlich richtig. Tatsächlich sollte es „Bomben“ heißen.

PERSONALIA

>Karl-Heinz Popp † Bundestagsabgeordneter 1980-1983, FDP
Wie erst jetzt bekannt wurde, starb Karl-Heinz Popp am 12. Januar im Alter von 77 Jahren. Der Oberstudiendirektor aus Amberg, Mitglied der FDP seit 1970, arbeitete im Bundestag im Verteidigungsausschuss mit.

>Joachim Tappe † Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD
Am 25. Juni starb Joachim Tappe im Alter von 70 Jahren. Der Pädagoge aus dem nordhessischen Witzenhausen trat 1968 der SPD bei und war dort von 1972 bis 2012 kommunalpolitisch aktiv. Im Deutschen Bundestag gehörte der Direktkandidat des Wahlkreises Werra-Meißner zumeist dem Auswärtigen Ausschuss an.

>Andreas von Bülow Bundestagsabgeordneter 1969-1994, SPD
Am 17. Juli wird Andreas von Bülow 75 Jahre alt. Der promovierte Jurist und Anwalt schloss sich 1960 der SPD an und war von 1968 bis 1975 Vorsitzender des Kreisverbands Balingen. Bülow, von 1976 bis 1980 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verteidigung, war von 1980 bis 1982 Bundesminister für Forschung und Technologie.

>Hedda von Wedel Bundestagsabgeordnete 1990-1993, CDU
Hedda von Wedel wird am 18. Juli 70 Jahre alt. Die promovierte Juristin trat 1971 der CDU bei und war von 1983 bis 1990 Staatssekretärin in Niedersachsen. Im Bundestag gehörte sie dem Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten an. Von 1993 bis 2001 stand von Wedel an der Spitze des Bundesrechnungshofs.

>Otto Schily Bundestagsabgeordneter 1983-1986, 1987-1989, Die Grünen, 1990-2009, SPD
Otto Schily wird am 20. Juli 80 Jahre alt. Der in Bochum gebürtige Rechtsanwalt war 1980 Mitbegründer der Bundespartei „Die Grünen“. Ende 1989 trat er zur SPD über und amtierte von 1994 bis 1998 als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Von 1998 bis 2005 war Otto Schily Bundesinnenminister. Als Alterspräsident leitete er die konstituierenden Sitzungen des Bundestags 2002 und 2005.

>Jürgen Rochlitz Bundestagsabgeordneter 1994-1998, Die Grünen
Jürgen Rochlitz wird am 24. Juli 75 Jahre alt. Der in Wiesbaden geborene promovierte Chemiker war von 1988 bis 1992 Landtagsabgeordneter in Stuttgart. Im Bundestag amtierte Rochlitz als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

>Detlef Kleinert Bundestagsabgeordneter 1969-1998, FDP
Am 26. Juli vollendet Detlef Kleinert sein 80. Lebensjahr. Der hannoversche Rechtsanwalt und Notar trat 1957 der FDP bei, wurde 1967 Kreisvorsitzender und gehörte dem FDP-Bundesvorstand an. Kleinert engagierte sich im Bundestag 29 Jahre im Rechtsausschuss.

>Karl Martin Graß Bundestagsabgeordneter 1976, CDU
Am 1. August wird Karl Martin Graß 75 Jahre alt. Der promovierte Historiker wurde 1957 CDU-Mitglied. Im April 1976 rückte er in den Bundestag nach.

>Fritz Hellwig Bundestagsabgeordneter 1953-1959, CDU
Fritz Hellwig vollendet am 3. August sein 100. Lebensjahr. Der habilitierte Historiker und Verbandsgeschäftsführer in der Industrie trat 1947 in die CDU ein, war Mitglied im Bundesvorstand und von 1967 bis 1970 Vizepräsident der EG-Kommission. Von 1956 bis 1959 leitete Hellwig den Wirtschaftsausschuss des Bundestags.

>Eva Pohl Bundestagsabgeordnete 1990-1994, FDP
Am 3. August wird Eva Pohl 75 Jahre alt. Die Medizinerin trat 1956 der LDPD in der DDR bei, wurde 1990 FDP-Mitglied und stellvertretende Landesvorsitzende in Thüringen. Im Bundestag arbeitete sie im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit. bmf

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 6. August.